

Was, wenn Roger Federer schwul wäre?

Nummer 4 – 23. Januar 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Abtreibung: Die harte Realität

Eine junge Frauenärztin erzählt. *Von Rico Bandle*

Subventionierte Millionäre

Politiker, Beamte und Reiche in staatlichen Billigwohnungen.
Von Christoph Landolt

Blumen des Bösen

Das faszinierende Leben und Werk des Dichters Charles Baudelaire.
Von Sarah Pines





Meine Welt. Meine Karte.



Auch als Visa
Karte erhältlich.

Der Spezialist für Kredit- und Prepaidkarten. cornercard.ch

cornercard
you first

Intern

Es wäre ein Novum in der Geschichte der Traumfabrik Hollywood: Wenn Anfang März in Los Angeles die Oscars verliehen werden, könnte mit Steve McQueen erstmals ein schwarzer Filmemacher die begehrte Auszeichnung für die beste Regie erhalten. Mit dem Epos «12 Years a Slave» ist dem 44-Jährigen nicht nur ein bildgewaltiges Werk gelungen, sondern auch ein Geschichtsdokument, das die USA zur Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit zwingt. Als unser Reporter Claas Relotius den frischgekrönten Golden-Globe-Gewinner zum Interview traf, war bei McQueen wenig von Oscar-Vorfreude zu spü-



Bildgewaltiges Werk: Regisseur McQueen.

ren. Stattdessen erzählte der Brite mit Wut vom alltäglichen Rassismus in seiner Jugend – und sprach ungewöhnlich offen darüber, welche Bedeutung Hautfarben bis heute in der Filmbranche haben. **Seiten 54, 66**

«Lösch das Bild, das du von mir gemacht hast», befiehlt der Dschihadist mit der Sonnenbrille auf Englisch. Wir stehen in einem Laden für Computer, Software und Videospiele im äussersten Norden von Syrien – da, wo die ausländischen Extremisten von der Türkei aus ins Land strömen. Der Mann gibt sich als Bosnier aus, ist in Wirklichkeit aber Franzose. Wenige Monate später kommt er bei Kämpfen um. Bei seinen Reisen durch Syrien hat unser Reporter Kurt Pelda neben Franzosen auch Deutsche, Briten, einen Kanadier, Araber und mehrere Dutzend Tschetschenen getroffen. Die meisten von ihnen kämpften am Schluss für die Al-Qaida-Fraktion «Islamischer Staat im Irak

und in Grosssyrien», eine brutale, nihilistische Bewegung, die den Islam für ihre Zwecke missbraucht und die religiöse Empfindung der meisten Syrer mit Füßen tritt. Statt das Regime in Damaskus zu bekämpfen, haben sich diese Marodeure auf Oppositionsaktivisten, Rebellen aller Couleur, Journalisten und deren Helfer eingeschossen. Von dem Mini-Kalifat, das sie in Nordsyrien und im westli-



Nabel der Welt: Klagemauer in Jerusalem.

chen Irak errichten wollten, hat vor allem einer profitiert: Baschar al-Assad. Er kann sich bei der «Friedenskonferenz» in Genf als Vorkämpfer gegen al-Qaida präsentieren. **Seite 50**

Allein ihr Name versetzt Abermillionen in religiöse Verzückung: «Jerusalem!» – Schrein dreier Weltreligionen. Nabel der Welt. Der Ort ist von solcher Besonderheit, dass die jüdischen religiösen Schriften ihn durchgängig als weiblich beschreiben – immer als Schönheit, als sinnliche, lebendige Frau. Dabei ist der Tod ständiger Begleiter, sobald man ihre Pforten durchschreitet. Massaker, Chaos, Kriege, Terrorismus, Belagerungen und Katastrophen haben Jerusalem zu einem «Schlachthaus der Religionen» (Aldous Huxley) gemacht. Die Stadt ist von Friedhöfen umgeben und auf Grabstätten erbaut, Nekromantie durchweht ihre Gassen. Die Toten sind hier nahezu lebendig, während sie auf ihre Auferstehung warten. Wer den Mythos der heiligsten aller Städte ergründen will, muss absteigen in ihre Höhlen, Tunnels und Gruften. Redaktor Urs Gehrigger ist abgetaucht. Unter kundiger Begleitung seines Freundes Uzi Dahari, des stellvertretenden Chefarchäologen Israels. **Seite 46**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrigger,

Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Lucien Scherrer, Florian Schwab,

Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, David Schnapp,

Hildegard Schwaninger,

Martin Spieler, Jeroen van Rooijen,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),

Joël Hunn, Raffaella Bachmann (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninndienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut

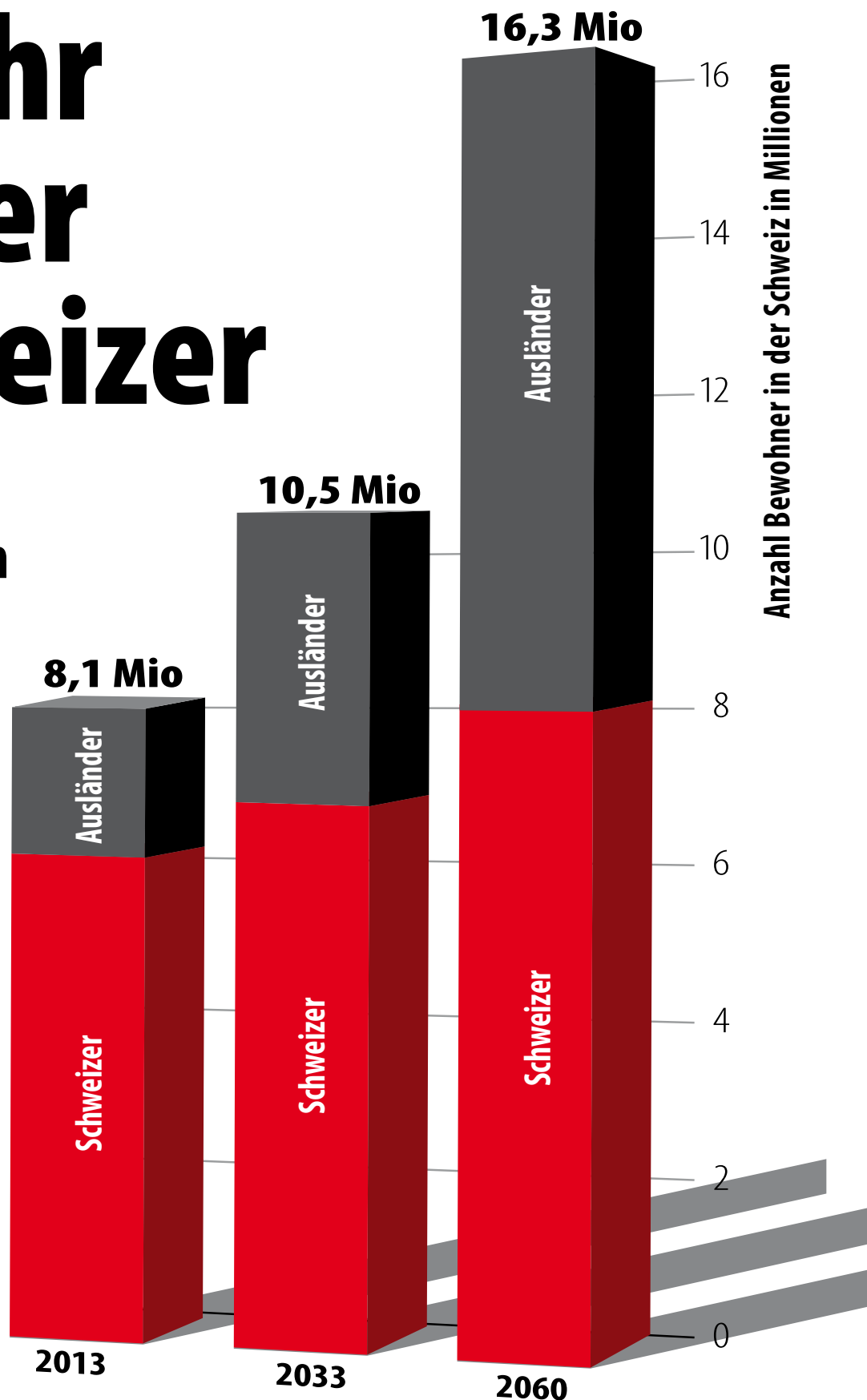


Bald mehr Ausländer als Schweizer

Ohne Steuerung der Zuwanderung leben in weniger als 50 Jahren in der Schweiz

- über 16 Millionen Einwohner
- mehr Ausländer als Schweizer

Quelle: Bundesamt für Statistik –
lineare Hochrechnung der masslosen Zuwanderung
seit der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007



Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.
SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern

Deshalb am 9. Februar: **JA**
zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung

www.masseneinwanderung.ch

Abtreibungen

Abtreibungen sind mit einem liberalen Menschenbild nicht zu vereinen.

Von Roger Köppel

Achtung, es folgt ein radikaler Gedankengang, der heftigen emotionalen Widerwillen bis hin zum Wutanfall hervorrufen kann. Wer sich dem nicht aussetzen will, wird gebeten, die folgenden drei Abschnitte zu überspringen.

Sind Abtreibungen aus liberaler Sicht eigentlich zulässig? Ich glaube nicht. Der Liberalismus setzt sich dafür ein, dass die Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat, gegenüber Dritten und gegenüber der Gesellschaft gesichert wird, sofern die Freiheit des einen nicht die Freiheit des andern gefährdet. Der Liberalismus richtet sich gegen Leibeigenschaft in jeder Form, gegen die lange geübte Praxis, Menschen wie Gegenstände zu behandeln, sie lediglich, wie es der Philosoph Kant formulierte, als Mittel zu sehen und nicht als Zweck. Der Liberale achtet das individuelle Leben, höher noch als das Eigentum, dessen Unversehrtheit er ebenfalls schützt, so wie ihm die Unversehrbarkeit des Menschen ein hohes politisches, ja ethisches Ideal bedeutet. Mit anderen Worten: Der Liberale setzt sich für das Leben ein – in möglichst freier, selbstbestimmter Form.

Aus diesen unbestrittenen Feststellungen folgt der beunruhigende Befund, dass Abtreibungen mit dem Liberalismus nicht vereinbar sind. Im Gegenteil: Sie laufen auf das antiliberale Bestreben hinaus, das Recht eines entstehenden Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben zu annullieren. Die Abtreibung ist ein mit der liberalen Philosophie nicht vereinbarer Übergriff der Mutter auf das Leben ihres noch nicht geborenen Kindes. Die Behauptung, dass der Mensch im embryonalen Zustand noch kein Mensch sei, verfängt nicht. Es ist zwar richtig, dass sich der Embryo im entscheidenden Zeitpunkt noch nicht zum Tatbestand seiner drohenden Abtreibung äussern kann. Aber ist ein im Entstehen begriffenes Individuum so umfassend «Eigentum» der Mutter, dass die Mutter damit machen kann, was sie will? Bedeutet Schwangerschaft Leibeigenschaft für das ungeborene Kind? Kann die Verantwortung, die eine Mutter ihrem ungeborenen Kind gegenüber zweifellos trägt, auf die Selbstermächtigung hinauslaufen, das Leben dieses noch ungeborenen Kindes zu beenden? Ein Liberaler wird diese Fragen nicht reinen Gewissens mit Ja beantworten können.

Wenn man eine Umfrage unter mündigen Erwachsenen machen würde, ob sie, anstatt zu



«Eine Apokalypse jagt die andere.»

leben, lieber abgetrieben worden wären: Man kann sich nicht vorstellen, dass es Leute gibt, die eine Abtreibung dem Leben vorziehen würden. Tatsache ist doch vielmehr: Niemand will abgetrieben werden. Und kaum jemand würde es rückblickend begrüssen, nicht geboren worden zu sein. Die Tatsache, dass sich der Mensch zum Zeitpunkt einer möglichen Abtreibung erst in einer Art Rohbau befindet, in dem sich der Körper als Gehäuse seiner Seele formt, bildet keine Rechtfertigungsgrundlage dafür, diesen werdenden und irgendwann autonom werdenden Menschen umzubringen. Dass sich ausgerechnet die sich als liberal empfindenden Gesellschaften heute so vehe-



ment für das Recht der Frauen auf Abtreibung einsetzen, ist ein Fundamentalwiderspruch zum wichtigsten liberalen Grundprinzip, dem aus nichtreligiösen Gründen das individuelle Leben heilig ist. Liberalismus kann nie bedeuten, dass eine Gruppe von Menschen ihre Existenzrechte gegenüber anderen Menschen so weit verabsolutiert, dass diesen ihr Existenzrecht verweigert wird. Deshalb kann man nicht gleichzeitig liberal und für Abtreibungen sein.

Der Abstimmungskampf spitzt sich zu, eine Apokalypse jagt die andere. Es herrscht Dichtestress an finsternen Prognosen. Während die Wirtschaftsverbände der Schweiz ein todsicheres Himmelfahrtskommando voraussagen, sollte das Volk für die «Abschottungsinitiative» der SVP sein, kontert die Volkspartei ihrerseits mit nachtschwarzen Depressiv-Szenarien, die eine zubetonierte Ausländer-Schweiz im Starrkrampf drohender Erstickung zeichnen. Die Wahrheit wird schlussendlich wohl irgendwo dazwischen liegen, doch auf den letzten Metern will sich niemand hinterher vorwerfen lassen, er habe den Weltuntergang verharmlost.

Direkt wohltuend war vor diesem Hintergrund das Referat des früheren Preisüberwachers und SP-Ökonomen Rudolf Strahm, der in Klosters an einer lebhaften und guten Tagung des Schweizerischen Gewerbeverbands sein fundiertes Unbehagen an der anhaltenden Zuwanderung differenziert zum Ausdruck bringen durfte. Strahm hütete sich zwar davor, der Initiative das Wort zu reden, doch der Mann müsste schizopren sein, wenn er am 9. Februar nicht ein Ja in die Urne legte.

Seine interessantesten Befunde, erstens: Die heutige Nettozuwanderung von 85 000 Ausländern pro Jahr wird auf diesem Niveau weitergehen. Zweitens: Es kommen nicht nur Hochqualifizierte. Ein Drittel der Zuwanderer ist aus bildungsfernen Schichten. Drittens: Die Personenfreizügigkeit hat der Schweiz nur Wachstum «in die Breite» gebracht. Die Gesamtproduktivität stagnierte. Viertens: Vor allem schweizerische Facharbeiter ohne Hochschulabschluss drohen aufgrund der massierten ausländischen Konkurrenz verdrängt zu werden. Fünftens: Ein System «flexibler Kontingente» mit einem «sanften Inländervorrang» wäre geeignet, die Situation zu entschärfen.

Dem Gewerbeverband und seinem Direktor Hans-Ulrich Bigler ist es hoch anzurechnen, dass man gegen die stalinistisch anmutende Jubelpropaganda der Wirtschaftsverbände zugunsten der Personenfreizügigkeit diese pointierte Gegenstimme zuließ. Dahinter steckt die vernünftige Einsicht, dass die von den Verbänden so einseitig gelobte Zuwanderung eben doch ihre Schattenseiten hat, die auch einen wirtschaftsfreundlichen linken Ökonomen legitimerweise beunruhigen.



Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer. Seite 24



Gut gegen Böse: Eistanzerin Harding. Seite 52



520 Millionen: Tiefstation-Projekt. Seite 28.



Ihr Markenzeichen? Model Kate Moss. Seite 70

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 Kommentar Wer's glaubt, zahlt

9 Im Auge Hiltrud Schwetje, ehemals Frau Schröder

10 Auto Es werde Licht

10 Abstimmungen Blaues Gras

11 Personenkontrolle «Francis», Prelicz-Huber, Brunetti etc.

11 Nachruf Dirigent Claudio Abbado

12 «Ich bin nur die Henkerin»

Abtreibung: Eine junge Gynäkologin und Mutter erzählt

14 Mörgeli Tiefflüge und ein Höhenflug

14 Bodenmann New-Swiss-Turbo Burkhalter

15 Ausland Hollande macht kehrt – oder nicht

16 Die Deutschen Weiter im Pogrom

16 Wirtschaft Arbeitsmarkt in Ketten

17 Medien Die Umarmung der Erde

17 Gesellschaft Spitzenzoff

18 Leserbriefe / Darf man das?

Hintergrund

20 Verdrängte Folgekosten

Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

22 Die Mär von den Hochqualifizierten Berufe der Zuwanderer

24 «Alle profitieren» Interview mit Heinz Karrer

27 Moos und Los Vorschlag zur Masseneinwanderung

28 Vorfahrt Schmalspur

Filz bei der Planung der Eisenbahn

30 «Alle fünfzig Meter eine Million» Interview mit Hans Wägli

32 Milliarden auf den heissen Stein

In der Entwicklungshilfe gibt es Grund zur Hoffnung

34 Billigwohnungen für Millionäre

Das Establishment wohnt in günstigen Staatswohnungen

37 Hochwasserschutz vom Binnenland Ideen aus Zürich

38 So bastelt man einen Flüchtling

Unechte Asylbewerber dürfen bleiben

40 Manipulationskunst des SRF

Serie: Fall Mörgeli, Teil 8

43 Im Zeichen der Wurstigkeit Die Linke und der Humor

44 Und was, wenn Roger Federer schwul wäre?

Wie lange wären die Medien ausser Atem?

46 Im Untergrund der Heiligen Stadt

In den Höhlen Jerusalems

50 Der Höllenstaat des Isis

Syriens Rebellen finden immer mehr Hinweise, dass Präsident Assad mit Terroristen kooperiert

52 «Why me? – Warum ich?»

Olympia: Die fatale Geschichte von Tonya Harding, Nancy Kerrigan und Oksana Bajul



«Nieren»: Autoren Grass (l.), Frisch. Seite 64

Interview

54 «Ein verdammt schmerzhafter Weg»

Er könnte als erster schwarzer Filmemacher einen Oscar gewinnen. Steve McQueen über die brutale Schönheit seiner Bilder und den latenten Rassismus von heute

Stil & Kultur

58 Stil & Kultur Mehr Öl!

60 Fürst der Wolken und des Sturms

Welche Bedeutung hat der französische Dichter Charles Baudelaire heute noch?

64 Bestseller

64 Literatur Max Frischs stark zensierte «Berliner Journale»

65 Jazz Mark Turner/ Baptiste Trotignon

66 Top 10

66 Kino «12 Years a Slave»

67 Fernseh-Kritik Arena der lahmen Kätzchen

68 Namen Der Wörterseh-Verlag zog viel Prominenz an

69 Hochzeit Babette Peterka und Eric Baumann

69 Thiel Nur ein Witz

70 Stilkritik Markenzeichen: Schnute

71 Liste Hocker, die hinhalten

71 Hat das Stil? Button-down-Hemd mit Krawatte

72 Wein Maître de Chais Reserve Spéciale Petite Arvine de Fully 2012

72 Zu Tisch Restaurant Tim Raue, Berlin

73 Auto Hyundai ix35 2.0 CRDi Premium 4WD

74 MvH trifft Peter Lindbergh, Fotograf

Autoren in dieser Ausgabe

Sarah Pines



Die Literaturwissenschaftlerin und Autorin hat in Köln, Düsseldorf und Stanford studiert. Ihre Doktorarbeit schrieb sie über den französischen Dichter Baudelaire. In der *Weltwoche* beurteilt Pines das Werk des französischen Grossschriftstellers aus heutiger Sicht. Seite 60

Mathias Binswanger



Der renommierte Ökonom ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Buchautor und Kolumnist. In seinem Artikel zur Personenfreizügigkeit schreibt er, weshalb die Zuwanderung für die Schweiz wirtschaftlich uninteressant ist. Seite 20

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

Mittendrin, aber immer über der Sache.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.

DIE  WELTWOCH



Wer's glaubt, zahlt

Von Urs Paul Engeler — Grossprojekte von Bahn 2000 bis Neat ratterten ins finanzielle und konzeptionelle Debakel. Jetzt rollt Fabi an.



Irreführung: SBB-CEO Meyer, Bundesrätin Leuthard, AlpTransit-Gotthard-Chef Simoni (v. l.).

1987 hiess das Volk in einer Referendumsabstimmung das Konzept Bahn 2000 gut: 57 Prozent Ja. Realisiert wurde dieser Beschluss bis auf den heutigen Tag nicht. 1992 hiess das Volk in einer Referendumsabstimmung den Bau einer schweizerischen Alpentransversale (Neat) gut: 62 Prozent Ja. Realisiert wurde dieser Beschluss bis auf den heutigen Tag nicht.

Die Geschichte der schweizerischen Bahn-Grossprojekte ist eine einzige lange Kette von Fehlplanungen, falschen Versprechungen, Mehrkosten und dreisten Irreführungen. Das den Stimmbürgern vorgelegte Programm einer Bahn 2000 war im Wesentlichen der Bau von vier Neubaustrecken: zwischen Lausanne und Bern, zwischen Bern und Olten, zwischen Basel und Olten und auch zwischen Zürich und Winterthur (Brüttener-Tunnel). Dieses Kleeblatt kostete insgesamt genau 5,4 Milliarden Franken, hatte der damalige Verkehrsminister Leon Schlumpf den Leuten versichert, und es werde, hatte er überdies beteuert, dank Mehrverkehr selbsttragend sein.

Doch bereits zwei Jahre später, im August 1989, hat die SBB-Spitze in einem vertraulichen Bericht, den die *Weltwoche* publik machte, zugeben müssen, dass die Planungskosten bei 7,5 Milliarden Franken angelangt seien. Diese Summe stieg, bevor der erste Meter Neugeleise verlegt worden war, Jahr für Jahr um Milliar-

den an und erreichte ums Jahr 1993 schliesslich den atemberaubenden Stand von gut 16 Milliarden. Das entsprach dem dreifachen Betrag, den Leon Schlumpf vor der Abstimmung als oberste Limite verkündet hatte.

In Betrieb ging die Rumpfversion

Damit war der Punkt erreicht, an dem Adolf Ogi die Notbremse zog. Er setzte eine Expertengruppe ein und befahl ihr, ohne die getäuschten Stimmbürger nochmals zu befragen, das Konzept zurückzufahren, und zwar auf den Kostenrahmen von maximal 7,4 Milliarden Franken. Gebaut wurde in der Folge die neue Linie Bern–Olten; nur teilweise realisiert wurde die Verbindung zwischen Basel und Olten (Adlertunnel); fast ganz gestrichen wurden die Ausbauten zwischen Lausanne und Bern; und gar nicht angebohrt wurde der Brüttener-Tunnel. In Betrieb ging die Rumpfversion der schlumpfschen Megapläne dann nicht im Jahr 2000, wie der Name verhiess, sondern erst 2004.

Das den Stimmbürgern vorgelegte Neat-Programm war im Wesentlichen ein doppelspuriger Gotthard-Basistunnel, ein doppelspuriger Lötschberg-Basistunnel, der direkte Anschluss der Ostschweiz via Zimmerberg- und Hirteltunnel sowie zahlreiche regionale

»» Fortsetzung auf Seite 10

Liebe entsorgen



Hiltrud Schwetje, ehemals Frau Schröder.

Schwer vorstellbar, dass das deutsche Volk sich für das Liebesleben Angela Merkels interessiert, höchstens für die Männer, die von der Meisterin des Machtspiels aussortiert wurden. Die Deutschen sind toleranter und unaufgeregter als die Franzosen und der Rest der Klatschwelt. Brandt, Strauss, Kohl, Fischer – es blieb alles unter der Bettdecke. Und als Gerhard Schröder, damals noch Ministerpräsident in Niedersachsen, den Haushalt seiner Ehefrau Hiltrud, genannt «Hillu», nicht mehr aushielt, weil sie ihm Zigarre und Currywurst verbot, zog er nach einem spätnächtlichen Rosenkrieg aus. Sie packte ihm die Koffer, er kletterte in Hillus VW, und sie entsorgte ihn vor der Staatskanzlei in Hannover, wo er in seiner dienstlichen Absteige den Schlaf fand. Fraglos eine smarte Trennungsabwicklung. Aber wie enden solche Dramen? Was wird aus Valérie? Hoffst sie, dass François sie auf dem Sozius ins Elysée zurückfährt?

Für Hillu endete das Projekt, das sie in die Worte gefasst hatte: «Wir wollen Kanzler werden.» Wie sie zuvor die Regierungsform in Hannover gereimt hatte: «Wir machen/Niedersachsen.» Schröder kommentierte den privaten Wechsel: «Ich heirate alle zwölf bis dreizehn Jahre, aber dazwischen bin ich treu.» Als er 1998 die Bundestagswahl gewann, war die Vierte an seiner Seite: Doris. Neu, blond, charmant, etwas püppchenhaft und sehr jung. Hillu, die grüne Vegetarierin, studierte Politologin und Soziologin, biss sich anderthalb Jahre auf die Zunge, bis sie in einem langen Interview Feuer speie: Er sei opportunistisch, feige, egozentrisch, geizig, machtgeil, prinzipienlos, ausserdem habe er die Töchter und die Haustiere im Familienzoo vernachlässigt. Sie schrieb auch eine Art Selbsthilfebuch, «Auf eigenen Füßen». Und danach heiratete sie ihren Zahnarzt. Seither heisst sie Hiltrud Schwetje: Sie, die Vegetarierin und Tierschützerin, er der Jäger. Sie wagte sich aufs Fernseh-Tanzparkett von RTL, schied aber im Wettbewerb «Let's Dance» wegen eines Knieschadens aus. Vor zwei Jahren zog sie in eine eigene Wohnung, und manchmal isst sie sogar Würstchen. Peter Hartmann

und lokale Ausbauten entlang der Nord-Süd-Achse. Die neue Untertunnelung der Schweiz kostete nur 14 Milliarden Franken, versicherte der damalige Verkehrsminister Adolf Ogi den Leuten, sie werde dank Mehrverkehr selbsttragend sein. Eine zweckdienliche Studie des St. Galler Professors Franz Jaeger stützte den politischen Wunsch, dass der Betrieb die Darlehen rasch wieder einspielen werde.

Doch schon 1995 rechneten die Finanzspezialisten der Beratungsfirma Coopers & Lybrand dem alarmierten Parlament und dem falsch informierten Volk vor, dass die alpinen Monsterbauten in Wirklichkeit gegen 30 Milliarden kosten und in den ersten Jahrzehnten des Betriebs mitsamt Verzinsung der Darlehen unglaubliche 300 Milliarden Franken verschlingen werden. Das Nachrichtenmagazin *Facts* zeigte gleichzeitig auf, dass das Verkehrsdepartement im Vorfeld des Urnengangs die Zahlen über Kosten und erwartete Erträge systematisch geschönt und warnende Analysen verschiedener Ökonomen in den Schubladen hatte verschwinden lassen.

Diesmal zog das Parlament die Notbremse; Wolkenschieber Ogi musste gar sein Departement abgeben. Am Gotthard wird noch gebaut; der Lötschberg wurde auf eine Röhre re-dimensioniert; der Anschluss der Ostschweiz wurde ebenso aus dem Programm entfernt wie zahlreiche Unterprojekte. Diese Schrumpfvариante der ogischen Ideen wird immer noch gut 24 Milliarden Franken aufbrauchen. Die Reduktion des Bahnwahns auf das einiger-massen Sinnvolle war jedoch nur der kleinere Teil der völligen Konzeptänderung.

Reale Dauerlast

Geradezu ins Gegenteil verkehrt wurde die Finanzierung. Sprach Ogi 1992 noch von einer rentablen Investition, ja von einem lohnenden Geschäft mit Europa, so mussten die beiden Tunnel in mehreren politischen Schritten von einer vermeintlich attraktiven Geldanlage zu einer realen Dauerlast für die helvetischen Steuerzahler umgewandelt werden. Derzeit trägt der Schwerverkehr via Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) 55 Prozent der Kosten; die Erhöhung der Mehrwertsteuer steuert 20 Prozent bei; 10 Prozent zahlen die Autofahrer aus der Benzinzollkasse. 15 Prozent werden über Darlehen eingebracht. Sobald die Züge durch den Gotthard rollen, wird auch der Betrieb des Doppellochsystems subventioniert werden müssen.

Am 9. Februar stimmt das Volk über das dritte kolossale Bahnprojekt ab. Für «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (Fabi) an allen Ecken und Enden des Landes sollen wiederum 6,4 Milliarden Franken bereitgestellt werden. Fortsetzung folgt, falls das Volk abermals ja sagt.

Mehr zum Thema: Seite 28 bis 31

Auto

Es werde Licht

Von Max Frenkel — Neuerdings müssen Autofahrer auch tagsüber das Licht anmachen.

In der «guten alten Zeit», als ich Auto fahren lernte, schaltete man die Scheinwerfer nur ein, wenn es einen notwendig dünkte: wenn es eindunkelte zum Beispiel oder bei Nebel. Das sparte, nebenbei gesagt, auch ein bisschen Energie. Wie es zur gängigen Praxis gekommen ist, weiss ich nicht. Waren es die vereinigten Fahrlehrer, die Prüfungsexperten oder sonst jemand? Wie gesagt: Ich weiss es nicht. Was ich aber weiss, ist, dass das, was jetzt obligatorisch ist, offensichtliche Nachteile hat, welche die angeblichen Vorteile deutlich überwiegen: Je nach Situation werden die entgegenkommenden Lenker geblendet; die Polizei wird davon abgehalten, ihre Aufmerksamkeit anderen Vergehen zu widmen – etwa dem Ausfahren aus Kreiseln ohne Rechtsabbiegezeichen oder dem Missachten von Fussgängerstreifen. Vorteile ständig eingeschalteter Scheinwerfer sehe ich keine. Es ist das ein klassischer Fall von Regulierungswut. Ein liberales System vertraut auf die Vernunft des Einzelnen und greift nur dort ein, wo es unumgänglich ist. Ein entsprechendes Beispiel ist etwa der Rechtsvor-



Ein Fall von Regulierungswut.

tritt: Gäbe es ihn nicht, wäre die Zahl der Kollisionen noch viel grösser. Aber sonst hat der Staat nur dort eingzugreifen, wo es nicht anders geht. Ich bin mir bewusst, dass das etwas unreal ist. Als Zielvorstellung eignet es sich jedoch durchaus.

Nur: Auch das ist abstrakt. Die Zielvorstellungen der Behörden sind von unterschwelligem Präferenzen gesteuert. Selbstbefriedigung des Beamten, bürokratische Imperienbildung, der Wille, Gutes zu tun, die Bereitschaft, sich parlamentarischen Wünschen zu fügen. Da gilt es zu werten. Werten tut der Bundesrat. Aber der ist so beschäftigt mit Nabelschau. Also übernimmt er, was ihm die Verwaltung vorlegt. Die Schweiz hat nicht nur die beste Armee, sie hat auch – alle Wirtschaftsindikatoren zeigen das – die beste Regierungsform der Welt. Die Regierung regiert nämlich nicht. Sie verwaltet.

Abstimmungen

Blaues Gras

Von Alex Baur — Ob Ausländer, Abtreibung oder SBB, es wird am Thema vorbeigeredet.

Man stelle sich vor, Christoph Blocher hätte seine Albigütli-Rede unter das Motto «Das Gras ist grün» gestellt. Eine Welle höhnischen Protestes wäre dem SVP-Nationalrat sicher gewesen. *Der ewige Holzschnitzer*, hätte man gerufen – Gras sei doch nicht nur grün, sondern auch mal gelb oder braun, Expressionisten malten es sogar mit blauer oder roter Farbe. Und grüne Kreise hätten mutmasslich eine Strafanzeige *in Betracht gezogen*, weil Blocher das Urheberrecht des Labels «Grün» *zumindest geritzt* haben könnte, wie man bei solchen Gelegenheiten jeweils zu sagen pflegt.

Der Anti-Blocher-Effekt ist seit über zwei Jahrzehnten eine Konstante der Schweizer Politik. Er wird auch bei der Einwanderungsvorlage gnadenlos eingesetzt, die am 9. Februar zur Abstimmung gelangt und die von den Gegnern konsequent als *SVP-Initiative* tituliert wird. SVP, das ist ein Code, der beim politischen und medialen Establishment Ablehnung garantiert. So, als ginge es bei der Zuwanderungsvorlage nicht um die Zukunft unseres Landes, sondern um die einer Partei.

Mit derselben Penetranz lenken die Gegner der Abtreibungsvorlage vom Thema ab, die am selben Wochenende zur Abstimmung kommt. Folgt man der Gegenkampagne, könnte man meinen, die Abtreibung an sich stünde zur Debatte. Tatsächlich geht es einzig um die Frage, ob eine ungewollte Schwangerschaft einer Krankheit gleichzustellen sei und die Allgemeinheit für den Eingriff aufkommen soll. Die Debatte um die dritte Vorlage – ein weiterer 6,4-Milliarden-Kredit (Fabi) für den Ausbau der Bahn – ist derweil seltsam flau, obwohl von enormer Tragweite. Und auch hier wird das Kernproblem – das Verhältnis von Aufwand und Ertrag, die Folgekosten – weitgehend ausgeblendet. Man tut so, als ginge es um ein Für oder Wider die Eisenbahn.

Hinter allen drei Vorlagen stehen komplexe Fragen, die eine fundierte und engagierte Kontroverse verdient hätten. Auf beiden Seiten gäbe es gute Argumente. Doch just jene Kreise, die sich gerne als lösungsorientierte Verfechter von Vernunft und Sachpolitik anpreisen, verweigern sich einer echten Debatte und setzen auf irrationale Reflexe.

Zum Glück hat Nationalrat Blocher seine Albigütli-Rede nicht unter das Motto «Das Gras ist grün» gestellt. Sonst würden wir wohl nur noch darüber streiten, ob grünes Gras noch zeitgemäss sei, ob Gelb und Braun nicht anzustreben wären, oder gar Rot und Blau.

Personenkontrolle

«Francis», Prelicz-Huber, Brunetti, Widmer-Schlumpf, Schneider-Ammann

Das alternative Kulturzentrum Rote Fabrik schreibt rote Zahlen. Obwohl die Jahresrechnungen 2010 und 2011 hohe Defizite auswiesen, geben die Betreiber als Begründung einen Brand am 11. Mai 2012 an (*Weltwoche* Nr. 2/14). Weil die Feuerpolizei daraufhin eine Reduktion der maximalen Besucherzahl von 1300 auf 800 anordnete, verlangt die Rote Fabrik nun von der Stadt Zürich eine Erhöhung der Subventionen (derzeit 2,4 Millionen Franken pro Jahr). Doch wie ernst nimmt der Betreiberverein die Vorschriften der Feuerpolizei überhaupt? Obwohl im alten, denkmalgeschützten



Auch eine Notschlafstelle: Rote Fabrik in Zürich.

Gemäuer ein striktes Übernachtungsverbot herrscht, sieht sich die Rote Fabrik nämlich auch als Notschlafstätte. Seit Jahren schlägt im Bürotrakt Abend für Abend ein Obdachloser sein Quartier auf (siehe Bild). Durchgefüttert wird der Mann, den alle nur als «Francis» kennen, vom Genossenschaftsrestaurant «Ziegel oh Lac». Da im Vorstandskollektiv nicht alle die Verantwortung für den Randständigen übernehmen wollten, während andere genau dies als unsolidarischen Akt begriffen, sprach die abgewählte grüne Nationalrätin und De-facto-Präsidentin **Katharina Prelicz-Huber** ein Machtwort: «Francis» soll fortan in den Sitzungsprotokollen einfach nicht mehr erwähnt werden. Existiert er nicht, kann man ihn auch nicht ausdrücklich dulden. (*cal*)

Die Bankiervereinigung, Wirtschaftsanwälte, Koryphäen der Wirtschaftsprüfung, die *Neue Zürcher Zeitung* und sonstige Berufene – monatelang verkündeten sie die Botschaft, die es vergangenen Juni auch ins Expertenpapier der Gruppe um **Aymo Brunetti** schaffte, Chefdenker im Auftrag von Bundesrätin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP): Die Schweiz müsse unbedingt «proaktiv» auf die Europäische Union zugehen, um zu verhindern, dass mit der Finanzdienstleistungsrichtlinie Mifid II der



«In letzter Sekunde»: Widmer-Schlumpf, Brunetti.

Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleister abgeschottet würde. Zeitweise diskutierte die EU, ob Dienstleister aus Drittstaaten wie der Schweiz in jedem Mitgliedsland eine Filiale eröffnen müssten, wo sie ihre Dienste feilbieten würden. Professor Brunetti wusste auch schon, was man der EU im Gegenzug anbieten könnte: ein Entgegenkommen beim automatischen Informationsaustausch. Noch im November wies er an einem Anlass darauf hin, dass nur ein schmales Zeitfenster bestehe, um Brüssel zufriedenzustellen und Mifid II zu entschärfen. Mitte Januar kam nun die frohe Kunde aus Brüssel: Ohne Zutun der Schweiz zogen die EU-Mitgliedsstaaten Mifid II die Zähne. Was als Tiger losgesprungen ist, ist als Bettvorleger gelandet, weil Frankreich und Grossbritannien sich nicht einig waren. Brunetti verweist darauf, dass die EU-Mitglieder sich entgegen den Anträgen der verantwortlichen Gremien und in letzter Sekunde so entschieden hätten. So gut diese Nachricht schliesslich auch sei, so überraschend komme sie. (*fs*)

Überraschendes aus dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), das Wirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** (FDP) unterstellt ist: Eine vom BLW in Auftrag gegebene und von der ETH Zürich durchgeführte Studie kommt zum Schluss, dass «dank Grenzschutz und vergleichsweise hohen Direktzahlungen» die Einkommensschwankungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung tief sind und es darum keine Einkommensversicherung, wie sie in der EU besteht, braucht. Kosten der Studie: 75 000 Franken. Viel Geld für einen doch eher bescheidenen Erkenntnisgewinn. (*cmu*)



Überraschendes: Schneider-Ammann.

Nachruf



«Signor più piano»: Dirigent Abbado.

Claudio Abbado (1933–2014) — Einige Musiker haben ihn liebevoll «Signor più piano» genannt, und auf den Proben von Claudio Abbado soll es oft so leise zugegangen sein, «dass man fast einschlief». Beim Konzert jedoch, so erinnert sich sein einstiger Schüler und Nachfolger bei den Berliner Philharmonikern, Sir Simon Rattle, «beim Konzert kam es dann regelmässig zur Explosion». Die Fähigkeit des Horchens galt Abbado als die oberste Disziplin: «In den Schulen lernen die Menschen das Sprechen, aber nicht das Zuhören – und die Musik lehrt genau das!» Diese Gabe suchte er bei seinen Musikern zu fördern, der Maestro aus Mailand, der nie ein Pultdiktator wurde. Ein leiser Star, der sich mit allen Sinnen seinen Musikern und seinen Komponisten widmete – ob Mozart, Verdi, Wagner, Berg oder Rihm.

Es waren Momente höchster Intensität, Abbado mied den spektakulären Effekt, er suchte die Wahrhaftigkeit. Nachdrücklich widersetzte er sich der Schwerkraft mächtiger Institutionen: Er leitete die Mailänder Scala, führte mit Claus Helmut Drese die Wiener Staatsoper und wechselte dann für zwölf Jahre zu den Berliner Philharmonikern, wo er Nachfolger von Herbert von Karajan wurde. Zwei Bereiche verlor er nie aus den Augen – die Arbeit mit dem Nachwuchs und die Welt der Literatur. Zu seinen Grosstaten gehört die Gründung des Gustav-Mahler-Jugendorchesters (später Mahler Chamber Orchestra) und des Lucerne Festival Orchestra, das er im vergangenen August zum letzten Mal dirigierte. Claudio Abbado starb nach langer Krankheit am Montag in Bologna. *Thomas Würdehoff*

«Ich bin nur die Henkerin»

Von Rico Bandle — Bei der Abtreibungs-Debatte steht meist die Selbstbestimmung der Frau oder das Lebensrecht des ungeborenen Kindes im Zentrum. Was ist aber mit jenen Leuten, die den Abbruch ausführen müssen? Eine junge Gynäkologin und Mutter erzählt.

Vor der Ultraschalluntersuchung fragt Anna Frehner die Frauen, die für eine Abtreibung zu ihr gekommen sind, ob sie den Monitor im Blickfeld haben möchten oder nicht. «Erstaunlicherweise wollen die meisten draufschauen», sagt die Ärztin. Ein übergrosses Köpfchen, Körper, Arme, Beine – oft ist alles schon klar erkennbar. «Vor allem junge Frauen kommen beim Anblick des Embryos ins Kichern und sagen Dinge wie: <Ah, schau mal, es bewegt sich ja schon!>» Manche Frauen wollen gar ein Ultraschallbild nach Hause nehmen. Dies irritiert Frehner jedes Mal: «Bei meinen Schwangerschaften war es der schönste Moment, die ersten Ultraschallbilder zu sehen – das löste ein Hochgefühl aus. Dass jemand das Bild eines Kindes, das man abtreiben wird, nach Hause nehmen möchte, kann ich schwer nachvollziehen.»

Die Gynäkologin, die hier Anna Frehner genannt wird, ist 37 Jahre alt, dreifache Mutter und arbeitet in einem Teilzeitpensum an einem mittelgrossen Spital in der Schweiz. Sie hat sich bereit erklärt, über den schwersten Teil ihres Berufs zu sprechen: Abtreibungen durchzuführen. Beim Vorgespräch am Telefon stellt sie klar: «Ich bin gegen die Initiative <Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache>. Aber dass einmal die Sicht jener gezeigt wird, die Abtreibungen durchführen, finde ich gut.» Der Schwangerschaftsabbruch gehört zu jenen Themen, die in der Bevölkerung auf grosse Akzeptanz stossen – solange der Vorgang unsichtbar bleibt. Es ist ähnlich wie beim Fleischessen: Fast alle essen Fleisch, aber niemand möchte wissen, was sich hinter den Toren der Schlachthöfe abspielt.

Wir treffen uns am Sonntagabend in einem Café in Zürich. Frehner erweist sich als eine lebensfrohe, sympathische Frau, die mit viel Verve von ihrer Arbeit erzählt – eine Ärztin, die ihren Beruf mit grosser Leidenschaft ausführt. Was sie in dem zweistündigen Gespräch erzählt, ist zuweilen drastisch, ja brutal. «Muss man das dem Leser wirklich zumuten?», fragt sie mehrmals. Leute zu begleiten, die über Leben und Tod eines Menschen entscheiden – wenn auch eines ungeborenen –, das Kind gar zu töten und aus dem Körper der Mutter zu entfernen, ist für sie nach vielen Jahren noch immer aufwühlend.

«Furchtbares Sauggeräusch»

Die Mehrheit der Abtreibungen in der Schweiz wird medikamentös durchgeführt. Das heisst,

die schwangeren Frauen schlucken unter Aufsicht der Gynäkologin eine Mifegyne-Pille, die die Versorgung des Embryos blockiert. Zwei Tage später werden weitere Pillen eingenommen, die den Muttermund aufweichen, so dass der mittlerweile tote Embryo ausgestossen werden kann.

Die zweithäufigste Methode ist die operative Absaugung. Die Ärztin dringt mit einem Rohr in die Gebärmutter ein, eröffnet dadurch die Fruchtblase und saugt erst Fruchtwasser und Blut, dann das Gewebe ab. «Es kommt zu einem kurzen Stau, plötzlich zerreisst der unfertige Körper des Kindes, und das Gewebe schnell das Rohr hinunter. Dies erzeugt ein furchtbares Sauggeräusch», erklärt Frehner. «Es tönt, wie wenn ein Kind kräftig an einem Trinkröhrchen saugt, obschon das Glas bereits leer ist. Das ist gruselig.» Fünf bis zehn Minuten dauert die Operation, dann wirft die Ärztin

«Plötzlich zerreisst der unfertige Körper des Kindes und das Gewebe schnell das Rohr hinunter.»

einen Blick auf das Sieb mit dem Absaugmaterial – ein toter, zerstückelter Embryo. Sind alle Gewebeteile vorhanden, ist der Eingriff beendet.

Wie viele solche Aborte sie schon durchgeführt hat, weiss Frehner nicht. «Ich habe nicht gezählt. Die Operation ist für mich aber der weniger schlimme Teil der Abtreibung. Hier bin ich nur die ausführende Person, die Henkerin. Die Gespräche vorher sind belastender. Jede Frau kommt mit ihrem eigenen Schicksal, es gilt, mit ihr den richtigen Weg zu finden.»

Sich nichts anmerken lassen

Seit sich das Volk 2002 mit einer knappen Dreiviertelmehrheit für die Fristenlösung ausgesprochen hat, darf bis zur zwölften Schwangerschaftswoche ein Abbruch vorgenommen werden; danach nur noch, wenn medizinische Gründe vorliegen. Beratungsgespräche bleiben für alle obligatorisch. Frehner versucht nie, die Frauen in ihrem Entscheid umzustimmen. «Meine Aufgabe besteht darin, durch gezielte Fragen herauszufinden, ob sich die Schwangere in ihrem Entscheid auch sicher ist.» Meist stecke die Frau tatsächlich in einer Notlage. Oft sind sie sehr jung, noch in der Ausbildung, ohne feste Partnerschaft, knapp

an finanziellen Mitteln. Es gebe aber auch andere: «Manche Frauen übernehmen keinerlei Verantwortung für ihr Leben: Sie verhüten nicht, machen keine Anstalten, sich zu ändern, schlagen alle Hilfsangebote aus. Oft sitzen diese Frauen während des gesamten Gesprächs mit einem indifferenten Lächeln da.» Natürlich lasse sie sich nie ihr Unbehagen anmerken, «das wäre unprofessionell». Auch nicht, wenn eine junge Frau schon zum dritten Mal zur Abtreibung kommt, was sie schon mehrmals erlebt habe. In solchen Fällen kann sie nicht mehr tun, als den Frauen nachdrücklich eine sichere Verhütungsmethode nahezu legen.

Wird diesen Frauen die Abtreibung zu einfach gemacht? Sie zögert, man merkt, hier begibt man sich auf ein heikles Terrain. Schon gar nicht möchte sie sich von einer politischen Strömung einspannen lassen. «Ich habe mir auch schon überlegt, ob die Krankenkasse bloss eine Abtreibung pro Frau bezahlen soll, mehr nicht. Schliesslich kann uns allen einmal ein Fehler passieren. Aber ich finde doch nicht, dass wir uns mit solchen Sanktionierungen als Schulmeister aufführen sollten.»

Dass durch die medikamentöse Methode die Abtreibung leichtfertiger durchgeführt werde, glaubt Frehner nicht. «Ich frage mich, ob das für die Frau wirklich angenehmer ist. Bei der Operation schläft die Patientin, und wenn sie aufwacht, ist alles vorbei. Das Medikament hingegen muss sie selber schlucken, und zwei Tage später blutet sie ab.» Auch für sie als Ärztin bringt die Abtreibungspille kaum Entlastung: «Emotional ist eine Abtreibung mit der Pille genauso aufwühlend. Der Patientin das Medikament aus der Packung zu drücken und zuzuschauen, wie sie dem Leben ihres Kindes ein Ende setzt, nimmt mich mindestens ebenso mit wie eine Operation an einer mit Tüchern abgedeckten und unter Vollnarkose stehenden Frau.»

Das Kind stirbt im Körbchen

Vor einigen Monaten schilderte eine Gynäkologin in der Magazinbeilage der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit*, dass sie täglich zehn Abtreibungen durchführen müsse, obschon sie dies mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren könne – «wie am Fliessband». Der Artikel löste in Deutschland breite Diskussionen aus. Auch Frehner hat den Text gelesen, ist aber skeptisch. «Ich kann das fast nicht glauben.» Sie selbst habe noch nie mehr als zwei Abtreibungen an einem Tag ausgeführt. «Manchmal



Es bewegt sich ja schon: Ultraschallaufnahme von einem Fötus.

habe ich eine Geburt hinter mir, muss dann eine Abtreibung vornehmen, danach ein Paar untersuchen, das seit Jahren vergeblich versucht, ein Kind zu kriegen.» Dass jemand den ganzen Tag Aborte durchführen müsse, habe sie noch nie gehört, zumindest nicht in der Schweiz. «Unser Beruf ist zum Glück deutlich vielfältiger.»

Besonders aufwühlend in dem *Zeit*-Artikel sind die Schilderungen der Spätaborte nach der zwölften Schwangerschaftswoche – die dras-

Manchmal kommt das unerwünschte Kind lebend zur Welt.

tischste Form des Schwangerschaftsabbruchs, die bei uns zur Anwendung kommt. Auch Frehner hat solche Eingriffe schon mehrmals erlebt. «Das ist unglaublich schlimm: für die Abtreibende natürlich, aber auch für das Personal.» Ist der Fötus zu gross für eine Absaugung, wird künstlich eine Geburt eingeleitet. Manchmal kommt das unerwünschte Kind lebend zur Welt. Erfolgt die Frühgeburt aus natürlichen Gründen – stirbt das Kind in der Regel in den Armen der Mutter. Bei gewollten Abtreibungen wird das Kind meist in einen Weidenkorb

gelegt, mit einem Tuch abgedeckt und zum Sterben weggestellt. Manchmal lebt es noch länger als eine Stunde, Schmerzmittel verhindern, dass das Kind zu sehr leidet. «Zum Glück kommen solche Abtreibungen eher selten vor», sagt Frehner. Sie sei in solchen Fällen gar nicht unglücklich darüber, dass sie nach der eingeleiteten Geburt mit der Auskratzung der Plazentaresten beschäftigt sei und nicht den Tod des Kindes begleiten müsse. «Für die Hebammen ist dies eine riesige Belastung. Die meisten Hebammen, die ich kenne, sind gegen Abtreibungen.»

Wann ist ein Mensch ein Mensch?

Gemäss Statistik finden von den jährlich rund 10 000 Schwangerschaftsabbrüchen in der Schweiz 500 nach der zwölften Woche statt. Zumeist, weil beim ungeborenen Kind eine Behinderung festgestellt wurde. Aber nicht immer. «Vor wenigen Wochen hatten wir eine Frau, die in der siebzehnten Woche ein gesundes Kind abgetrieben hat.» Auch eine natürliche Fehlgeburt sei schlimm, aber dass sich eine Mutter bewusst dafür entscheide, ein lebensfähiges Kind abzutreiben, dessen Bewegungen sie im Extremfall bereits in ihrem Körper spüre, sei doch noch etwas anderes. Ist eine späte Abtreibung bei einem gesunden Kind

nicht verboten? «Nein. Es bedarf aber Gutachten, um die gesundheitliche Bedrohung der Patientin festzustellen.» Oft geht es dabei um psychische Beschwerden der Mutter, so auch in diesem Fall.

Eine der grossen Fragen in der Abtreibungsdebatte lautet: Ab wann ist ein Mensch ein Mensch? Zwei Wissenschaftler sorgten kürzlich weltweit für Empörung, als sie im *Journal of Medical Ethics* für das Recht auf die Tötung von Neugeborenen plädierten, da die Babys noch keine «wirklichen Personen», sondern nur «mögliche Personen» seien. Der Gesetz-

Auch die zwölfte Schwangerschaftswoche ist eine willkürliche Grenze.

geber zieht die Grenze eines straffreien Abbruchs bei der zwölften Schwangerschaftswoche, auch das ist eine willkürliche Grenze. «Für mich ist das Kind schon nach dem Schwangerschaftstest ein Individuum», sagt Frehner. Der Grund für die Grenzziehung bei der zwölften Woche in vielen Ländern dürfte auch technische Gründe haben: Bis dahin kann die Absaugmethode sicher durchgeführt werden.

Frehner hatte schon im Gymnasium den Entschluss gefasst, Frauenärztin zu werden. Wie bei vielen angehenden Gynäkologinnen war ihre primäre Motivation, Geburtshilfe leisten zu können, vielleicht irgendwann sogar in einem Spital in der Dritten Welt. «Das habe ich mir wunderbar vorgestellt – und das ist es auch.» Dass sie auch Leben zerstören müsse, gehöre nun mal dazu. «Auch in anderen Berufen gibt es unangenehme und belastende Tätigkeiten.» Es komme immer mal wieder vor, dass eine Gynäkologin sich weigere, abzutreiben. «Meist aber nicht für lange. Sie merkt schnell, dass dies höchst unsolidarisch dem Team gegenüber ist – schliesslich sind Abtreibungen für alle belastend.»

Wer treibt eigentlich ab ausser Teenagern? «Häufig kommt es vor, dass ein Paar bereits zwei Kinder hat, die Beziehung kriselt, dann wird die Frau ungewollt schwanger und möchte den Nachzügler nicht auf die Welt bringen.» Auch schon erlebt habe sie, dass die Frau fremdgegangen sei. «Niemand darf von der Schwangerschaft erfahren, der einzige Ausweg ist die Abtreibung.»

Hat sie manchmal auch Verständnis für eine Abtreibung? «Ja, natürlich. Zum Beispiel, wenn ich sehe, dass das Kind nur unter extrem schwierigen Verhältnissen aufwachsen könnte. Ebenso bei Frauen, die vorehelich schwanger sind und bei einer Austragung des Kindes aus religiösen Gründen von der Familie oder der Sippe verstossen würden.» Obschon es manchmal schwerfalle, als Ärztin sei für sie immer klar: «Es liegt nicht an uns, über Entscheidungen anderer zu urteilen.» ○

Tiefflüge und ein Höhenflug

Von Christoph Mörgeli

Die Befürworter der Massenzuwanderungsinitiative sollten gefälligst Lösungen auf den Tisch legen. Aber sie hätten eben keine. Überhaupt löse die SVP-Volksinitiative vom 9. Februar kein einziges Problem. Seltsam, dass ausgerechnet jene Lösungen einfordern, die uns das ganze Schlamassel eingebrockt haben. Für Lösungen der Probleme wären eigentlich die Problemverantwortlichen zuständig. Auch bei der Massenzuwanderung gilt das Verursacherprinzip.

Letzten Samstag zündeten fast alle Zeitungen ihre ganz grossen Raketen. Im *Tages-Anzeiger* und im *Bund* spendete Patrick Feuz trostlosen Trost: «Weil es vielen EU-Staaten wohl noch lang schlecht geht, wird die Zuwanderung in die Schweiz vermutlich auf Jahre hinaus hoch bleiben.» Dann folgt die Aufforderung, die Schweizer sollten endlich näher zusammenrücken. Und verdichteter wohnen. Wenn aber die Bevölkerung weiter wachse wie bisher, werde der Bundesrat nicht darum herumkommen, «mit Brüssel eine neue Lösung zu suchen» – eine «minimale Steuerungsmöglichkeit». Sind das die guten Argumente für ein Nein?

Noch tiefer flog Peter A. Fischer in der *Neuen Zürcher Zeitung*. Der Schweiz scheine es zu gelingen, «sich von einem traditionellen Agrar- und Industrieland» in ein «dynamisches Zentrum für Hochtechnologie und wertschöpfungsintensive Dienstleistungen zu wandeln». Wie bitte? Will uns das Weltblatt NZZ tatsächlich weismachen, unser Land sei vor Einführung der EU-Personenfreizügigkeit ein Bauern- und Arbeiterstaat mit einigen rauchenden Fabrik-schlotten gewesen? Wo doch die Bevölkerung schon im Zweiten Weltkrieg nur dank massiven Nahrungsmittelimporten überlebte. Und wo es schon vor 2007 neben den Bauern ein bisschen globalisierten Finanzplatz, Dienstleistung, Tourismus und obendrein Weltkonzerne, Hunderttausende von KMU und viel zu viel öffentliche Verwaltung gab.

Weit über die intellektuelle Einöde von *Tagi*, *Bund* und *NZZ* hinaus ragte an diesem trüben Samstag einzig die Gastkommentatorin der Boulevardzeitung *Blick*. Der «Star des Tages», Vitaliya (28) aus Zumikon, «liebt verführerische Dessous». Und ihre heisse Figur zierte ein verdammtes helles Köpfcchen. Auf die Frage, was sie als Bundesrätin tun würde, sagte die gebürtige Ukrainerin, ohne mit den schönen Wimpern zu zucken: «Ich würde die Personenfreizügigkeit begrenzen.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

New-Swiss-Turbo Burkhalter

Von Peter Bodenmann — Der Bundespräsident heult nicht einmal im Leerlauf auf.



Empörung? Fehlanzeige: Bundespräsident Burkhalter.

Die SVP hat den verfassungswidrigen Fatca-Vertrag mit den Amerikanern kritisiert. Zu Recht. Das Referendum dagegen ist mit 30 000 Unterschriften kläglich gescheitert. Christoph Blocher mochte die Unterschriftensammlung nicht finanzieren. SVP und Auns gingen nicht auf die Strasse. Und die Leute mochten nicht unterschreiben. Ein Kniefall vor den fremden Richtern.

Die NSA hat die Handy-Tante Angela Merkel abgehört. Die Deutschen wissen es, und die Amerikaner bestreiten es nicht einmal. Der deutsche Generalbundesanwalt Harald Range hält – nach monatelangem Zögern – einen Anfangsverdacht für begründbar. Immerhin. Wurden unsere Bundesräte und Nationalbanker – im Gegensatz zu Angela Merkel – nicht abgehört? Eine Datenkrake wie die NSA ist unersättlich, sie will immer alles wissen. Früher oder später wird uns Snowden die Schweizer Details liefern.

Was macht eigentlich unser Bundesanwalt? Michael Lauber jagt immer noch genauso tapfer wie erfolglos zwei deutsche Steuerbeamte, die CDs mit Daten deutscher Steuerhinterzieher gekauft haben. Zur permanenten und flächendeckenden Überwachung durch die Amerikaner, die auch alle Banken und alle Kontobewegungen online aufgezeichnet haben, schweigt Lauber in allen Landessprachen.

Barack Obama will weitermachen wie bisher. Um die Wogen etwas zu glätten, verspricht

der amerikanische Präsident, dass künftig fünfzehn befreundete Regierungen nicht mehr direkt abgehört werden. Welche Regierungen gelten in den Augen des US-Imperiums als befreundet? Niemand darf es wissen. Die Macht des Mächtigen ist die demütigende Ohnmacht des vielleicht Überwachten.

Sicher nicht dazugehört wird die Schweizer Regierung. Weil wir auf dem Papier ja immer noch neutral sind. Empört sich der New-Swiss-Turbo Didier Burkhalter über diese fremden iPhone-Lauscher? Fehlanzeige.

Gut, dass die EU begriffen hat, wie die Schweiz funktioniert. Die vife Kommissarin Reding gab in der *Schweiz am Sonntag* den Tarif durch. Die Schweiz ist für die EU wichtig, die EU für die Schweiz unerlässlich. Die Personenfreizügigkeit für Arbeitnehmer ist nicht verhandelbar. Der bilaterale Weg ohne Perspektive. Ende der Klarheit-Durchsage. Die Stärke der Schweiz ist seit 1515 ihr Realismus. Deshalb hat die SVP das Fatca-Referendum wie einen räudigen Hund selbst eingeschlafert. Deshalb schläft Michael Lauber. Deshalb heult der New-Swiss-Turbo Burkhalter nicht mal im Leerlauf gegen die Amerikaner auf.

Wir sind, wie wir sind. Und das ist gar nicht so schlecht. Immer etwas Aufregung. Immer wenig Bewegung. Ausser man zwingt uns dazu. Meist zu unserem Vorteil.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Hollande macht kehrt – oder nicht?

Von Hansrudolf Kamer — Frankreichs Präsident François Hollande entwirft einen politischen Turnaround. Er verspricht Reformen und Entlastungen. Was er wirklich tun wird, weiss niemand.



Politiker versuchen immer wieder, sich neu zu erfinden. Wenn sich ihre alten Rezepte als untauglich entpuppen und ihre Persönlichkeit von der Überbelichtung durch die Medien so ausgebleicht ist,

dass sie nur noch ein Kopfschütteln auslöst, dann suchen sie Auswege.

Der französische Präsident François Hollande fuhr Mitte des Monats an einer Pressekonferenz schweres Geschütz auf und bemühte das europäische Gedenkjahr: Der grosse Krieg – das heisst der Erste Weltkrieg – lehre die Franzosen, wozu sie als Nation in einer schweren Krise fähig seien.

Nur als rhetorischer Aufrüttelungsversuch für den Tagesbedarf taugte der Vergleich. Sein Vorgänger François Mitterrand hatte ebenfalls nach zwei Jahren vergeblichen Wirkens im Zeichen des Sozialismus eine wirtschaftliche Kehrtwende eingeläutet und damit seine politische Karriere gerettet. Er ist der am längsten amtierende Präsident der Fünften Republik.

Hollande spricht allerdings nur von Beschleunigung. Doch das ist Augenwischerei. Er tischt jetzt alles auf, was bisher des Teufels war: Steuererleichterungen für Unternehmen, Reduktionen der öffentlichen Ausgaben und ein allgemein wirtschaftsfreundliches Klima. Das sind nur die Stichworte.

Der Sozialist outete sich als Sozialdemokrat. Ihm entschlüpfte sogar die ketzerische Bemerkung, nur Unternehmen könnten neue Stellen schaffen und das Wachstum ankurbeln. Noch schlimmer: Er zitierte seinen liberalen Landsmann aus dem vorletzten Jahrhundert, Jean-Baptiste Say, mit der Erkenntnis, das Angebot schaffe seine eigene Nachfrage. Die Freude der Stimulier-Keynesianer und Liberalen-Hasser hielt sich in Grenzen.

«Verantwortungspakt»

Strukturreformen sind angesagt. Hollande hat dazu seinen «Verantwortungspakt» erfunden. Als Gegenleistung für die Senkung der Sozialabgaben von Unternehmen erwartet die Nation die Schaffung neuer Arbeitsstellen. Der Minister für industrielle Erneuerung, Arnaud Montebourg, lieferte die Zahlen dazu: Entlastung um dreissig Milliarden Euro gegen

zwei Millionen neue Arbeitsplätze in fünf Jahren. Der Arbeitgeberverband hatte sehr beflissen eine Million bis 2020 vorgeschlagen.

An den Zahlen wird man sich nicht aufhängen. Der Staat wird nicht das Terrain räumen, um der Wirtschaft die freie Entfaltung ihrer vitalen Instinkte zu ermöglichen, sondern er behält alles im Griff. Gelingt es der «Wirtschaft» nicht, die gewünschte Beschäftigung zu liefern, dann geht es mit den Sozialabgaben wieder nach oben. Man wäre dann wieder gleich weit wie vorher. Nur eben, wen interessiert das noch in fünf Jahren?

Vorbild Schröder

Für einen, der mit seinem Widerstand gegen die europäische Austeritätspolitik Marke Merkel und gegen öffentliche Sparmassnahmen in Frankreich 2012 die Wahlen gewonnen hat, wären die angekündigten Schritte ein Meilenstein. Es sind aber weder die Entlastungen für die Unternehmen, noch die öffentlichen Einsparungen benannt. Und woher soll die politische Unterstützung kommen?

Es ist möglich, dass im Prinzip die Linke für notwendige Reformen besser befähigt wäre als die immer noch ziemlich desolate Rechte. Hollandes Vorbild ist Genosse Gerhard Schröder, der gegen den Widerstand seiner eigenen Partei und vieler Gewerkschaften seine «Agenda

2010» jenseits des Rheins durchgeboxt hatte. Im Nachhinein wurde Schröder sogar attestiert, es sei mutig von ihm gewesen, seine Wahlkampfversprechen zu kompostieren. Merkel tat es ihm übrigens wenig später gleich – in der weniger mutigen Variante. Das ist ein generelles Problem, mit dem sich die demokratische westliche Welt seit längerem herumschlägt. Man gewinnt Wahlen mit haltlosen Versprechungen, die dann nach ein paar Monaten Karenzfrist archiviert werden. In Frankreich wächst, will man Umfragen glauben, das Misstrauen gegen dieses lockere Demokratieverständnis.

Der Neue ist der Alte

Nun ist keineswegs sicher, ob sich der «neue» Hollande durchsetzen kann oder ob er es überhaupt will. Das Buch zum Thema stammt von der Journalistin Cécile Amar: «Jusqu'ici tout va mal» (So weit, so schlecht), und erschien kurz vor der Story über Hollandes Eskapaden auf dem Scooter. Es zeichnet wieder das Bild eines unentschlossenen, kaum fassbaren, unsicheren, letztlich indifferenten Politikers.

Dass er sich auch nicht zwischen seinen Frauen entscheiden kann, passt zum Persönlichkeitsprofil. Beim Staatsbesuch in den Niederlanden sagte Hollande, Valérie Trierweiler ruhe sich immer noch aus. Kein Wunder, die Première Dame weiss auch nicht, wie es weitergeht.

«First you say you do, and then you don't, and then you say you will, and then you won't. You're undecided now, so what are you gonna do?», singt Ella Fitzgerald in ihrem Klassiker. Zu ihrem gemässigten Erstaunen stellten die Franzosen fest, dass der neue Hollande im Grunde der alte ist.



Auswege: Frankreichs Präsident Hollande.

Weiter im Pogrom

Von Henryk M. Broder — Die Gedenkfeier zu Auschwitz mit leicht makaberer Note.



Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. 51 Jahre später, 1996, wurde der 27. Januar zum «Tag des Gedenkens an die Opfer

des Nationalsozialismus» erklärt – durch eine Proklamation des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. Er sagte u. a.: «Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. [...]»

Seitdem findet jedes Jahr eine Gedenkfeier im Bundestag statt; auch in Schulen, Kirchen und Theatern wird der «Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft» gedacht, wobei immer wieder betont wird, dass es vor allem darauf ankommt, aus der Geschichte zu lernen, um eine «Wiederholung» jener «schrecklichen Verbrechen» zu verhindern. Immerhin, eine zweite Machtübernahme durch die Nazis ist bis jetzt ausgeblieben.

In diesem Jahr bekommen die Gedenkfeiern eine leicht makabre Note. Am 20. Januar trat das Abkommen in Kraft, das die Uno-Vetomächte und Deutschland letzten November mit dem iranischen Regime ausgehandelt hatten. Es ermöglicht dem Iran, sein Atomprogramm unter minimalen Auflagen fortzusetzen. Die Sanktionen werden vorübergehend ausgesetzt, das bedeutet grünes Licht für den Handel mit dem Iran. Es ist der Moment, auf den sich deutsche Firmen wie Kinder auf den Weihnachtsmann gefreut haben. Sie haben schon immer gerne Geschäfte mit dem Iran gemacht, jetzt können sie es ganz legal tun, ohne Sondergenehmigungen beantragen oder Ausfuhrerklärungen fälschen zu müssen. Egal, wer in Teheran regiert und wem die Mullahs das Existenzrecht absprechen.

So hatte der Botschafter der Islamischen Republik Iran in Berlin bereits für den 22. Januar «zu einer spannenden Veranstaltung zum Thema <Die deutsch-iranischen Beziehungen>» in seine Residenz eingeladen, dabei sollte es vor allem um «die Möglichkeiten von Kooperationen» gehen. Die deutsche Seite wurde von dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Walter Momper für den Verein Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. vertreten. So sieht die «Erinnerung für die Zukunft» in der Praxis aus. Und am 27. Januar geht es weiter im Pogrom.

Arbeitsmarkt in Ketten

Von Kurt Schiltknecht — Das hätte es früher nicht gegeben: drei Prozent Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur. Der Anstieg beruht auf der zunehmenden Macht der Gewerkschaften.

Vor bald fünfzig Jahren hat der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman den Begriff der natürlichen Arbeitslosenrate eingeführt. Mit diesem Begriff wird der Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung bezeichnet, der auch bei guter Wirtschaftslage keine Stelle findet. Für Friedman war die natürliche Arbeitslosenrate keine in Stein gehauene Grösse, sondern von den institutionellen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Seit der Einführung des Begriffs ist die natürliche Arbeitslosenrate in praktisch allen Industrieländern gestiegen. In der Schweiz erhöhte sie sich von etwas über null Prozent auf rund drei Prozent. Im internationalen Vergleich ist dies noch immer tief, doch der Trend gibt zu denken.

Die Ursachen für den Anstieg sind bei Faktoren wie der Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung oder dem Einfluss der Gewerkschaften auf die Löhne zu finden. Je grösser der Einfluss der Gewerkschaften beim Aushandeln der Arbeitsbedingungen ist, desto höher ist die natürliche Arbeitslosigkeit. Dies zeigt sich insbesondere in Frankreich oder Spanien. In diesen Ländern werden bis zu siebenzig Prozent aller Löhne von den Gewerkschaften ausgehandelt, obwohl der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte viel geringer ist. Wenn gleichzeitig die Arbeitgeber schlecht organisiert sind, werden übergesetzte Lohnforderungen durchgesetzt. Die Arbeitslosigkeit steigt.

Zuckerbrot für die Linke

In der Vergangenheit war die Bedeutung der kollektiven Lohnabschlüsse in der Schweiz bescheiden. Viele Abschlüsse erfolgten auf Unternehmensebene und trugen der aktuellen Lage der Unternehmen Rechnung. Das hat sich zu ändern begonnen. Um dem wegen der Personenfreizügigkeit entstehenden Lohndruck entgegenzuwirken und um die Gewerkschaften und linken Parteien mit der Personenfreizügigkeit zu versöhnen, ist die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen erleichtert worden.

Gleichzeitig werden die Lohnkontrollen immer mehr verstärkt. Das vergrössert den Einfluss der Gewerkschaften, ohne dass dies durch steigende Mitgliederzahlen gerechtfertigt wäre. Das Risiko, dass die Löhne in zahlreichen von der Allgemeinverbindlicherklärung be-

troffenen Unternehmen zu hoch ausfallen, steigt. Dies wird zu einem Anstieg der natürlichen Arbeitslosenrate führen.

Ähnliche Probleme würden sich bei der Einführung eines Mindestlohnes ergeben. Ein nationaler Mindestlohn verkennt die Tatsache, dass es in einem Land keinen einheitlichen Arbeitsmarkt gibt. Er setzt sich aus vielen lokalen Arbeitsmärkten zusammen. Sowohl das Arbeitsangebot wie auch die Arbeitsnachfrage sind regional unterschiedlich. Wirtschaftlich schlechtere Standorte weisen niedrige Löhne auf, da sie sonst nicht konkurrenzfähig wären.

Wegen der niedrigeren Löhne sind dort auch die Lebenshaltungskosten geringer. Die Arbeitnehmer dieser Regionen sind deshalb nicht zwangsläufig schlechter gestellt. Würde ein Mindestlohn eingeführt, müsste er entweder auf die Niedriglohn- oder Hochlohnregionen ausgerichtet sein. Richtet sich der Mindestlohn nach den Verhältnissen in den

Hochlohngebieten, so ist er für die Niedriglohnregionen zu hoch. Es kommt in den ohnehin schon schwachen Regionen zu mehr Arbeitslosigkeit.

Mindestlöhne verhindern aber auch flexible Lösungen bei der Anstellung von Arbeitskräften, die sich nicht in das traditionelle Arbeitsschema einpressen lassen oder nur temporär arbeiten wol-

len. Die Einführung von Mindestlöhnen oder einer Ausweitung des Einflusses der Gewerkschaften würde dazu führen, dass sich die natürliche Arbeitslosenrate der Schweiz noch mehr dem in der EU herrschenden Niveau anpassen würde.

Es wäre besser, sich auf historische Erfahrungen abzustützen: Die Höhe der natürlichen Arbeitslosenrate hängt sehr stark vom Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ab. In der Schweiz besteht seit rund 75 Jahren ein Arbeitsfrieden zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern. Dies ist nicht nur eine überzeugende Erklärung für die niedrige Arbeitslosigkeit, sondern auch der Weg, den die künftige Arbeitsmarktpolitik beschreiten sollte. Nicht Bürokraten, Politiker oder Gewerkschaftsbosse, sondern Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Löhne aushandeln. Und wenn die Gewerkschaften hohe Mitgliederzahlen aufweisen, sind auch sie legitimiert, einen Beitrag zur Lohnfindung zu leisten.



Die Umarmung der Erde

Von Kurt W. Zimmermann — Die Einwanderung oder wenn im Journalismus die Skepsis mit der Sehnsucht kollidiert.

Der Satz stand soeben in einem Kommentar des Zürcher *Tages-Anzeigers*, und der Satz war eine linguistische Delikatesse. Der Satz lautete: «Wir glauben der Wirtschaft tendenziell, wenn sie sagt, die hohe Zuwanderung der letzten Jahre produziere Wohlstand für alle.»

«Wir glauben der Wirtschaft.» So etwas hatten wir im traditionell wirtschaftskritischen *Tages-Anzeiger* seit Jahrzehnten nicht mehr gelesen. «Wir glauben der Wirtschaft.» Auch der Kommentator wusste, dass der Satz für sein Blatt ungeheuerlich war. Darum schob er aus Verlegenheit noch schnell das Wörtchen «tendenziell» ein.

Auch in anderen wirtschaftsskeptischen Medien wie der *Blick*-Gruppe, im staatlichen TV und Radio, in öko-liberalen Tageszeitungen und in der Sonntagspresse vernehmen wir derzeit Töne, die wir jahrzehntlang nicht mehr vernommen haben. Man dürfe die Wirtschaft nicht behindern, steht da. Die Wirtschaft sichere unseren Wohlstand, steht da. Die Wirtschaft brauche Freiheiten, steht da.

Ein ungewohnter Tsunami der Wirtschaftsfreundlichkeit überspült auf einmal die Schweizer Medien.

Nun könnte man sagen, in ihrem Dauerkampf gegen die SVP und zur Abwehr von deren Masseneinwanderungsinitiative sei den Medien eben jedes Mittel recht. Zur Not verbündeten sie sich sogar mit dem alten Feind. Diese Erklärung greift zu kurz. In der aktuellen Diskussion um die Einwanderung treffen die zwei fundamentalsten Grundreflexe der Journalisten aufeinander. Der erste Grundreflex ist ihr Misstrauen gegenüber dem Grosskapitalismus. Der zweite Grundreflex ist ihre Sehnsucht nach Internationalität.

Natürlich wissen unsere Journalisten genau, dass die Einwanderung vor allem den multinationalen Konzernen dient. Sie können damit ihre Produktionskosten senken und sich in einem Reservoir von preiswerten Fachkräften bedienen. Dem Gewerbe, mit Ausnahmen wie Gastronomie und Bau, bringt die Einwanderung vergleichsweise wenig.

Beim Stichwort «multinationale Konzerne» heulen die Medien im Normalfall auf, besonders dann, wenn die Multis sich Vorteile verschaffen, siehe Abzocker- und Steuerdebatten. Diesmal heulen sie nicht auf, weil ihre Sehnsucht grösser als ihre Skepsis ist.

Schweizer Journalisten fühlen sich in der Schweiz beengt. Sie vermissen das weltoffene und universale Flair grösserer Medienmärkte.



«Wir glauben der Wirtschaft.»

Sie haben nicht unrecht. Die hiesige Medienszene ist tatsächlich kleinräumig und rustikal, es fehlen ihr Eleganz und Weltläufigkeit, ausserhalb der Grenzen wird sie kaum wahrgenommen. Journalisten, wie viele Intellektuelle, sind Romantiker und Träumer. Sie möchten in einem Land tätig sein, das nicht durch geistige Enge geprägt, sondern durch unbegrenzten Weltgeist veredelt ist. Von der EWR-Abstimmung im Jahr 1992 bis zur Einwanderungsabstimmung im Jahr 2014 haben die Medien darum immer jene Position unterstützt, welche ihnen dieses Gefühl der Erdumarmung verhies.

Darum wird die Einwanderungsdebatte in den deutschen und britischen Medien auch viel härter geführt als bei uns. Nüchterne deutsche und britische Journalisten glauben nicht, dass ihre Nation nun plötzlich provinziell und abgeschottet sei, nur weil sie keine Sozialeinwanderer aus Bulgarien und Rumänien will. Die romantischen Schweizer Seldwyla-Journalisten hingegen glauben das.

In der Einwanderungsdebatte hat die Sehnsucht nach internationaler Zugehörigkeit nun sogar die Skepsis gegenüber der globalen Wirtschaft verdrängt. «Wir glauben der Wirtschaft», können wir in den Medien darum lesen.

Doch keine Sorge, der wirtschaftsfreundliche Ausnahmezustand ist vorübergehend.

Spitzenzoff

Von Beatrice Schlag — Wenn es ganz oben kriselt.

Gleich zwei Staatschefs beschäftigen die Medien mit privaten Beziehungsproblemen, die eigentlich niemanden etwas angehen und deswegen hungrig verfolgt werden. Für



Krise Nummer eins zwischen Barack und Michelle Obama gibt es einen einzigen anonymen Informanten, was rein journalistisch eine saudünne Beweislage ist. Ausserdem gibt es eine Sequenz von Fotos, auf denen sich der Präsident sichtlich amüsiert mit seiner rechten Sitznachbarin, der dänischen Premierministerin Helle Thorning-Schmidt, unterhält und schliesslich ein Selfie knipst, wozu sich auch der britische Premier Cameron mit ins Bild lehnt. Zur Linken Obamas sitzt seine Frau mit einer Miene, die man als sauer, ernst oder konzentriert interpretieren kann. Mehr ist nicht zu erfahren. Ausser dass bei der Tanzparty zu Michelles 50. Geburtstag im Weissen Haus am letzten Samstag der Präsident eine bewegende Rede hielt und danach bis drei Uhr morgens geschwoft wurde. Klingt nicht nach bevorstehender Scheidung. Aber vielleicht war die Partylaune nur Schein. Wir wissen wieder einmal nichts.

Viel ergiebiger ist Krise Nummer zwei zwischen Frankreichs Premier und seiner Lebensgefährtin Valérie Trierweiler. Denn sie wurde von François Hollande persönlich bestätigt. Zwar hat er seine nächtlichen Moped-Ausflüge aus dem Elysée-Palast zur fast zwanzig Jahre jüngeren Schauspielerin Julie Gayet trotz Fotos nicht zugegeben, räumte aber bei einer Pressekonferenz Beziehungsschwierigkeiten ein, «die schmerzhaft, aber privat sind». Inzwischen wartet Valérie Trierweiler auf dem staatlichen Jagdschloss bei Versailles. Und weil sie sich nicht offiziell vor die Presse stellen darf – den Status First Lady gibt es in Frankreich offiziell gar nicht –, beliefert Journalistin Trierweiler ihr Magazin *Paris Match* mit Nachrichten. François Hollande, sagte sie über den zwischen zwei Honigtöpfen hin- und hergerissenen Präsidenten, brauche noch Zeit, sich zu entscheiden. Seit das Dreieck bekannt wurde, stiegen François Hollandes katastrophale Umfragewerte leicht an. Zwar sind die Franzosen vom Politiker Hollande so enttäuscht wie zuvor. Aber Respekt, wem Respekt gebührt: Niemand hatte dem glanz- und humorlosen Präsidenten so viel kopflose Verve zugetraut.

«Ich würde empfehlen: Werft keinesfalls die Saftpresse weg!»

André Schudel



«Mir fehlen die Worte»: Mediziner Agus.

Das Einmaleins

Nr. 3 – «Werfen Sie Ihre Saftpresse weg!»;
Interview mit Onkologe David Agus

Das Einmaleins unserer Gesundheit sollte nun doch jeder Arzt kennen, auch ein Onkologe: «Versorge täglich deinen Körper mit Nährstoffen (Mineralstoffe, Spurenelemente und Vitamine)». Auf die Frage, ob man den Leuten Cola, Alkohol und Zigaretten verbieten sollte, kommt die Antwort, man soll doch ein «Baby-Aspirin» (mit zahlreichen Nebenwirkungen) nehmen. Da fehlen mir die Worte. Es geht aber noch weiter. Wir sollen uns gegen Grippe impfen lassen, obwohl namhafte Institute wie z. B. die Cochrane Collaboration, ein hochangesehenes Forschungs- und Analyse-Team, berichten: Kein Grippe-Impfstoff bietet Erwachsenen Schutz vor Grippe. In jedem Impfstoff sind Quecksilber, Formaldehyd und Aluminium u. a. enthalten – Inhaltsstoffe, die Krebs auslösen und fördern können. Ich würde empfehlen: Werft nicht die Saftpresse weg! Keinesfalls. Hier noch eine interessante Zahl: Die Erfolgsrate bei schulmedizinischer Krebsbehandlung liegt in den USA bei 2,1 %. Das nach über 100 Jahren Krebsforschung. *André Schudel, Wohlen*

«Banalisierung»

Nr. 3 – «Wegwerfkultur»;
Beatrice Schlag über Papst Franziskus

Sie stossen sich an der päpstlichen Äusserung, Abtreibung sei Ausdruck unserer «Wegwerf-

kultur». Als Vater eines heute fröhlichen Zehnjährigen, dessen Abtreibung uns damals von mehreren Ärzten angemahnt wurde, ist es mir ein Anliegen, ihnen die abgewandelten Worte Hannah Arendts in Erinnerung zu rufen: Das Problem ist die unglaubliche «Banalisierung» der Abtreibung, die sich schon in der Sprache der Gynäkologen niederschlägt, die von «Chindli wegmachen» sprechen. Dazu kommt die Meinung, Abtreibung sei eine alternativlose Handlung, und das angesichts des anhaltenden Adoptionsnachfrageüberhangs in der Schweiz. Ist es da gerechtfertigt, binnen der Frist von anderthalb Jahren Abtreibungen in einem Ausmass vorzunehmen, welches der Bevölkerungszahl des ganzen Kantons Appenzell Innerrhoden (Zahlen 2012) entspricht? Zurück zum Papst: Äussert er sich «unchristlich erbarmslos»? Nein, denn in guter jesuanischer Tradition verurteilt er keine Menschen, auch nicht die abtreibende Mutter, sehr wohl aber gewisse Handlungsweisen. Das ist ein wichtiger Unterschied. *Konstantin Beck, Hünenberg See*

Masslosigkeit

Nr. 3 – «Mehr als falsch»; Reiner Eichenberger über die Personenfreizügigkeit

Es wird behauptet, die Personenfreizügigkeit sei nötig, um Fachpersonal zu erhalten. Das ist nicht richtig. Als ich zur Zeit der Kontingentierung mangels Bewerbung einer geeigneten inländischen Fachkraft eine ausländische Bewerberin engagieren wollte, erhielt ich

ohne grosse administrative Umtriebe die entsprechende Bewilligung. Das wird so bleiben, auch wenn die Einwanderungsinitiative der SVP angenommen wird.

Eine unbeschränkte Personenfreizügigkeit bringt der Wirtschaft natürlich ein grosses salärreduzierendes Angebot an Stellensuchenden und volle Handlungsfreiheit. Wenn die Wirtschaft aber auch das Gesamtinteresse von Volk und Land im Auge hat, muss sie die niedrig zu haltenden Umtriebe, welche Kontingentierungsmassnahmen mit sich bringen, in Kauf nehmen. Die Erhaltung schweizerischer Eigenständigkeit – unversehrte Landschaft, Wohlfahrt statt nur Wohlstand – ist doch der Mühe wert! «Sollen Apfelbäume gefällt werden, damit man überbauen kann?», fragte sich alt Bundesrat Blocher an einer Veranstaltung in Hinblick auf ein Plakat.

Weil wir als Kunden besser sind denn als Lieferanten der EU und die EU wohl mehr als wir an den bilateralen Verträgen interessiert ist, wird sie zu Verhandlungen bereit sein, das Problem der Personenfreizügigkeit zu lösen, welches ja auch in der EU aktuell ist. Ist totale Freiheit und Masslosigkeit, vom Alkoholkonsum über die Fahrgeschwindigkeit bis hin zur Einwanderung, wirklich eine seriöse politische Position? Sicher nicht. Darum müssen wir doch der Masslosigkeit mit einem Ja zur Einwanderungsinitiative entgegenwirken. *Emil Rahm, Hallau*

Da werden also von der SVP blühende Obstbäume gefällt, wenn die Zuwanderung nicht im gleichen Tempo weitergeht. Das und nichts anderes wollen uns die Gegner signalisieren. Dabei übersehen sie dass, um die masslose Zuwanderung aufrechtzuerhalten, weswegen das kleine Land weiterhin im Eiltempo überbaut werden muss, um Wohnraum für die jährlich 80 000 Zuwanderer zu schaffen. Dafür braucht es dann Obstbäume und Grünflächen. Ein klassisches Eigentor. Die Gegner haben damit bewiesen, dass sie nicht über die eigene Nasenspitze und den Geldbeutel hinaus schauen können.

Die Initiative verlangt nichts anderes als eine mässig kontrollierte Zuwanderung. Dass das Grosskapital auch bei einer Bevölkerungszahl von zehn Millionen nach billigen Arbeitskräften schreit, sollte jedem Stimmberechtigten klar sein. Den Rest, etwa neue Schulen, neue Lehrkräfte, neue Krankenhäuser, neue Strassen, neue Wohnungen, Ausbau des Schienennetzes et cetera, überlässt man dann getrost dem Staat. Der Steuerzahler wird's schon richten. Merken wir erst, was da abgeht, wenn die ersten Millionäre ihre aus dem Fels geschlagenen, in luftiger Höhe und an prächtiger Lage im Alpstein oder am Matterhorn sich befindenden Villen beziehen? Offenbar haben die grünen Tessiner und die SVP die Situation begriffen.

Noch ein Wort zu den Zugewanderten. Wir helfen mit, dass die armen Länder noch mehr verarmen. Rumänische Ärzte und Kranken-

schwwestern verdienen bei uns das Doppelte. Nur fehlen sie dann im eigenen Land. Das EU-Land wird sich dann noch weniger erholen können. Sollte sich eigentlich auch die EU hinter die Ohren schreiben.

All das Erwähnte interessiert unsere Parteien und Grosskapitalisten nicht. Wenn nur ihre Taschen in hohem Tempo gefüllt werden und man bei der Europäischen Union nicht aneckt. Überhitzung ist nie gut, weder beim Kochtopf noch bei der Zuwanderung.

Roman Bont, Oberglatt

Klitschkos Träume

Nr. 3 – «Mein wichtigster Kampf»; Interview von Philipp Gut mit Wladimir Klitschko

Unter den Schweizer Publizisten ist der Interviewer als Russlandexperte einsame Spitze. Seine Fragen an Klitschko sind ein Meisterwerk. Eine Frage, welche ohne eine Antwort geblieben ist, kann ich, ein in Odessa aufgewachsener Russlandschweizer mit ebenfalls ukrainischen Wurzeln, beantworten: Ja, auch die Ukrainer sind Europäer, genauso wie die Russen und alle in Europa lebenden Völker. Das Besondere an den Ukrainern ist aber, dass sie Träumer sind.

Die meisten Antworten von Klitschko sind denn auch schlicht Wunschträume. Deshalb darf ich Klitschkos Antworten auf Ukrainisch mit einer bekannten ukrainischen Volksweisheit kommentieren: «Duren Dumkoj bohatie» («Ein Dummkopf wird [nur] in seinen [Wunsch-]Träumen reich»). Seine Antworten weisen Klitschko zwar absolut nicht als einen Dummkopf aus, jedoch als einen Träumer, welcher von europäischen Tauben auf dem europäischen Dach träumt und dabei den Sinn für die Realität verliert. Auf die Präsidentenwahlen bereitet er sich vor wie auf einen Boxkampf, der Titel dieses Artikels ist sein Programm, den amtierenden Präsidenten Janukowitsch hat er denn auch bereits zum Zweikampf herausgefordert. Wir werden sehen, wie viel die Durchschlagskraft seiner 110 Kilogramm Körpergewicht in der Politik wert ist und ob die Ukrainer seinen Träumen folgen werden. Nach meinem persönlichen Urteil folgen sie ihm kaum sehr weit. Ich weiss nämlich ganz genau, dass die Ukrainer ausser träumen ebenfalls sehr gut rechnen können.

Victor A. Lambert, Rickenbach Sulz

In bundesrätlichen Zwängen

Nr. 2 – «Minister Unfreisinn»; Florian Schwab über Johann Schneider-Ammann

Johann N. Schneider-Ammann steht als Schwiegersohn eines beeindruckenden Patrons, als Unternehmer und Politiker in sehr grossen Schuhen. Auch für ihn gilt: Bundesrat zu werden, ist nicht schwer, es zu sein, dagegen sehr! Nicht allein beim Konjunkturpaket stand der ehemalige Präsident der Swissmem mit abgessägten Hosen da. Unsäglich in meiner Wahr-

nehmung war die Berufung des ETH-Vizepräsidenten Boutellier zum Staatssekretär im neugebildeten Departement Wirtschaft, Bildung und Forschung. Dieser war Verwaltungsratspräsident der Ammann Group AG. Es ist dem aufrichtigen Schneider-Ammann zu glauben, dass er wie früher als Unternehmer einfach den Besten wollte. Aber Berufungen höchster Führungskräfte im Bund kennen bezüglich Kollegialität andere Spielregeln und brauchen ausgewogenes Fingerspitzengefühl.

Eines hat Schneider-Ammann geschafft. Er hat dem Werkplatz und der Industrie und ihren 300 000 arbeitenden Menschen ein neues Selbstbewusstsein verschafft und dem Wirtschaftsstandort Schweiz zur verdienten Anerkennung verholfen. Ebenfalls hat er wie ein Winkelried als Vizepräsident der Economie-suisse den dort führenden «abzockenden» Finanzplatzvertretern den Tarif erklärt und für Respekt und Anstand gesorgt. Im Übrigen wissen wir, dass es den Mitarbeitern in den Departementen relativ egal ist, wer ihr Bundesrat ist, der nächste wird kommen, und diese haben immer einen Wissens- und Know-how-Vorsprung. Ein bekannter Nationalrat hat einmal gesagt, eine mittelmässige Zusammensetzung des Bundesrates sei ihm lieber. Ein solcher Bundesrat erreiche mehr und mache weniger Fehler, als wenn alle Fuglers und Couchepins wären. Roger E. Schärer, Feldmeilen

Gegendarstellung

Zum Artikel «Plagiat» in der *Weltwoche* vom 16. Januar 2014: Die Diskussionen um die korrekte Erwähnung der Autorschaft des Kapitels über «Schwindel und synkopale Zustände» sind bereinigt. Aus rechtlicher Sicht liegt kein Plagiat vor, zumal auch alle Mitautoren der 19. Auflage namentlich erwähnt sind. Das Kapitel 21 über Zyanose wurde umgeschrieben und mit neunzehn neuen Bildern versehen. Eine Abbildung wurde von Erwin Oechslin mit seiner ausdrücklichen Genehmigung übernommen. Prof. Thomas Lüscher
Die Weltwoche hält an ihrer Darstellung fest.

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Juso-Mitglied ein Betriebswirtschaftsstudium absolvieren?

Stephan Schwyter, Steffisburg

Man darf nicht nur, man muss sogar. Und zwar im Namen der Rettung der Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin. Diesen Titel verdient zumindest der Mainstream heute leider immer weniger. Im Kern steht nicht mehr die kritische Auseinandersetzung mit Grundannahmen und Folgen bestimmter Produktions- und Machtverhältnisse, sondern die Reproduktion auswendig gelernter Dogmen und Formeln. Juso sind in aller Regel Menschen, die eine ausgeprägte Abneigung gegen Dogmen und hierarchisches Auswendiglernen mitbringen. Sie sind die idealen Sparringspartner für den wissenschaftlichen Disput mit vermeintlichen «Wahrheiten» der Ökonomie. Sollten Sie also bereits Juso-Mitglied sein, zögern Sie nicht, das Studium der Betriebsökonomie – wörtlich – in Angriff zu nehmen. Und vor allem gilt das natürlich im umgekehrten Fall.

Cédric Wermuth, Nationalrat SP

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Verdrängte Folgekosten

Eine nicht mehr ganz neue OECD-Studie gilt für viele Medien als Beweis dafür, dass die Schweiz von der Zuwanderung profitiert. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Von Mathias Binswanger

«Schweiz profitiert am stärksten von der Zuwanderung». Dies konnte man am 13. Januar als Überschrift im *Newsnet/Tages-Anzeiger* lesen. Und dann weiter: «Gemäss einer heute veröffentlichten OECD-Studie ist die Zuwanderung für die Schweiz Milliarden wert. Mehrkosten bei den Sozialwerken oder der Infrastruktur würden bei Weitem abgegolten.» Auch in andern Medien waren ähnliche Meldungen zu finden, die suggerierten, die OECD hätte neue Zahlen zu den finanziellen Auswirkungen in der Schweiz publiziert.

Das war aber nicht der Fall. Es gibt keine neue OECD-Studie mit Zahlen zur Schweiz. Die soeben publizierte Studie enthält keine Daten zur Schweiz, sondern versucht zu zeigen, dass Schocks auf dem EU-Arbeitsmarkt dank der Personenfreizügigkeit in Europa ausgeglichen werden. Die jetzt in den Medien aus aktuellem Anlass (Abstimmung über Zuwanderungsinitiative) nochmals als neu verkauften Zahlen stammen stattdessen aus dem ebenfalls von der OECD publizierten «Internationalen Migrationsausblick 2013», der bereits Mitte 2013 publiziert wurde.

Staat nimmt viel, gibt wenig

Allerdings kann man auch dem «Internationalen Migrationsausblick 2013» bei genauerem Studium nicht entnehmen, dass die Schweiz massiv von der Zuwanderung profitiert. Die Zahlen, die dort im Kapitel «The fiscal impact of immigration in OECD countries» präsentiert werden, beziehen sich ausschliesslich auf die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Staates, der sich in der Schweiz aus dem Bund, den Kantonen, den Gemeinden und den Sozialversicherungen zusammensetzt. Es wird untersucht, ob Haushalte Nettozahler oder Nettoleistungsempfänger sind.

Dazu werden die staatlichen Transferzahlungen an die Haushalte (Renten, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe et cetera) mit den von den Haushalten erbrachten Abgaben an den Staat (Steuern und Sozialbeiträge) während eines Jahres verglichen. Das ist statistisch gesehen schon eine ziemliche Herausforderung, denn die genaue Abgrenzung der Abgaben und Leistungen ist nicht immer offensichtlich.

Vergessen wir zunächst einmal die Unterscheidung zwischen Schweizer Haushalten und Zuwandererhaushalten und betrachten alle Haushalte gemeinsam. Wenn man die in einem Jahr anfallenden Abgaben aller Haushalte an den Staat mit den im gleichen Jahr geleis-

teten Transferzahlungen des Staates an alle Haushalte vergleicht, dann ergibt sich bereits ein interessantes Resultat. In keinem andern untersuchten OECD-Land profitiert der Staat netto mehr von der Bevölkerung als in der Schweiz. Unser Staat nimmt viel und gibt wenig. In den Jahren 2007 bis 2009 flossen so kaufkraftbereinigt gemäss den Berechnungen der OECD durchschnittlich 15 000 Euro (etwas über 18 000 Franken) pro Haushalt an den Staat.

Nehmen wir die jährlichen Abgaben der Haushalte, dann gehört die Schweiz mit im Durchschnitt rund 20 000 Euro pro Haushalt zu den Spitzenreitern unter den OECD-Ländern. Ganz anders ist es aber bei den Transferzahlungen an die Haushalte. Diese bewegen sich mit durchschnittlich etwa 5000 Euro pro Jahr auf dem Niveau von Ländern wie der Slowakei, Tschechien oder Ungarn, womit die Schweiz einen der tiefsten Werte aller OECD-Länder aufweist. Wie ist es nun möglich, dass der Schweizer Staat soviel Geld bei seinen Bürgern abkassiert, aber bei den geleisteten Zahlungen auf das Niveau der ärmsten Länder Europas absinkt?

Die geringen Transferzahlungen an die Haushalte hängen zu einem grossen Teil daran, dass in der Schweiz im Vergleich zu andern Ländern ein grösserer Prozentsatz der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren arbeitet. Die sogenannte Erwerbstätigenquote liegt hierzulande bei rund 80 Prozent, während sie im Durchschnitt für die EU-Länder nur etwa 65 Prozent beträgt. In der Schweiz arbeiten die Menschen viel und werden vergleichsweise spät pensioniert. Es sind zudem überdurchschnittlich viele Frauen in den Arbeitsprozess integriert, und sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Sozialhilfequote sind aussergewöhnlich tief. Auf diese Weise gibt es in der Schweiz relativ wenige Haushalte, die tatsächlich Transferleistungen in grösserem Stil vom Staat beziehen, aber viele Haushalte, die massiv Steuern und Sozialabgaben bezahlen. Kein Wunder, dass der Schweizer Staat deshalb im Vergleich zu andern Ländern auch eine gesunde Finanzlage präsentieren kann.

Ab 65. Lebensjahr Nettoempfänger

Aus den eben gemachten Ausführungen folgt, dass ein durchschnittlicher Bewohner in der Schweiz im Alter von 15 bis 64 Jahren in grossem Stil Nettozahlungen an den Staat abliefern. Erst ab dem 65. Altersjahr werden die meisten Menschen dann von Nettozahlern zu

Nettoempfängern. Betrachten wir jetzt Schweizer Haushalte und Zuwandererhaushalte gesondert, dann sehen wir, dass kaum ein Unterschied besteht. Egal, ob Einwanderer oder Schweizer, im Durchschnitt liefern beide Gruppen dem Staat 15 000 Euro pro Jahr ab.

Aus dieser Perspektive ist klar: Jeder Zuwanderer, der in der Schweiz auch arbeitet, ist zunächst einmal eine Geldquelle für den Staat. Zwar werden Zuwanderer häufiger arbeitslos als Schweizer und beziehen damit im Durchschnitt mehr Arbeitslosenunterstützung. Und auch die Wahrscheinlichkeit, Sozialhilfeempfänger zu werden ist einiges grösser. Diese höheren Bezüge von ausländischen Haushalten werden aber wieder kompensiert durch tiefere Bezüge bei der



Auch Einwanderer werden irgendwann pensioniert.

AHV, da die Zuwanderer im Durchschnitt jünger sind als die heimische Bevölkerung.

Summiert man nun die Nettoszahungen aller Einwandererhaushalte an den Staat, dann kommt man auf einen Betrag, der etwa zwei Prozent des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, was nach Luxemburg wiederum der höchste Wert von allen OECD-Ländern ist. Der Titel des Beitrags im *Newsnet* hätte also nicht «Schweiz profitiert am stärksten von der Zuwanderung» heissen sollen, sondern «Schweizer Staat profitiert am stärksten von der Zuwanderung». Und dieser Profit wächst im Moment von Jahr zu Jahr. Da die Schweiz gemeinsam mit Luxemburg auch die höchste Zuwanderungsrate im Verhältnis zur bestehenden Wohnbevölkerung hat, kassiert der Staat stets noch mehr Geld.

Kurzfristiger Gewinn

Das sollte uns aber nicht zu euphorischen Schlussfolgerungen verleiten, wie sie in dem bereits mehrfach erwähnten Artikel im *Newsnet* zum Ausdruck kamen. Dort lesen wir nämlich zusätzlich, dass die Mehrkosten bei den

Sozialwerken oder der Infrastruktur bei weitem abgegolten würden. Von der Infrastruktur war aber in den bisher vorgestellten Berechnungen keine Rede. Betrachtet wurden nur laufende Zahlungen an den Staat und vom Staat. Doch ein Land kann nicht ständig mehr Menschen beherbergen, ohne auch entsprechend zu investieren. Dies führt zu erheblichen Mehrausgaben, die bisher nicht berücksichtigt wurden. Das betrifft etwa die Kosten für den Ausbau der Strassen oder des öffentlichen Verkehrs, um dem stets steigenden Verkehrsaufkommen gerecht zu werden. Und dann gibt es weitere Folgekosten wie steigende Preise für Eigentumswohnungen (plus 90 Prozent seit 2003) oder Mieten (plus 52 Prozent seit 2003), die zwar den Staat nicht direkt betreffen, aber den Wohlstand der Bevölkerung negativ beeinflussen.

Schliesslich ist auch zu berücksichtigen, dass Zuwanderer irgendwann einmal älter werden und nach der Pensionierung ebenfalls von Nettoszählern zu Nettoabhängigen werden. Im Moment merken wir davon noch wenig, weil erst etwa 20 Prozent das Pensionsalter er-

reicht haben. Doch das kann sich ändern, wie in Deutschland leicht erkennbar ist. Dort haben inzwischen rund 46 Prozent der Immigranten das Pensionsalter erreicht, was dazu geführt hat, dass Einwandererhaushalte heute im Durchschnitt mehr Renten kassieren als deutsche Haushalte. Entsprechend sind Einwanderer insgesamt in Deutschland zu Leistungsempfängern geworden. Netto empfangen sie Zahlungen, die bereits mehr als ein Prozent des deutschen BIP ausmachen.

Die Resultate lassen sich also folgendermassen zusammenfassen: Kurzfristig profitiert der Schweizer Staat von der Einwanderung, da Einwanderer im Durchschnitt mehr an den Staat bezahlen, als sie von ihm bekommen und so insbesondere die Finanzlage der AHV positiv beeinflussen. Langfristig produziert eine anhaltend hohe Einwanderung hingegen hohe Folgekosten, welche die kurzfristigen Profite bald einmal in den Schatten stellen.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Privatdozent an der Universität St. Gallen.



Die Mär von den Hochqualifizierten

Die Personenfreizügigkeit führe zum Zustrom hochqualifizierter Fachkräfte und dadurch zu Wohlstand für alle, behaupten Wirtschaft und Bundesrat. Neuste Zahlen sprechen dagegen.

Von Christian Mundt



Mehr Gärtner als Informatiker.

«Für unsere Unternehmen ist es überlebenswichtig, dass sie gut ausgebildetes Personal aus dem Ausland einstellen können», schreibt das Komitee gegen die SVP-Initiative, hinter dem der Wirtschaftsdachverband Economie-suisse steht. «Ohne diese Fachkräfte würde unser Gesundheitssystem nicht mehr funktionieren, Hotels und Restaurants müssten schliessen, Bauern könnten ihre Ernte nicht mehr einbringen und Forschungsabteilungen müssten ins Ausland verlagert werden.» Dass ein vollständiger Zuwanderungsstopp negative Auswirkungen auf die Wirtschaft hätte, wird kaum bestritten. Im Zentrum steht vielmehr die Frage, wie gross die Zahl Neuansässiger jedes Jahr sein soll – und wer denn eigentlich kommt, um zu bleiben.

Anhand der Rhetorik der Befürworter der Personenfreizügigkeit lässt sich zeigen, dass in diesem Punkt die ursprünglichen Erwartungen und Prophezeiungen nicht mit der Realität übereinstimmen. Denn die heute genannten Begriffe unterscheiden sich deutlich von denjenigen der bisherigen Abstimmungskämpfe, als es um die Einführung und um die Erweiterung dieser europaweiten Niederlassungsfreiheit ging. Exakt vor vier Jahren frohlockte der Arbeitgeberverband, dass vornehmlich «Hochqualifizierte» in die Schweiz einwandern und die Personenfreizügigkeit

damit «die gewünschten Effekte» zeige. Diese «Hochqualifizierten» – studierte Naturwissenschaftler, gefragte Ingenieure, gesuchte Techniker – würden die Schweiz vorwärtsbringen und mehr in die Sozialversicherungen einzahlen, als sie je beziehen würden.

Am häufigsten kaufmännische Angestellte

In der Zwischenzeit hat sich der Terminus geändert. Heute spricht kaum noch jemand von der Zuwanderung «Hochqualifizierter». Stattdessen wird von «Fachkräften» gesprochen. Hochqualifiziert ist jemand, der überdurchschnittliche Qualifikationen aufweist. Fachkraft ist jeder, der innerhalb seines Berufs über die nötigen Kenntnisse verfügt – das kann ein Ingenieur sein, aber auch ein Gärtner oder ein Kellner. Die geänderten Begriffe nehmen vorweg, was die Statistiken bestätigen: Die Personenfreizügigkeit führt nicht zum alleinigen Zustrom der wenigen Talente, die sich in der Schweiz nirgends finden lassen. Die Personenfreizügigkeit führt zu einer Immigration aller Berufsgruppen – insbesondere auch jener, von welchen in der Schweiz genügend Arbeitskräfte anzutreffen wären.

Wer seinen Wohnsitz aus der EU-27 oder den Efta-Staaten in die Schweiz verlegen will, braucht dafür eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung (Kategorie B oder C). An erster Stelle führt das Bundesamt für Migration

(BfM) auf seiner Liste mit den Berufsbezeichnungen dieser Einwanderer aus der EU-27 und den Efta-Staaten den Familiennachzug auf. Mehr als jede fünfte Bewilligung wurde 2012 aus diesem Grund ausgestellt (Zahlen für 2013 werden im Frühling bekanntgegeben). Knapp jede zehnte Bewilligung wird für die Aus- und Weiterbildung erteilt, was Rang zwei auf der BfM-Liste ergibt. Die Berufsgruppe, die 2012 am häufigsten in die Schweiz einwanderte, sind kaufmännische Angestellte.

An vierter Stelle stehen wiederum Nichterwerbstätige. Unter diese Kategorie fallen Rentner, Privatiers – aber auch all jene, die zur Stellensuche in die Schweiz kommen. Denn anders als ursprünglich behauptet, können Personen aus der EU auch in die Schweiz einreisen, wenn sie noch keine Stelle haben – um eine solche zu suchen. 2012 machten dies 4080 Personen. 36 048 Personen oder mehr als jeder dritte Zuwanderer aus der EU erhielt also eine Aufenthaltsbewilligung, ohne zu arbeiten. Ausgenommen sind dabei diejenigen, deren Stellensuche erfolgreich ist. Nicht eingerechnet sind aber auch alle, die nach kurzer Erwerbstätigkeit arbeitslos werden und Schweizer Sozialleistungen bekommen.

In der Kategorie Unternehmer und Direktoren wurden 2012 mehr als 4200 Bewilligungen für den Aufenthalt erteilt. Zwar mögen in dieser Kategorie registrierte Personen grosso modo zu den qualifizierteren Arbeitskräften gehören. Allerdings hielten sich in der Vergangenheit die Meldungen in Grenzen, in der Schweiz gebe es nicht genügend Führungskräfte, weshalb man solche im Ausland rekrutieren müsse. Eingewanderte Fachkräfte arbeiten aber nicht nur im Büro und auf den Führungsetagen. Rund 6000 Personen gaben beim Migrationsamt an, einer Tätigkeit als Küchen- oder Servierpersonal nachzugehen, 1617 Hauswarte, Raum- und Gebäudereiniger sind zugewandert – deutlich mehr als Ärzte (1426) oder Krankenschwestern (1369).

Der Statistik ist weiter zu entnehmen, dass mehr landwirtschaftliche Gehilfen (1170) einwandern als Ingenieure (1127). Es kommen mehr Verkäufer und Detailhandelsangestellte (942) in die Schweiz als mittleres Kader (827). Dass nicht Hochqualifizierte, sondern Fachkräfte kommen, zeigt die Einwanderung von Verputzern und Stuckateuren (701) im Vergleich zu den Architekten (700) exemplarisch. Die Schweiz zog im Jahr 2012 mehr Gärtner (537) und Bodenleger (513) an als Informatiker und Analytiker (464). Immerhin 220 leitende Beamte im öffentlichen Dienst fanden den Weg in die

Schweiz – aber nur 183 Informatikingenieure. Hingegen scheinen die Klagen über mangelnde Kinderkrippen ungehört zu verhallen – nicht nur in der Schweiz, sondern auch in der EU. Hoher Lohn und gesuchte Ausbildung können Heim- und Krippenleiter offenbar nicht zum Umzug in die Schweiz bewegen: 2012 wanderten gerade einmal 21 Personen in dieser Berufskategorie ein – gleich viele wie Elektroingenieure oder Brauer, aber immer noch mehr als Bauern, Drucker und Kinderkrankenschwestern (jeweils 20).

Den Mangel an Naturwissenschaftlern vermag auch die Personenfreizügigkeit nicht zu beheben, zogen 2012 doch lediglich 74 Personen aus den Berufskategorien Chemikanten (26), Physiker (25) und Biologen (23) in die Schweiz. Zwar kamen 46 Richter und Staatsanwälte sowie 44 Tänzer und Choreografen, aber nur 42 Maschinen- und Verfahreningenieure. 13 Mathematiker und Statistiker zogen in die Schweiz.

In Anbetracht dieser Zahlen wirken die Rufe der Wirtschaft grotesk, ein Kontingentsystem wie es die SVP-Initiative will, behindere die Rekrutierung von Personal derart, dass die Wirtschaft darunter leiden würde. Einerseits, weil bei den Zuwanderern die Zahl der hochqualifizierten und in der Schweiz nicht zu fin-

denden Arbeitskräfte verhältnismässig klein ist. Andererseits, weil in den Berufskategorien mit den meisten Immigranten bereits heute genügend in der Schweiz wohnhafte Personen (Schweizer und Ausländer) arbeitslos sind.

Vergangene Woche präsentierte das Staatssekretariat für Wirtschaft die Zahlen für 2013. Die Zahl der Stellensuchenden lag 2013 um 0,3 Prozentpunkte oder rund 12 300 Personen höher als 2012. Die Economiesuisse-Kampagne warnt davor, dass Hotels und Restaurants ohne Personenfreizügigkeit schliessen müssten. Gemäss Seco gab es 2012 im Gastgewerbe durchschnittlich rund 13 000 Stellensuchende. Trotzdem wanderten 6000 Köche und Serviceangestellte ein – die Arbeitslosenquote in diesem Wirtschaftszweig lag im Dezember 2012 bei knapp unter zehn Prozent. Die Statistik beweist auch, dass die zusätzlichen Arbeitskräfte nicht alle vom Arbeitsmarkt aufgenommen worden sind. 2013 suchten durchschnittlich 15 000 Personen eine Stelle im Gastgewerbe.

Einheimische werden verdrängt

In der zahlenmässig grössten Berufsgruppe der Zuwanderer, den kaufmännischen Berufen, waren im Jahresdurchschnitt 2012 gut 11 000 Stellensuchende registriert. Über das

Jahr verteilt wanderten knapp 5300 Personen ein. Die Zahl der Stellensuchenden lag 2013 um 800 Personen höher als im Jahr davor. Der Effekt hoher Zuwanderung trotz bereits existierender Arbeitslosigkeit zeigt sich auch bei höher qualifizierten Berufen. Während 2012 durchschnittlich 6400 Unternehmer, Direktoren und leitende Beamte eine Stelle suchten, waren es ein Jahr später 7300 – 2012 wanderten knapp 4500 Personen in dieser Berufskategorie ein. Und obwohl in der Informatik mehr als 1733 Personen eine Stelle suchten, kamen aus der EU 1464 weitere Informatiker dazu.

Die Beispiele liefern eine Erklärung dafür, wieso die Wirtschaft so vehement für die Personenfreizügigkeit kämpft: Trotz steigendem Wachstum und steigenden Beschäftigungszahlen werden auch Einheimische aus dem Arbeitsmarkt verdrängt und durch Zuwanderer aus dem Ausland ersetzt – wie die steigenden Arbeitslosenzahlen zeigen. Da dieser Effekt bereits bei steigenden Wirtschaftszahlen und entsprechend steigender Arbeitsnachfrage zu beobachten ist, dürfte er sich in schwierigeren Zeiten oder mit rückläufiger Entwicklung verschärfen – insbesondere mit der gemachten Erfahrung, dass die Zuwanderung in die Schweiz auch während einer Rezession hoch bleibt. ○

Erteilte B- und C-Bewilligungen, nach Berufsbezeichnungen

Anzahl Einwanderer aus der EU-27 und der Efta, 2012



Familiennachzug an erster Stelle: Statistik zur Einwanderung in die Schweiz.

«Alle profitieren»

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse kämpft an vorderster Front gegen die Masseneinwanderungsinitiative der SVP. Präsident Heinz Karrer über die Vor- und Nachteile der Zuwanderung. Von Martin Spieler und Gian Marco Castelberg (Bild)

Herr Karrer, wie gehen Sie mit Niederlagen um?

Als Spitzensportler musste ich viele Niederlagen einstecken. Das gehört dazu. Aber man kann aus jeder Niederlage auch Lehren ziehen.

Haben Sie nicht Angst, dass Sie erneut eine bittere Niederlage einstecken müssen – in drei Wochen bei der Abstimmung über die SVP-Einwanderungsinitiative?

Nein. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Mehrheit der Stimmberechtigten davon überzeugen können, dass die Initiative keine Probleme löst, jedoch viel Schaden anrichtet.

Es könnte zu einem ähnlichen Effekt wie bei der Minarett-Initiative kommen: Viele Leute geben in Umfragen nicht zu, dass sie mit Ja stimmen.

Im Unterschied zur Minarett-Initiative ist dieses Mal die Opposition gegen die SVP-Initiative sehr breit, sie reicht von links bis rechts, von der Wirtschaft bis zu den Gewerkschaften.

Warum wäre eine Annahme der Initiative für die Wirtschaft schlecht?

Die Vorlage bringt einen Rückfall in die Ausländerkontingentierung. Das schafft bürokratischen Aufwand und würde der Wirtschaft stark schaden, weil sie auf die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften angewiesen ist. Zudem müsste die Schweiz die bilateralen Verträge aufkünden und wäre somit beim Marktzugang massiv eingeschränkt.

Das stimmt nicht. Die Schweiz muss die bilateralen Verträge nicht aufkünden.

Nach einer Annahme der Zuwanderungsinitiative kann die Schweiz die Personenfreizügigkeit nicht mehr einhalten. Unser Land würde Abmachungen mit der EU nicht mehr erfüllen.

Das bedeutet nicht, dass die Schweiz von sich aus die Bilateralen kündigen müsste.

Dann müsste die Schweiz vertragsbrüchig werden und würde das der ganzen Welt demonstrieren.

Deshalb könnte die EU die Verträge mit der Schweiz kündigen. Dazu müssten aber alle 28 Mitgliedstaaten zustimmen. Eine Einstimmigkeit wird es kaum geben.

So wird es aber nicht ablaufen. Die Initiative verlangt eine neue Regelung mit der EU. Eine solche kommt nur zustande, wenn alle 28 EU-Mitglieder bereit sind, der

Schweiz eine Sonderstellung einzuräumen – andernfalls gehen die Bilateralen bachab. Der Schaden für die Wirtschaft wäre riesig. Uns würden sehr viele Fachkräfte fehlen.

Sie übertreiben: Die Initiative will ja nicht, dass die Zuwanderung gestoppt wird, sondern sie will sie lediglich einschränken.

Sie bringt eine Kontingentierung. Beamte entscheiden aufgrund von Vergangenheitszahlen, wer wann welche ausländischen Arbeitskräfte bekommt. Das führt zu Planungsunsicherheit für die Unternehmen. Wenn die Kontingente ausgeschöpft sind, fehlen den Firmen Fachkräfte.

Die neuste Statistik des Bundesamtes für Migration zeigt, dass gar nicht so viele hochqualifizierte Fachkräfte zuwandern. Der grösste Teil der Zuwanderer gibt an, eine Aus- oder Weiterbildung zu machen, oder es sind kaufmännische Angestellte.

Wir benötigen nicht nur Ingenieure, sondern auch sonst im technischen Bereich gut ausgebildete Leute aus dem Ausland. Auch die zugewanderten Ärzte brauchen wir.

Gemäss Statistik arbeiten viel mehr Zuwanderer als Küchenhilfen, Hauswarte und Reinigungsmitarbeiter denn als Ärzte.

«Die Initiative beschädigt den bilateralen Weg, bewirkt aber in keinem Bereich etwas Positives.»

Hotellerie und Gastronomie, aber auch die Landwirtschaft sind auf flexible Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Immerhin sind in den letzten Jahren viele hochqualifizierte Leute aus Deutschland eingewandert, darunter viele Ärzte.

Doch ein Teil dieser hochqualifizierten Leute ist bereits wieder weg.

Das zeigt, dass es in der Zuwanderung immer Wellenbewegungen gibt. Wir müssen uns die Flexibilität erhalten, damit wir unbürokratisch und rasch zu Arbeitskräften aus dem Ausland gelangen. Kontingente verunmöglichen dies.

Wie erklären Sie, dass 2012 trotz Personenfreizügigkeit nur 74 Naturwissenschaftler und 81 Bauingenieure in die Schweiz eingewandert sind, aber 1617 Hauswarte und Reinigungsleute?

Dieser Vergleich hinkt. 2012 sind rund 4400 Ingenieure, Techniker, Naturwissenschaftler und Informatiker aus Europa eingewandert.

Ohne die Personenfreizügigkeit wäre es sehr schwierig, diese Stellen zu besetzen. Ausserdem kurbelt sie den Arbeitsmarkt an: Seit der Einführung wurden in der Schweiz 600 000 neue Stellen geschaffen.

Wie viele wurden von Schweizern besetzt?

Rund 250 000.

Die grosse Mehrzahl der neuen Jobs ging an Ausländer?

Ja, aber wir hätten sonst die 250 000 neuen Jobs nicht gehabt. Alle profitieren von der Zuwanderung.

Ist es nicht so, dass die Wirtschaft der Schweiz dank Einwanderung zwar wächst, der Einzelne vom Aufschwung aber nicht wirklich viel spürt?

Nein. Pro Kopf ist das Bruttoinlandprodukt in den letzten zehn Jahren um 5600 Franken gestiegen. Dank Personenfreizügigkeit hat der Wohlstand zugenommen, noch stärker als in Deutschland.

Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger sieht das anders. In der letzten Ausgabe der Weltwoche hat er vor Denkfallen gewarnt. Er argumentiert, die hohe Zuwanderung blähe die Gesamtwirtschaft auf, lasse aber nicht das Pro-Kopf-Einkommen wachsen.

Ich verweise auf die Fakten: Wir haben im internationalen Vergleich eine rekordtiefe Arbeitslosenquote und sind sehr gut durch den Abschwung gekommen. Nicht zuletzt dank der Zuwanderung.

Zuwanderung führt zu einer Verknappung des Bodens und zu Engpässen bei der Infrastruktur und hat höhere Kosten für Wohnungen, Energie, Verkehrsmittel zur Folge.

Dass Züge und Autobahnen überlastet sind, hat auch mit unserem gestiegenen Mobilitätsbedürfnis, der veränderten Freizeitgestaltung und dem Bedarf nach mehr Wohnraum zu tun. Unter dem Strich hat uns Zuwanderung mehr Wohlstand gebracht.

Laut Professor Eichenberger sinkt nach Abzug der durch die Zuwanderung ausgelösten Kosten unser realer Wohlstand in der Schweiz sogar in Richtung EU.

Die Fakten zeigen ein anderes Bild. Die Löhne sind in den letzten zehn Jahren stärker gestiegen als in den neunziger Jahren unter dem Kontingentsregime. Aber es gibt selbstverständlich keine Entwicklung ohne Vor- und Nachteile. Wenn die Wohnpreise steigen, ist dies nicht primär eine Folge der Zuwanderung, sondern davon, dass wir mehr Wohnraum in Anspruch nehmen.



«Wir brauchen Arbeitskräfte aus dem Ausland»: Economiesuisse-Präsident Karrer.

Aber auch weil mehr Leute um die freien Wohnungen buhlen.

Es braucht eine Güterabwägung: Wie viel Nachteile wollen wir in Kauf nehmen? Was wollen wir aufs Spiel setzen? Aus Sicht der Wirtschaft bringt die Personenfreizügigkeit mehr Vor- als Nachteile. Auch beim Steuereinkommen sowie bei der Finanzierung unserer Sozialwerke profitieren wir. **Zuwanderer kosten auch.**

Die Zuwanderer aus dem EU-Raum zahlen insgesamt mehr Geld in die Sozialwerke

ein, als sie beziehen. Das gilt insbesondere für die AHV. Alles in allem profitieren wir.

Pro Jahr lassen sich 80 000 Ausländer neu in der Schweiz nieder – so viele, wie eine mittlere Stadt in der Schweiz Einwohner hat. Kein Problem für Sie?

In den sechziger Jahren, als man Kontingente hatte, verzeichnete die Schweiz phasenweise viel mehr Zuwanderer. Zeitweise kamen pro Jahr 100 000 in die Schweiz. Kontingente bringen also nicht zwingend weniger Zuwanderung.

Doch heute bewegt sich die Bevölkerungszahl der Schweiz in Richtung 10 Millionen. Die Schweiz wird nicht grösser.

Aber wir sehen eine demografische Veränderung: Wir haben weniger Junge, die im Arbeitsprozess sind. Jahr für Jahr treten geburtenstarke Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt aus. Auch darum brauchen wir Arbeitskräfte aus dem Ausland, die uns helfen. **Ist Economiesuisse glaubwürdig, wenn Sie die Ängste vieler Bürger vor der Masseneinwanderung nicht ernst nehmen?** >>>

Wir nehmen die Sorgen sehr ernst. Zuwanderung bringt immer auch Nachteile. Die wollen wir aber mit konstruktiven Lösungen angehen. Mit der SVP-Initiative beschädigen wir den bilateralen Weg, bewirken aber in keinem Bereich etwas Positives.

Wie kann das Problem gelöst werden?

Zum Beispiel mit strengeren Raumplanungsgesetzen in den Kantonen. Oder dass in der Schweiz lebende Menschen – beispielsweise die Frauen – besseren Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Sie warnen in Ihrer Kampagne vor Abschottung: Das ist eine starke Zuspitzung.

Die Kündigung der bilateralen Verträge und die bürokratischen Hürden für die Zuwanderung führen wirtschaftlich zu einer Abschottung.

Die Initiative will nicht die Grenzen schliessen.

Das stimmt, aber ein Ende der Personenfreizügigkeit würde uns in Europa abschotten. Der Begriff ist vielleicht zugespitzt, aber sachlich korrekt.

Schwächen Sie als Wirtschaftsverband nicht Ihre Glaubwürdigkeit, wenn Sie so übertreiben?

Wir übertreiben nicht. Das Urteil darüber werden die Stimmbürger fällen.

Die SVP behauptet, Stadtpräsidenten und Regierungsräte würden sich reihenweise für Hunderttausende Franken Inserate von Economiesuisse bezahlen lassen. Stimmt das?

Mehrere Regierungsräte aus der ganzen Schweiz sind dem überparteilichen Nein-Komitee beigetreten – jeweils mit dem Einverständnis ihrer Regierungskollegen. Zusammen mit über 100 National- und Ständeräten setzen sich auch viele Stadtpräsidenten für ein Nein ein, auch in Inseraten. Selbstverständlich wurden für diese Inserate keine Steuergelder eingesetzt.

Wie viel Geld investieren Sie in die Bekämpfung der SVP-Initiative?

Das legen wir nicht offen. Mit Geld hat man aber noch nie eine Abstimmung gewonnen. Die Wirtschaft will mit Argumenten überzeugen.

Das sagt ausgerechnet Economiesuisse? Natürlich spielt Geld eine Rolle. Mit guter Werbung können Sie einiges bewegen.

Mindestens so wichtig sind persönliches Engagement, überzeugende Argumente und politische Allianzen.

Üblicherweise ist die SVP Ihr treuster Allianzpartner. Im Abstimmungskampf um die Zuwanderungsinitiative gehen Sie nun auf Konfrontation. Ist das eine kluge Strategie?

Wir sind der SVP sehr dankbar, dass sie sich für die Wirtschaft einsetzt, und wir arbeiten gern mit ihr zusammen. In einzelnen Punkten haben wir indes eine andere Mei-

nung. Es muss möglich sein, dass man miteinander argumentativ streitet, ohne dass Blessuren bleiben.

Wären Sie bereit, auf einem Podium gegen SVP-Alt-Bundesrat Blocher anzutreten und mit ihm über die Zuwanderungsinitiative zu streiten?

Selbstverständlich, aber das ist terminlich leider nicht mehr machbar. Ich bin seit Wochen restlos ausgebucht mit Referaten, Podiumsteilnahmen und Diskussionen.

Schon bald müssen Sie wieder mit der SVP zusammenspannen. Etwa bei der Bekämpfung der Mindestlohninitiative: Wie wollen Sie diese bekämpfen?

Die drei Dachverbände Arbeitgeberverband, Gewerbeverband und Economiesuisse werden sich gegen die Initiative engagieren. Die Vorlage will einen einheitlichen Mindestlohn, obwohl die Lebenshaltungskosten im Tessin und im Jura deutlich tiefer sind als in Zürich und Genf. Ein einheitlicher Mindestlohn nimmt auch keine Rücksicht auf Unterschiede in den Branchen. Ein Gastwirt, Coiffeur oder Landwirt kann seinen Angestellten nicht so viel bezahlen wie eine Pharmafirma. Der weltweit höchste Mindestlohn würde zu Rationalisierungen oder Verlagerungen führen und dadurch den betroffenen Angestellten schaden.

Allerdings gibt es erfolgreiche Unternehmer wie Fredy Gantner, Mitgründer der börsenkotierten Partners Group und Milliardär, die in einem Mindestlohn keine Nachteile für die Wirtschaft sehen.

Ich habe mit Fredy Gantner noch nicht über die Vorlage gesprochen. Die meisten Unternehmer sind klar gegen den Mindestlohn.

Sorgen macht vielen Unternehmern auch die Erbschaftssteuerinitiative. Was würde eine Annahme für die Wirtschaft bedeuten?

Mehr als ein Drittel aller Unternehmen in der Schweiz sind Familienfirmen. Bei diesen würde die Nachfolgeregelung massiv erschwert, wenn bei der Geschäftsübergabe so hohe Steuern anfielen.



«Schlange, Adam. Adam, Schlange. Ich dachte, es sei an der Zeit, dass Ihr euch mal trifft.

Sie sind seit September Präsident von Economiesuisse. In wenigen Tagen geben Sie die Führung des Energiekonzerns Axpo ab. Bereuen Sie den Wechsel schon?

Ich habe ein weinendes Auge, weil ich sehr gerne bei der Axpo war. Aber ich bereue nichts, sondern freue mich auf die Herausforderungen bei Economiesuisse.

Da sind Sie doppelt gefordert: Der designierte Direktor Jean-Marc Hensch ist erkrankt und kann sein Amt nicht antreten. Wer wird neuer Direktor?

Wir setzten noch im Dezember erneut die Findungskommission ein. Wir führen Gespräche und haben schon eine engere Auswahl getroffen.

Rudolf Minsch, der Economiesuisse interimsmässig führt, hatte sich auch um das Direktorium beworben. Warum setzen Sie nicht auf ihn?

Wir hatten uns im ersten Prozess für Jean-Marc Hensch entschieden. Wir suchen auch im zweiten Prozess nach der am besten geeigneten Person.

Sie stehen intern wie extern unter Druck – mehrere Kadermitglieder sind weg. Seit der Niederlage bei der «Abzocker-Initiative» steckt Ihr Verband in einer Krise. Wie wollen Sie Vertrauen zurückgewinnen?

Indem wir wieder näher zur Bevölkerung kommen und darüber diskutieren, wie wichtig die Wirtschaft für alle ist. Das ist uns im Kampf gegen die 1:12-Initiative gelungen.

Ist Economiesuisse eine Kampforganisation für Abstimmungen oder eine Denkfabrik, die Einfluss nehmen will?

Es braucht beides. Bei Abstimmungen muss man engagiert und mit Argumenten kämpfen, aber es braucht auch einen Dialog mit der Bevölkerung und der Politik, damit wir auch parteiübergreifend Lösungen erarbeiten können.

Verglichen mit Ihrem Vorgänger Gerold Bühler, sind Sie im Parlament schlechter vernetzt. Wie kompensieren Sie das?

Durch meine Tätigkeit bei der Axpo kenne ich sehr viele Parlamentarier und auch die Bundesräte.

Was fordern Sie vom Bundesrat? Die Vorgängerorganisation von Economiesuisse, der Vorort, galt als der achte Bundesrat.

Wir fordern nicht. Ich stelle ein grosses Interesse der Bundesräte in Bezug auf die Bedürfnisse der Wirtschaft fest. Wir sprechen über die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge, die Lösung des Steuerstreits mit der EU und die zukünftige Energiepolitik.

Neben Ihrem Economiesuisse-Präsidium haben Sie VR-Ämter bei Kuoni und Notenstein: Welche VR-Mandate kommen dazu?

Es ist nichts spruchreif. Für neue Mandate habe ich erst Zeit, wenn ich die Aufgabe bei der Axpo abgegeben habe. Bei Economiesuisse habe ich mehr als genug Arbeit. ○

Moos und Los

Die Masseneinwanderungsinitiative könnte weniger bürokratisch umgesetzt werden als befürchtet. Ein konkreter Vorschlag aus ökonomischer Sicht: Die Profiteure der Einwanderung sollen zahlen.

Von Bruno S. Frey



Gemäss Credit-Suisse-Sorgenbarometer empfinden nicht weniger als 37 Prozent der Schweizer den umfangreichen Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern als problematisch. Entsprechende Bedenken nehmen seit 2008 überdies stark zu. Nur hinsichtlich der Arbeitslosigkeit macht sich ein noch höherer Anteil (44 Prozent) der Befragten Sorgen. Weit weniger Personen (29 Prozent) sorgen sich um die Altersvorsorge und die AHV. Das Gesundheitswesen und der Umweltschutz folgen deutlich danach.

Eine Reaktion auf diese Gefühlslage ist die anstehende Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung». Sie verlangt «jährliche Höchstzahlen und Kontingente» für Ausländer, die in die Schweiz kommen wollen. In der Diskussion um die Volksinitiative wird jedoch kaum berücksichtigt, auf welche Weise die eventuelle Einwanderungsbeschränkung umgesetzt werden könnte. Vermutlich ist eine Verteilung durch eine staatliche Behörde vorgesehen, was einen erheblichen, stark zunehmenden und unerwünschten Bürokratieaufwand bedeuten würde. Gibt es Alternativen?

Wir schlagen zwei Verfahren vor, die miteinander kombiniert werden sollten. Ausgangspunkt ist eine politisch festzulegende Anzahl Zuwanderer pro Jahr. Die Kriterien für die Bemessung der Höchstzahl sollten sich nach zwei wesentlichen Gesichtspunkten richten, welche die Bevölkerung umtreiben: die mangelnde soziale, politische und sprachliche Integration der Ausländer und die Überlastung der Infrastruktur. Für die Integration ist die Bruttoeinwanderung wichtig. Sie betrug im Jahre 2012 149 100 Personen. Für die Auslastung der Infrastruktur, etwa des öffentlichen Verkehrs oder der Spitäler, ist hingegen die Nettoeinwanderung relevant, also Einwanderer minus Auswanderer. Sie betrug laut Bundesamt für Statistik im Jahre 2012 45 200 Personen. Unter Einbezug der Personen mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als einem Jahr sowie jener mit wechselndem Aufenthaltsstatus betrug die Nettoeinwanderung im Jahre 2012 sogar 73 300 Personen. Hochrechnungen des Migrationsamts auf dieser Berechnungsgrundlage ergeben eine Nettoeinwanderung von 80 000 Personen für 2013.

Das erste von uns vorgeschlagene Verfahren ermöglicht das Erreichen der politisch festgelegten Höchstzahl von Einwanderern mit

Hilfe einer «Zugangsgebühr». Sie dient als Entgelt für den Eintritt in eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Umgebung, die neue Möglichkeiten eröffnet. Sie kann auch als Beitrag zu den Kosten der Benützung einer umfassenden Infrastruktur angesehen werden. Die Zugangsgebühr wäre von denjenigen Organisationen zu entrichten, die ein Interesse an der Zuwanderung einer bestimmten Person haben.

Dieser Beitrag muss derart festgelegt werden, dass die vorgesehene Höchstzahl von Einwanderern nicht überschritten wird. Diese



Gibt es Alternativen?

Aufgabe könnte am besten vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) übernommen werden. Wenn die Nachfrage nach Zuwanderern besonders hoch ist, müssen die Organisationen einen besonders hohen Beitrag entrichten, was die nachgefragte Zahl der Zuwanderer vermindert. Fragen umgekehrt die Organisationen weniger als die festgelegte Höchstzahl von Zuwanderern nach, brauchen die Organisationen keine Zugangsgebühr zu entrichten. Die Einnahmen aus den Zugangsgebühren könnten zur Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere für den öffentlichen Verkehr und das Gesundheitswesen, oder aber auch zur Verminderung von Steuern und Staatsschulden verwendet werden.

Dieses Verfahren, um bestimmten Personen die Einwanderung in die Schweiz zu ermögli-

chen, könnten alle Formen von Organisationen nutzen. Vor allem wirtschaftliche Unternehmen werden zusätzliche Arbeitskräfte nachfragen wollen. Wenn eine Firma dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigt, sollte sie auch bereit sein, eine entsprechende Gebühr zu entrichten. Aber auch gemeinnützige Institutionen, karitative Hilfswerke und religiöse Gemeinschaften könnten davon Gebrauch machen. Zum Beispiel kann eine Organisation hilfsbedürftigen Menschen den Aufenthalt in der Schweiz ermöglichen, wenn sie dafür bei ihren Mitgliedern genügend Unterstützung mobilisiert. Das klingt zunächst hart, verhindert aber, dass überhöhte Forderungen nach der Aufnahme von Bedürftigen gestellt werden und die Lasten dafür der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Es genügen dann nicht mehr wohlfeile Worte, sondern die entsprechenden Organisationen müssen auch bereit sein, Mittel für die Zugangsgebühr zu sammeln.

Fairness durch Zufall

Dieses Verfahren kann als ungerecht angesehen werden, weil dabei die Finanzkraft der Organisation und der dahinterstehenden Mitglieder ausschlaggebend ist. Deshalb schlagen wir als zusätzliches Verfahren eine Zufallsauswahl unter den Personen vor, die eine Zuwanderung in die Schweiz anstreben. Jeder hat dabei die gleiche Chance, eine Genehmigung zu erhalten. Das System ähnelt dem Verfahren der Green-card-Lotterie in den Vereinigten Staaten.

Die Zugangsgebühr könnte mit der Zufallsauswahl kombiniert werden. Zum Beispiel könnten zwei Drittel der politisch festgelegten Höchstzahl mit Hilfe der Zugangsgebühr und das andere Drittel durch Zufall ermittelt werden. Es gilt, die Effizienz der Zugangsgebühr gegen die Chancengleichheit des Zufallsverfahrens abzuwägen. Je mehr die Schweizer Bevölkerung im politischen Prozess der Effizienz den Vorrang gibt, desto höher sollte der Anteil der mit der Zugangsgebühr bestimmten Einwanderer sein.

Sollte die Masseneinwanderungsinitiative angenommen werden, könnten unsere Vorschläge dafür sorgen, dass bürokratische Eingriffe gering gehalten werden.

Bruno S. Frey ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen.
Mitarbeit: Jana Gallus
Gallus gehört Professor Freys Forschungsteam an.

Vorfahrt Schmalspur

In Bern soll eine 520 Millionen Franken teure Tiefstation für ein Regionalbähnchen entstehen. Der Filz in der Bundesstadt verhindert eine bessere Planung. Kritiker werden kaltgestellt. *Von Alex Reichmuth*

In zwei Wochen entscheidet das Stimmvolk, ob in den nächsten gut zehn Jahren 6,4 Milliarden Franken in den Ausbau und den Unterhalt des Bahnverkehrs fließen sollen. Der Bundesrat wollte ursprünglich «nur» 3,5 Milliarden ausgeben, doch das Parlament hat diesen Betrag im Rahmen der Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi)» fast verdoppelt. Gegen den Geldsegen opponieren im Wesentlichen die SVP und autonome Kreise.

Hans Wägli besitzt kein Auto und ist nicht Mitglied der SVP. Er reist immer mit der Bahn. Ein Leben lang hat Wägli für die SBB gearbeitet, zuletzt sechs Jahre als Leiter des Pressedienstes. Dennoch steht er Fabi sehr kritisch gegenüber (siehe Interview, Seite 30). Wägli sieht die Vorlage als «Füllhorn», aus dem die Bahnverantwortlichen sorglos Geld scheffeln. Dabei lebten die Eisenbahnplaner schon heute «im Fett». Unsinnige, überrissene Bahnprojekte zeugten davon, so Wägli. Ein Beispiel sei der geplante Ausbau des Bahnhofs Bern.

522 Millionen Franken

Wer sich diese Ausbaupläne anschaut, muss Wägli recht geben. Vor gut einem Jahr hat Barbara Egger, Verkehrsdirektorin des Kantons Bern, bekanntgegeben, dass unter dem bestehenden SBB-Bahnhof eine Tiefstation gebaut werden soll, die ausschliesslich dem Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS) dient. Der RBS ist eine Schmalspurbahn mit nur regionaler Bedeutung. Dabei gibt es heute schon eine Tiefstation für die Züge des RBS. Diese soll aber stillgelegt werden. Für die horrenden Kosten des neuen Tiefbahnhofs von 522 Millionen Franken sollen der Kanton Bern, die Stadt Bern und zu einem wesentlichen Teil der Bund aufkommen. Ergänzt wird das Projekt durch den Bau einer unterirdischen Passage für die Reisenden im Berner Bahnhof, die zusammen mit einem neuen Hauptzugang weitere 350 Millionen Franken kosten soll.

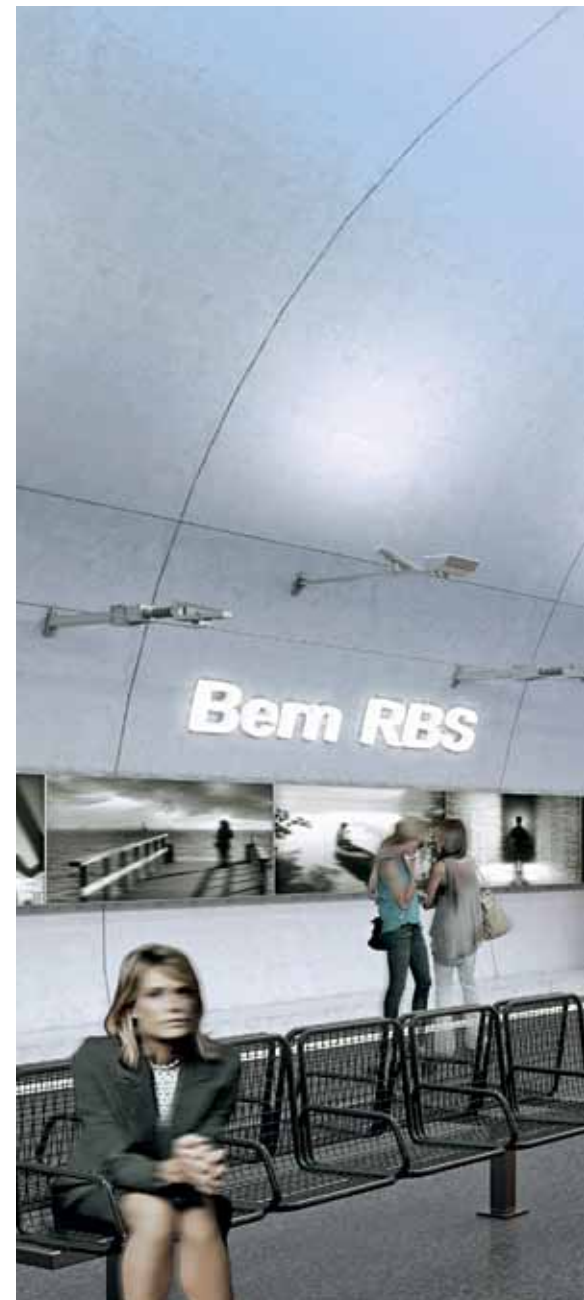
Unter Fachleuten ist unbestritten, dass der Bahnhof Bern aus allen Nähten platzt und ausgebaut werden muss. Gemäss Schätzungen werden die Passagierströme bis 2030 um fast die Hälfte steigen. Eine Erweiterung ist aber nicht nur für die Schmalspurbahn nötig, sondern insbesondere für die «grossen Züge» der SBB. Doch der Platz ist knapp, denn der Bahnhof ist eingeklemmt zwischen der Altstadt und dem Schanzenhügel. «Grabungen» sind darum nicht zu vermeiden: entweder im Un-

tergrund des heutigen Gleisfelds oder auf der Seite der bestehenden Gleise unter dem Schanzenhügel.

Das jetzige Ausbauprojekt hat aber augenfällige Nachteile: Für die Zufahrt zum neuen RBS-Tiefbahnhof muss ein 700 Meter langer Tunnel gebaut werden, der zu den immensen Kosten beiträgt. Die neue Station liegt zudem so tief, dass die Passagiere mit Rolltreppen eine Höhe überwinden müssen, die sechs bis acht Stockwerken entspricht, um zwischen RBS und SBB umsteigen zu können.

Bern wollte ursprünglich mit noch grösserer Kelle anrichten und gar je einen Tiefbahnhof für die Schmalspur und die Normalspur bauen. ETH-Verkehrsexperte Ulrich Weidmann bezeichnete 2009 aber in einem Gutachten die Kosten von 2,4 Milliarden Franken als «dem Nutzen nicht angemessen». Den Planern von Bund, SBB, Kanton und Stadt Bern blieb nichts anderes übrig, als zumindest auf einen der beiden Tiefbahnhöfe zu verzichten. Doch statt dem wichtigen Fernverkehr die unterirdische Vorfahrt zu geben, hielten sie an der Tiefstation für das Regionalbähnchen RBS fest. Die benötigten zusätzlichen Schienen für die Normalspur sollen gemäss dem neuen Projekt später durch eine seitliche Erweiterung des bestehenden Gleisfelds unter dem Schanzenhügel entstehen. Die Gesamtkosten dieses Projekts «Zukunft Bahnhof Bern» (ZBB) betragen noch immer 1,8 Milliarden Franken.

Zahlreiche Fachleute und Politiker greifen sich an den Kopf. Sie sagen, in Bern fehle eine umsichtige, umfassende Gesamtplanung. Die Kapazitätsprobleme der RBS könnten viel einfacher und wesentlich günstiger als mit einem unterirdischen «Luxusbau» gelöst werden. Die Planung in Bern sei aber von Lokalinteressen geprägt, sagt ein ehemaliger Mitarbeiter der SBB-Abteilung Architektur. Barbara Egger gebe als Regierungsrätin des Kantons Bern zusammen mit den Chefs des RBS «den Ton an». Gleichzeitig wagten es die Vertreter von Bund und SBB «aus personeller Rücksichtnahme» nicht, das überrissene Projekt zu stoppen, so der ehemalige SBB-Fachmann. Auch der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP) beobachtet, dass der RBS «extrem am Drücker» sei. «Fast keiner getraut sich, Egger und dem RBS zu widersprechen», meint Wasserfallen. Gleich sehen es auch Fabio Pedrina (SP), Raumplaner ETH und bis 2011 Mitglied der nationalrätlichen Verkehrskommission, und Gerhard Fischer (SVP), Berner Grossrat und



Berner Filz am Werk: unterirdischer Bahnhof.

ehemaliger Grossratspräsident. «Die SBB wehren sich nicht gegen das Planungsdictat des Kantons Bern», sagt Fischer. Benedikt Loderer, Architekt und Gründer der Fachzeitschrift *Hochparterre*, sieht «lokalen Filz» am Werk. «Es winken lukrative Aufträge für lokale Bauunternehmer», ergänzt er.

Die Engpässe des RBS könnten viel einfacher und wesentlich günstiger gelöst werden.

Dabei liegt ein Vorschlag, wie man die Kapazitätsprobleme im Bahnhof Bern besser und billiger lösen kann, längst auf dem Tisch. Er stammt vom Architekten Hans Stieger. Stieger war als SBB-Fachmann viele Jahre führender Planer bei der Gestaltung von Bahnhöfen – schweizweit. Auch nach seiner Pensionierung 2001 haben ihn die SBB mehrfach als Berater



bei komplexen Bahnprojekten beigezogen. Stieger schlägt vor, den alten RBS-Tiefbahnhof weiterzubetreiben und im hintersten Bereich des ebenerdigen Normalspurbahnhofs ein Schmalspurgleis einzurichten, um die Kapazität für die Regionalbahn zu erhöhen. «Der Platz dafür ist vorhanden», sagt Stieger. Der Bau eines kurzen, kostengünstigen Verbindungsstücks ermögliche die Zufahrt zu diesem Gleis. Auch Stiegers Pläne sehen einen Tiefbahnhof vor – aber nicht für die Regionalbahn, sondern für die, national gesehen, viel wichtigere Normalspur. Dieser Tiefbahnhof muss gemäss Stieger allerdings direkt unterhalb der heutigen Unterführung liegen, damit rasches Umsteigen garantiert ist. Sollten später weitere Ausbauten für den RBS nötig werden, sei dies durch weitere Schmalspurgleise im «Oberbahnhof» zu gewährleisten.

Hans Stieger ist überzeugt, dass mit besserer Planung beim Berner Bahnhof eine halbe Mil-

liarde Franken Steuergeld eingespart werden kann. Darüber hinaus vermisst er einen gesamtheitlichen Ansatz für den gesamten Bahnknoten Bern. Für Planungen dieser Dimension müsse man in Jahrzehnten denken und langfristig mögliche Ausbauoptionen sichern, so Stieger. Durch undurchdachtes Bauen würden aber «Fakten geschaffen», die sich später als Hindernisse entpuppt – mit entsprechender Kostenfolge. Als Beispiele nebst dem neuen Schmalspur-Tiefbahnhof nennt der ehemalige SBB-Chefplaner das neue Postgebäude vor dem Bahnhof, das jetzt im Bau ist und später den besten Zugang zur neuen Bahnhofspassage versperre. Auch die Autobahn-Zufahrt Bern-Neufeld, die vor einigen Jahren realisiert worden ist, verkomplizierte den möglichen Bau einer Bern-Nordschleife für die Bahn beträchtlich. Solche Nachteile könnten Zusatzkosten von mehr als einer Milliarde Franken verursachen.

Hans Stieger war wegen seines Fachwissens auch nach der Pensionierung bei den SBB lange hochgeschätzt. Doch nun läuft er mit seiner «Variante Stieger» plötzlich auf. Wenn immer er die Projektverantwortlichen um ein Gespräch bittet, um sie auf die Fehlplanung aufmerksam zu machen, sind diese nicht erreichbar, rufen nicht zurück und gehen auf Tauchstation.

«Nicht revolutionär, aber zweckmässig»

Fragt man bei denen nach, die den unterirdischen Schmalspurbahnhof unbedingt bauen wollen, sind Stiegers Vorschläge angeblich unbrauchbar. Die «Vorbehalte» gegen die beschlossenen Ausbauten seien «alt und mehrfach widerlegt», schreibt Ulrich Seewer von der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, der als Projektleiter von «Zukunft Bahnhof Bern» fungiert. Die SBB schreiben, man habe die «Variante Stieger» verworfen, «weil sie weder bezüglich der nachhaltigen

«Alle fünfzig Meter eine Million»

Der langjährige SBB-Sprecher und Bahnexperte Hans Wägli sagt nein zur «unanständigen» Fabi-Vorlage. Von Markus Schär

Herr Wägli, sind Sie ein Nestbeschmutzer?

Nein. Ich fühle mich dem öffentlichen Verkehr verpflichtet, aber ebenso dem sorgfältigen Umgang mit öffentlichen Geldern.

Sie hören diesen Vorwurf nie?

Weshalb sollte ich ein Nestbeschmutzer sein? Ich kann nicht einmal Auto fahren, ich säge doch nicht am Ast, auf dem ich sitze. Die Fabi-Vorlage, über die wir am 9. Februar abstimmen, bringt einerseits einen vernünftigen Finanzmechanismus für den Unterhalt, andererseits aber höchst fragwürdige Ausbauprojekte. Die Vorlage kommt mir vor wie ein Car mit einem Hochzeitspaar: Es dreht die Scheiben runter und wirft Bonbons raus – die Kinder stürzen sich darauf, und alle sind happy. Mit dem Geschenkpaket will die Politik das Ja erkaufen.

War zu Ihrer Zeit alles besser?

Das darf nicht die Frage sein. Die Eisenbahn ist 210 Jahre alt, sie hat sich den technischen Fortschritt immer zunutze gemacht, um den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Wirtschaft zu dienen. In der Schweiz ist dieses System auf dem höchsten Stand der Welt – zum Glück ist es heute nicht mehr wie früher. Das Volk hatte bisher die Weisheit, die richtigen Entscheide zu treffen.

Es hat in der Schweiz allerdings Tradition, dass das Volk Riesenprojekte gutheisst und dann für viel mehr Geld weniger und andere Bahnen bekam.

Sie meinen wohl Bahn 2000: Da bewilligten wir tatsächlich vier Neubauabschnitte und erhielten etwas ganz anderes.

Wie ist das möglich?

Da müssen Sie die Politiker fragen. Sie setzten ja auf Elektronik statt auf Beton, also auf die Neigezüge. So entsprach das, was wir mit vier Jahren Verspätung ab Ende 2004 nutzen konnten, mehr oder weniger der Vorlage, über die wir abgestimmt hatten. Ich denke – und ich hoffe –, dass auch das Fabi-Paket aufgrund der Kritik nicht so umgesetzt wird, wie es jetzt vorliegt.

Das heisst: Der Bundesrat und das Bundesamt für Verkehr machen, was sie wollen?



«Hochzeitsbonbons»: ÖV-Experte Wägli.

Solange sie die Sparmöglichkeiten nutzen, also alle Hochzeitsbonbons weglassen, wäre das ja ein Segen für das Land.

Sie schreiben in einem Aufsatz, die SBB hätten das Streckennetz in den letzten Jahren «innert kurzer Zeit arg verkommen lassen». Geht das so schnell?

Ja, bei dieser intensiven Nutzung, mit höheren Geschwindigkeiten und grösseren Achsenlasten, gibt es Streckenabschnitte, auf denen man alle vier, fünf Jahre die Schienen auswechseln müsste, trotz höchster Qualität. Dieser Unterhalt ist vernachlässigt worden. Fast hundert Jahre lang hielten die SBB Sorge zu ihrem Netz, sie hatten auch die hoheitliche Aufgabe dafür: 1918 fand die Politik, es ergebe keinen Sinn, dass ein Bundesbeamter dem anderen auf die Finger schau. Als die SBB 1999 zur AG wurden – AG in Anführungszeichen, denn die SBB haben ja gar keine *Shares* und nur einen *Holder* –, führte die Politik die Oberaufsicht wieder ein, aber es änderte sich gar nichts. Die SBB verloren schnell viel Kompetenz, viele Fachleute gingen weg oder wechselten ins Bundesamt. Mein Verdacht ist, dass sie dort alte Rechnungen zahlen. Und die Kosten für den Unterhalt müssen die SBB jetzt vom externen Büro Basler & Partner berechnen lassen, nach hundert Jahren – das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen.

Fabi soll gerade prioritär den Unterhalt sicherstellen.

Das Budget für den Unterhalt wurde schon aufgestockt, aber gar nicht gebraucht. Es nützt nichts, wenn Sie einfach Geld bekommen, Sie müssen es auch einsetzen können, und dafür braucht es Fachwissen.

Warum will die Politik denn noch mehr Geld?

Fragen Sie jene, die es fordern.

Braucht es auch keinen Ausbau?

Doch, doch. Aber dort, wo es nötig ist, nicht dort, wo es eine Ja-Stimme mehr gibt.

Und wo ist es nötig?

An vielen Orten, wo die Kapazitätsgrenzen erreicht sind. Aber an entscheidenden Orten geschieht nichts. In der Botschaft finden Sie einen roten Strich um den Zugersee, aber nichts in Rotkreuz. Das heisst: Wir eröffnen bald den längsten und teuersten Tunnel der Welt, aber wir *verjoggeln* eine halbe Stunde Fahrzeit, weil wir in Rotkreuz die Fahrtrichtung ändern, also die Lokomotive wechseln müssen. Dieses Problem liesse sich mit 500 Meter Neubaustrecke lösen, doch das wird nicht gemacht.

Dafür schütten wir viel Geld in den Regionalverkehr Bern-Solothurn.

Ja. Ich wohne da, ich legte dem RBS im letzten März eine Lösung ohne weitere Investitionen vor, aber bis Ende Jahr konnte sie niemand anschauen. Das Sparpotenzial wäre eine Viertelmilliarde Franken, aber statt es zu nutzen, fordert der RBS eine weitere Viertelmilliarde. Eine halbe Milliarde für einen Hundertsechzigstel des Schweizer Schienennetzes – das finde ich schlimm.

Wenn wir am 9. Februar nein sagen, ist das der Anfang vom Untergang des Bahnmodells Schweiz.

Das ist nicht wahr. Die Zürcher S-Bahn brauchte drei Abstimmungen, heute ist sie wunderschön. Bei Fabi müsste die Politik die Scherben zusammenwischen, nachdenken und dann ein Paket vorlegen, das nicht die Zustimmung zu einem Finanzierungsmodell mit Luxusbauten für 6,5 Milliarden Franken erkaufte. Bei dieser Vorlage ist der Anstand verlorengegangen: Wir können doch nicht bei einer Bahn alle fünfzig Meter eine Million fallenlassen.

Hans G. Wägli, 67, arbeitete vierzig Jahre in verschiedenen Positionen für die SBB, vom Stationsvorstand bis zum Pressechef. Sein Buch «Schienennetz Schweiz», der «Wägli», gilt als Standardwerk.



Prestigebau: Verkehrsdirektorin Barbara Egger.

Lösung der Kapazitätsengpässe im Bahnhof Bern noch bezüglich der Kosten und der Finanzierung Vorteile gegenüber der heutigen Lösung hatte». Auch beim Bundesamt für Verkehr erachtet man den Entscheid für einen Schmalspur-Tiefbahnhof als «nachvollziehbar». Alle Akteure verweisen auf ETH-Verkehrsexperte Ulrich Weidmann, der 2011 im Auftrag der Projektleitung von «Zukunft Bahnhof Bern» ein zweites Gutachten geschrieben hat. In diesem Gutachten erteilte Weidmann, anders als im ersten von 2009, der Berner Planung seinen Segen. «Die Variantenevaluation darf als robust betrachtet werden», schrieb der ETH-Professor. Das Gesamtkonzept sei «nicht revolutionär, aber zweckmässig».

Kontaktsperre gegen den Kritiker

Weidmann beurteilte in seinem zweiten Gutachten auch die «Variante Stieger», nachdem der Einbezug der Vorschläge des Ex-SBB-Mitarbeiters auf politischer Ebene gefordert worden war. Obwohl Weidmann im Gutachten Stieger attestiert, dass «seine Herangehensweise ganzheitlicher und konzeptioneller ist als die ersten Phasen der ZBB-Planung», kommt er doch zu einem vernichtenden Schluss. Die Nachteile in Stiegers Vorschlag seien «namentlich hinsichtlich Kosten und Realisierungsabfolge so offensichtlich, dass es sachlich richtig war, sie nicht in die Variantenevaluation aufzunehmen».

Wie von mehreren Seiten bestätigt, haben die Berner Projektleitung und ETH-Gutachter Ulrich Weidmann im Frühling 2011 beschlossen, den Kontakt mit Hans Stieger zu meiden. Alle Versuche Stiegers, mit den Verantwortlichen über den Ausbau zu diskutieren, wurden in der Folge abgeblockt. Hans Stieger sagt,



Ganzheitlicher Ansatz: Bahnhofplaner Hans Stieger.

Weidmann sei wegen der Kontaktsperre über seinen Projektvorschlag nicht aufdatiert gewesen und bei der Beurteilung seines Vorschlags von falschen Informationen ausgegangen.

In einem Telefongespräch sagt ETH-Experte Weidmann, er und die Projektverantwortlichen seien zum Schluss gekommen, dass es «nicht zielführend» sei, mit Stieger zu reden. Er habe die «Variante Stieger» in seinem zweiten Gutachten nur aufgrund der ihm vorliegenden Unterlagen beurteilt, sei aber sicher, Stiegers Vorschläge vollumfänglich erfasst zu haben. Auf die Frage, warum er ein Gespräch mit dem ehemaligen SBB-Fachmann sogar aktiv verhindert habe, bleibt es in der Telefonleitung lange still. Dann ringt der ETH-Professor hörbar um eine Antwort. Er habe «sicherstellen müssen, dass klar bleibe, welche Varianten im Gutachten zu beurteilen sind», sagt er dann. Weidmann spricht von möglichen «Kollateralschäden» eines Kontakts mit Stieger: «Ich musste vermuten, dass wir das Ergebnis des Gesprächs nicht gleich sehen würden.» Er verneint aber die Frage, ob er bei früheren Kontakten denn je schlechte Erfahrungen im Umgang mit Stieger gemacht habe.

Auf die Nachfrage der *Weltwoche*, ob die «Variante Stieger» im gesamten Planungsprozess je umfassend, ganzheitlich und auf gleicher Stufe wie andere Varianten abgeklärt worden sei, antwortet Weidmann mit «formell nein». Die Variante sei aber «inhaltlich» mehrfach «umfassend und seriös geprüft» worden.

Glaubhaft ist das nicht. Es kann nicht sein, dass die Kapazitätsprobleme der Schmalspurbahn RBS nur mit einem luxuriösen neuen Tiefbahnhof lösbar sein sollen, der für die Passagiere unpraktisch ist und zudem künftige Ausbauten für den nationalen und internationalen Bahnverkehr erschwert.

Realität ist vielmehr, dass die Berner Verkehrsdirektorin Barbara Egger einen Prestigebau verwirklichen will und zusammen mit den Verantwortlichen des RBS die Führung an sich gerissen hat – vermutlich auch in der Hoffnung auf fette Aufträge für das regionale Gewerbe. Die SBB und die Bundesbehörden schauen über die falsch gesetzten Prioritäten beim Ausbau des Berner Bahnhofs hinweg, um nicht persönlich bekannten Kollegen auf die Füsse zu treten. Dabei stört lediglich ein sachkundiger ehemaliger SBB-Fachmann, der die Fehlplanung verhindern will. Er wird deswegen zur *Persona non grata* erklärt und kaltgestellt. Der Gutachter der ETH spielt mit, möglicherweise aus Sorge um künftige Aufträge an sein Institut. Am Ende müssen die Steuerzahler, die Zugfahrer, die Automobilisten und alle anderen, die die Schweizer Eisenbahn finanzieren, für die immensen Mehrkosten geradestehen.

Es ist nicht erstaunlich, dass selbst eingefleischte Bahnfans wie der ehemalige SBB-Presseschef Hans Wägli der Fabi-Vorlage kritisch gegenüber stehen. ○



Milliarden auf den heissen Stein

Die Entwicklungshelfer des Bundes verteilten jahrzehntelang als Wohltäter viel Geld in aller Welt. Wer fragte, was sie damit bewirken wollten, erhielt kaum eine brauchbare Antwort. Jetzt schwindet ihre Selbstherrlichkeit. Es gibt Grund zur Hoffnung. *Von Markus Schär*



«Zahlreiche Projektsuren»: Kinder im Deza-Schwerpunktland Burkina Faso.



Verwalter eines Fürstentums: Deza-Direktor Martin Dahinden.



Schärferes Auge auf die Entwicklungshelfer: Micheline Calmy-Rey.

Unruhe, Misstrauen und Machtkämpfe vermelden die Medien: Was in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) vorgeht, gemahnt an Ränkespiele an einem Hof. Bis 2008 verteilte Deza-Direktor Walter Fust fünfzehn Jahre lang fast ohne Aufsicht Wohltaten für jährlich zwei Milliarden Franken in aller Welt, wie ein gnädiger Fürst oder zumindest wie der achte Bundesrat. Und sein Nachfolger Martin Dahinden verwaltete das Fürstentum seither weiter, weniger eigensinnig, aber ebenso unabhängig. Damit soll es vorbei sein.

Was bringen die Milliarden den Entwicklungsländern, aber auch der Schweiz? Das mochte bisher niemand richtig fragen. Martin Dahinden verblüffte letztes Jahr beim Vorstellen seiner Prioritäten mit der Aussage: «Grundsätzlich zielt die internationale Zusammenarbeit der Schweiz darauf ab, Resultate zu erreichen.» Das galt offenbar bisher in der Deza nicht als selbstverständlich. «In der Praxis war die Entwicklungszusammenarbeit häufig an Inputs und Prozessen orientiert», gab der Direktor zu. Das heisst: Die Spender aus der Schweiz schütteten das Geld für Brunnen, Schulen oder Fabriken aus – und kümmerten sich kaum darum, ob «die angestrebten Ergebnisse auch tatsächlich erreicht werden».

«Gewisse Grenzen»

Was bewirkten die Milliarden aus der Schweiz tatsächlich? Das fragten letztes Jahr nicht die Entwicklungshelfer, sondern die Finanzkontrolleure des Bundes. Sie überprüften als Feldforscher, was von vierzehn Projekten in Südafrika und Indien einige Jahre nach Abschluss geblieben war. Auf ihrer aufwendigen Mission konnten sie zwar überall noch «zahlreiche Projektsuren» feststellen, aber wenig nachhaltige Ergebnisse erkennen und die Zielerreichung kaum beurteilen, «da relevante Zielwerte und Parameter oftmals fehlen».

Das heisst: Die Schweizer gaben zumeist Geld, ohne zu fragen, was sie mit den Projekten erreichen wollten und wie es nach ihrem Ausstieg weitergehen sollte. So starteten sie 1997 ein Projekt, um in der südafrikanischen Provinz Ostkap die Qualität von 180 ländlichen Grundschulen zu heben, vor allem mit regionalen Multimedia-Zentren. Sie schlossen es 2005 ab, kurz darauf zog sich die Provinzregierung wegen fehlender Mittel zurück. «Das Gelernte ist bei den Begünstigten noch präsent», stellten die Kontrolleure fest. «Die Weitergabe des Gelernten an die nächste Generation ist jedoch ungewiss und primär personenabhängig. Insgesamt ist die Situation im Schulbereich in Ostkap immer noch unbefriedigend.»

Zwei indische Projekte gegen den Klimawandel finden sich als Vorzeigebispiele noch im aktuellen Prospekt zur «Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2013–2016»: «Ein energieeffizienter Backsteinofen, der in Indien erfolgreich getestet wurde, wird heute

auf drei Kontinenten vertrieben.» Und: «In Indiens energieintensiven Glasindustrie sowie Giessereien [Grammatikoriginal, Anm. d. Red.] fördert die Deza die Einführung sparsamer Technologien. Mit doppeltem Erfolg: Armutsbekämpfung verbindet sich mit einem substantiellen Beitrag zum Klimaschutz.» Die Kontrolleure machen beim Schönfärben allerdings nicht mit. In ihrem Bericht heisst es zum Backstein-Projekt: «Bei Projektabschluss [2006, Anm. d. Red.] waren die einzelnen Projektziele erst ansatzweise erreicht. So konnten die politische Anerkennung für diesen Industriezweig sowie die Arbeitsbedingungen nicht wesentlich verbessert werden.» Das Verfahren habe sich denn auch mit rund hundert Betriebsstätten «nur eingeschränkt» verbreiten lassen. Und zum Glas-Projekt hält der Bericht fest: «Hohe Investitionskosten, steigende Rohstoffpreise [...] sowie mangelnde staatliche Unterstützung zeigen sich als Hindernisse für eine weitere Ausbreitung von neuen umweltfreundlichen Technologien.» In den geförderten 650 Betrieben liess sich bis 2010 der CO₂-Ausstoss um 470 000 Tonnen senken: Das entspricht 0,03 Prozent des jährlichen Ausstosses in Indien, der 2010 um 58 Millionen Tonnen anwuchs.

Von nachhaltiger Entwicklung – «eine Erfolgsgeschichte» – lässt sich nur in Bezug auf The Energy and Resources Institute (Teri) sprechen, das die beiden Klimaprojekte begleitete und darüber hinaus ab 1995 aus der Schweiz direkt sechs Millionen Franken erhielt: Das Institut in Neu-Delhi wuchs von 150 Mitarbeitern auf 900 an, heute speisen es auch die EU, die Weltbank und viele weitere prominente Wohltäter. Was der Bericht verschweigt: CEO des geschäftstüchtigen Instituts war damals und ist noch heute der Eisenbahningenieur Rajendra Pachauri – seit 2002 auch Vorsitzender des Uno-Klimarates IPCC, selbstverständlich ohne Interessenkonflikte zwischen Mission und Business.

«Weil die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit vorwiegend kleinere Projekte von durchschnittlich 3 bis 5 Mio. Franken unterstützte, sind den Vorhaben in Bezug auf deren Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit gewisse Grenzen gesetzt», erkennen die Kontrolleure. Die Fragen stellen sich also: Aus welchen Gründen und für welche Ziele wurden gerade diese Projekte ausgewählt? Und was haben die Helfer in einem halben Jahrhundert Entwicklungszusammenarbeit aus solchen Projekten gelernt? Die Antwort fällt schwer, denn für viele Millionenprojekte gibt es, wie die Prüfer bemängeln, nicht einmal eine nennenswerte Dokumentation.

Der Eindruck von Beliebigkeit und Ziellosigkeit hält sich hartnäckig bei der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes, in die sich die Deza, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), vier weitere Bundesämter und sogar die Kulturstiftung Pro Helvetia, bisher kaum koordiniert, teilen. So unterstützt die Deza auch

eine Konzertreihe mit rumänischen Musikern, eine Studie über «Transferzahlungen und Immigration» von Kosovaren oder den Kampf von Migranten aus Südseeinseln, sich als Klimaflüchtlinge anerkennen zu lassen. Und sogar eine Online-Zeitung für Albaner in der Schweiz, auf der gemäss einer Anfrage von Nationalrat Lukas Reimann (SVP) «unter dem Deckmantel der Anonymität gegen Schweizer und Christen polemisiert wird».

«Stille Revolution»

«Alle Aussenpolitik ist Interessenpolitik», sagt aber inzwischen sogar Eduard Gnesa, als Sonderbotschafter für Migration in die Deza abgeordnet. Schon Ex-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) hat die Beschäftigung mit dem Fürstentum der Entwicklungshelfer schärfer ins Auge gefasst, Nachfolger Didier Burkhalter (FDP) zieht in der Sache die Zügel noch straffer an. «Es soll nur eine Schweizer Aussenpolitik geben», fordert Ständerat Felix Gutzwiller (FDP) als Präsident der Aussenpolitischen Kommission. Das setzt das Departement durch, indem es bis 2017 in fünfzig Ländern von Äthiopien bis Zypern die Kooperationsbüros der Deza mit den Botschaften zusammenlegt. Die Entwicklungshelfer hätten sich in den letzten Jahrzehnten an eine «Quasi-Aussenpolitik» gewöhnt, schrieb der Experte Jan Stiefel in der NZZ, seien «gern involviert» gewesen «in Policy-Dialoge aller Art mit Ministern, aber zunehmend entfernt vom eigentlichen Feld». Der Einbezug erscheine deshalb als logischer Abschluss eines Prozesses, den die Deza selber vorantreibt.

Die edlen Helfer im Fürstentum schiessen natürlich aus allen Rohren gegen die Reorganisation, unterstützt von Alliance Sud, dem Verbund der Entwicklungsorganisationen, und vor allem von Tamedia-Publikationen. Aber sie kämpfen auf verlorenem Posten. Direktor Martin Dahinden wird wegbefördert zum Botschafter in den USA; sein Nachfolger, seit November gesucht, soll seine Stelle gemäss EDA «im Sommer» antreten. Und für zwei Vizedirektoren, die nicht ganz freiwillig gingen, kommen vielversprechende Köpfe: Manuel Sager, derzeit Botschafter in den USA, arbeitete vorher für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und setzte sich in der Politischen Direktion des EDA für eine koordinierte Aussenpolitik ein. Und Pio Wennubst führte in Afrika eine Chemiefirma, stieg nach einem Agronomiestudium als Entwicklungshelfer in Tansania ein und sprach in den letzten Jahren für die Schweiz im Economic and Social Council der Uno in New York.

Eine «stille Revolution» fordert Pio Wennubst in einem Aufsatz. Bei der Uno brauche es «einen dramatischen Umbruch in der Perspektive»: eine Entwicklungspolitik über die Hilfe hinaus. Er kann, zurück in Bern, einmal damit anfangen. ○

Billigwohnungen für Millionäre

Gemeinnützige Wohnungen gelten als Mittel gegen steigende Wohnungsmieten. Doch wer profitiert? Eine Analyse in der Stadt Zürich zeigt: In den günstigen Staatswohnungen lebt das Establishment – Politiker, Beamte, Gutbetuchte. Die Stadtregierung sieht darin kein Problem. *Von Christoph Landolt*



Konkurrenzlos günstiger Mietzins: Sopranistin Nadelmann.

Noëmi Nadelmann ist frisch verliebt. Die 51-jährige Opernsängerin, bekannt aus Funk und Fernsehen, habe nach jahrzehntelangem Singledasein ihr Glück gefunden, berichtete die *Schweizer Illustrierte* Anfang Januar. Der «Mann ihres Lebens» sei Intendant der Opera Australia und lebe in Sydney. Dort liege auch die gemeinsame Zukunft des Paares.

Als die Sopranistin letzte Woche ein Flugzeug bestieg, war der Boulevard mit dabei: «Noëmi geht», titelte der *Sonntagsblick*. «Die Opernsängerin wandert nach Sydney aus», meldete «Glanz & Gloria». Doch die Meldungen sind übertrieben. Nadelmann bleibt in Zürich wohnhaft, in ihrer Altstadtwohnung im historischen Lindenhofquartier, fünf Minuten vom Hauptbahnhof entfernt.

Dank einer Homestory in der *Schweiz am Sonntag* ist über dieses Appartement vieles bekannt: Das Wohnzimmer gleicht «einem

Tanzsaal». Der Blick daraus «schweift hinunter zur Limmat, dann hinüber zum Niederdorf, zum Grossmünster, bis zum See». Aus der Küche führt eine Tür «direkt in einen verspielten Stadtgarten». Im oberen Stock befinden sich «ein Büro, ein Gästezimmer und ein kleiner Sitzungsraum, in dem an einer Stange 30 Abendkleider aufgereiht sind».

Nadelmanns privates Reich erstreckt sich über fünf Zimmer und 200 Quadratmeter. Teilen muss sie nur in den Semesterferien, wenn die neunzehnjährige Tochter, die in New York Fashion Design studiert, auf Heimatbesuch ist. Doch das Beste an der Wohnung sind die Eigentumsverhältnisse. Nadelmann musste ihre «Traumwohnung» (*Blick*) nicht selbst kaufen. Sie mietet sie von der Stadt Zürich, zu einem konkurrenzlos günstigen Mietzins. Sie bezahle der Stadt 3000 Franken pro Monat, sagte die Sängerin auf Anfrage der *Weltwoche*.

Auf dem freien Markt würden zweihundert Quadratmeter plus Garten an dieser Einsalage locker das Dreifache kosten. Warum kann Nadelmann so günstig wohnen?

Die Stadt bietet die meisten ihrer Immobilien zur sogenannten Kostenmiete an: Verwaltungs- und Unterhaltskosten, Rückstellungen für Renovationen und die Kapitalkosten sind gedeckt, doch auf Rendite wird verzichtet. Im Verwaltungsjargon spricht man in diesem Fall von einer «freitragenden Wohnung». Faktisch bedeutet das aber, dass die Stadt Zürich eine prominente und gutverdienende Opernsängerin auf Kosten der Steuerzahler Monat für Monat mit Tausenden von Franken beschenkt.

Staatseigene Wohnungen unter Wert zu vermieten, ist nur eine Form von Wohnsubventionen unter vielen. Viele Schweizer Städte und zunehmend auch kleinere Gemeinden versuchen, den Wohnungsmarkt zu beeinflussen. Doch kaum eine geht dabei so weit wie Zürich, das sich eines breiten Subventionsrepertoires bedient: Die Stadt gibt Land billig an Wohnbaugenossenschaften ab, verleiht günstige Darlehen oder kauft selbst Grundstücke auf.

Schreckgespenst Gentrifizierung

All diese Eingriffe dienen dem gleichen Ziel: eine drohende soziale Entmischung zu verhindern. Das Schreckgespenst, das umgeht, lautet Gentrifizierung (in Zürich «Seefeldisierung» genannt): Lasse man die Marktkräfte ungehindert walten, werde das Wohnen für die breite Masse unerschwinglich, fürchtet man.

Doch was nützen die Wohnsubventionen? Und wem?

Das Beispiel Noëmi Nadelmann zeigt, dass längst nicht jede Subvention die soziale Durchmischung fördert. Die Opernsängerin ist nicht die Einzige, die eine günstige Stadtwohnung belegt, obwohl sie auch auf dem freien Markt fündig würde.

Die *Weltwoche* berichtete im letzten Jahr über den Fall von CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Die Berufspolitikerin hat ein steuerbares Einkommen von 130 000 Franken (hinzu kommen etwa 60 000 Franken steuerfreie Pauschalspesen) und erbte kürzlich ein Mehrfamilienhaus am noblen Zürichberg, wodurch ihr Vermögen um gut zwei Millionen Franken wuchs. Dennoch belegt die alleinstehende und kinderlose Berufspolitikerin eine Dreizimmerwohnung an bester Lage, direkt an der Limmat.

Dank Kostenmiete muss Riklin der Stadt als Eigentümerin bescheidene 2300 Franken pro

Monat überweisen – marktgerecht wären 4000 Franken oder mehr. Dass die Politikerin auch einen höheren Mietzins verkräften könnte, beweist die Tatsache, dass sie in Castagnola TI direkt am Luganersee eine Zweitwohnung besitzt.

Riklin ist im denkmalgeschützten Haus in bester Gesellschaft: Zu den Mietern gehören auch der ehemalige Stadtbaumeister Franz Eberhard und der ehemalige Direktor des städtischen Wasserwerks, Hans-Peter Klein. Vormieterin von Riklin war die Witwe des früheren FDP-Stadtrats Burkhart. Bis zu ihrem Tod vor drei Jahren hatte auch die landesweit bekannte Alt-Stadträtin Emilie Lieberherr (SP) hier ihren Zweitwohnsitz. Öfter weilte sie mit ihrer Freundin im Landhaus im Rafzerfeld.

Am Dienstag machte der *Tages-Anzeiger* publik, dass die Stadtzürcher SVP-Gemeinderätin Hedy Schlatter meist in einer Villa im steuergünstigeren Uster weilt, wo sie auch angemeldet ist. Die ehemalige Wirtin versteuerte 2011 ein Vermögen von 6 978 000 Franken und ein Einkommen von 212 700 Franken. Dennoch belegt sie eine städtische Dreizimmerwohnung mit Seesicht. Miete: 1600 Franken.

Noch günstiger wohnt Daniel Vischer. Der grüne Nationalrat gehört zu den lautstärksten Kritikern der «Spekulation», er läuft sogar bei Demonstrationen mit, die eine weitere Verstaatlichung des Immobilienmarkts fordern. Vischer ist mit der Stadt als Vermieterin gut gefahren. Als junger Gerichtsmitarbeiter und Familienvater zog er 1986 in eine Vierzimmerwohnung.

Nachdem die beiden Kinder ausgeflogen waren, entschloss sich das Ehepaar Vischer vor drei Jahren, die Wohnung an eine junge Familie weiterzugeben. «Druck von der Stadt gab es nicht, wir haben es freiwillig gemacht», erklärt Daniel Vischer auf Anfrage. Die neue Wohnung hat drei Zimmer, ist 81 Quadratmeter gross und von «mittlerem Komfort». Sie gehört ebenfalls der Stadt und ist ein Schnäppchen: 1473 Franken. «Wir sind nicht wegen der günstigen Miete geblieben, sondern weil wir uns im Quartier verwurzelt fühlen», sagt Vischer, der



«Entscheide persönlich»: Vollenwyder (r.), Leupi.

inzwischen als Rechtsanwalt etabliert ist. «Ich wäre gerne bereit, auch mehr zu bezahlen.»

Nicht nur Politiker profitieren von den günstigen Konditionen der Stadt. Ein paar Schritte flussaufwärts von Riklin, an der Schipfe 39, ist Christine Vögeli angemeldet, die langjährige Partnerin von «Promi-Zahnarzt» John Schnell (86). Als die beiden im letzten Jahr heirateten,



Beste Lage an der Limmat: Kathy Riklin (CVP) ...

verkündete Schnell, seine Braut sei nun um «einige Millionen reicher» (*Weltwoche* Nr. 26/13). Das Paar pendelt zwischen Schnells Villa im noblen Kilchberg ZH und dem Ferienhaus in St. Moritz. Wie teuer die Zürcher Stadtwohnung ist, weiss Vögeli nicht genau: «Ich glaube, etwa 1200 Franken», sagt sie auf Anfrage.

Intransparente Wohnungsvergabe

Das eigentliche Problem liegt indes nicht bei den teils millionenschweren Profiteuren, sondern bei der Stadt, die dies zulässt. Zwar gibt es Kriterien für die Vergabe von Stadtwohnungen, die auf der Homepage der Liegenschaftenverwaltung für jedermann einsehbar sind: 1. Personenzahl: mindestens Anzahl Zimmer minus eins. 2. Miete und Einkommen müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. 3. Vorrang haben Personen, die mit Kindern zusammenleben.

Die Regeln lassen aber allerlei Ausnahmen zu: So dürfen «Freiberufler» – dazu zählt die Stadt auch Politiker – einen zusätzlichen Raum beanspruchen. Vermögen spielt keine Rolle, weshalb auch die Gattin des pensionierten Zahnarztes Anspruch auf eine günstige Wohnung hat. Ohnehin muss das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete nur zu Mietbeginn «angemessen» sein (was auch immer das bedeutet). Machen Mieter im Laufe ihrer Karriere einen Gehaltssprung, dürfen sie dennoch bleiben. Doch ist eine solche Vergabepolitik im öffentlichen Interesse? Dient sie dem erklärten Ziel, die soziale Durchmischung zu fördern?

Finanzdirektor Daniel Leupi (Grüne) spricht auf Anfrage von «Einzelfällen». Die städtischen Wohnungen seien ein «Erfolgsfaktor»,

die Wohnbaupolitik durch diverse Volkstentscheide breit abgestützt. Leupi ist überzeugt: «Das Gesamtsystem funktioniert.» Tatsächlich? Wohnen nur vereinzelt Gutsituierte in städtischen Wohnungen? Überprüfen lässt sich das nicht – Datenschutz. Nicht einmal die Parlamentarier erhalten von der Verwaltung Einblick in die Mieterlisten der städtischen



... wohnt in Zürich an der Schipfe.

Liegenschaftenverwaltung. Der langjährige FDP-Finanzvorsteher Martin Vollenwyder wehrte sich mit Händen und Füßen dagegen, in der gemeinderätlichen Rechnungsprüfungskommission Transparenz zu schaffen. «Über heikle Vergaben entscheide ich regelmässig persönlich», verkündete Vollenwyder – als ob der Verdacht der Günstlingswirtschaft und Willkür ausgeräumt wäre. Auch sein Nachfolger Leupi hat an der Geheimhaltungspolitik nichts geändert: «Ich sehe keinen Grund, diese Liste zu publizieren. Berechtigten Hinweisen gehen wir aber nach.»

Immerhin: Leupi hat der Verwaltung den Auftrag erteilt, das Mietreglement zu überprüfen. «Bis jetzt zählt tatsächlich nur die Situation bei Wohnantritt. Da gibt es einen gewissen Handlungsbedarf.» Das neue Reglement soll «Handlungsoptionen» bieten, wenn sich die Familien- und Vermögensverhältnisse der Mieter verändern.

Freisinnige Politiker kämpfen dagegen

Eine neue Generation von Freisinnigen mag sich nicht länger mit der intransparenten Wohnungspolitik abfinden. «Wir wollen, dass von öffentlichen Geldern jene profitieren, die darauf angewiesen sind», erklärt der junge FDP-Gemeinderatskandidat Pablo Bünger. Im Moment finde eine sinnlose Umverteilung vom Mittelstand zum Mittelstand oder sogar zu den Gutsituierten statt, sagt seine Parteikollegin Bettina Balmer. «Das hat mit sozialem Denken nichts zu tun.»

Die Freisinnigen haben mehrere Vorstösse lanciert. Sie forderten Einkommenslimiten und Mindestbelegungszahlen – und immer wieder Transparenz. >>>

Im Visier haben sie nicht nur die Stadt mit ihren insgesamt 6500 Wohnungen, sondern ganz generell die «staatlich gestützten Wohnbauträger». Gewichtiger noch als die Stadt sind nämlich die diversen Genossenschaften, die in Zürich 40 000 Wohnungen besitzen.

Genossenschaften sind Selbsthilfeorganisationen, die nicht nach Gewinn streben, sondern dem Wohl der Mitglieder dienen sollen. Doch das ist graue Theorie. In Zürich sind die Genossenschaften schon vor Jahrzehnten zu einem Vehikel der Wohnbaupolitik geworden, zu einer Art verlängertem Arm der Politik. Nur selten kommt es heute vor, dass Genossenschaften auf dem freien Markt Land erstehen. Meist hält ihnen die Stadt Boden zu.

Dabei fließen versteckte Subventionen. Besonders deutlich wurde dies vor eineinhalb Jahren im Stadtteil Höngg. Die Stadt besitzt dort ein Grundstück, auf dem hundert Familienwohnungen geplant sind. Zum Zug kamen zwei Organisationen: das Immobilienunternehmen HRS Investment und die Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals.

Während die kommerzielle Firma einen marktüblichen Baurechtszins von 3616 Franken pro Quadratmeter zu bezahlen hat, bekommt die Genossenschaft das Land für 648 Franken pro Quadratmeter – fünfeinhalbmals billiger. «Dabei ist bekannt, dass Genosschafter inzwischen ein höheres Median-Einkommen ha-



«Spekulation»: Nationalrat Vischer.

ben als Nichtgenosschafter», kritisiert FDP-Kandidat Dominique Zygmont.

Tatsächlich kommt nur ein Bruchteil der Subventionen den Schichten zugute, die am wenigsten für eine Bleibe bezahlen können. Eine Studie, welche die Stadt zusammen mit den Genossenschaften in Auftrag gegeben hat, zeigt: In Genossenschaftssiedlungen gibt es überdurchschnittlich viele Familien und überdurchschnittlich viele Haushalte mit mittlerem Einkommen. Schwach vertreten sind aber nicht nur vermögende Personen, sondern auch Arme, die keine Ersparnisse haben. Der Ausländeranteil ist um zehn Prozent tiefer als aus-

serhalb der Genossenschaften. Wenn es Ausländer hat, dann vor allem Südeuropäer mit C-Bewilligung. Für Nord- und Westeuropäer sowie Leute, die aus anderen Kontinenten stammen, ist es ungleich schwieriger, eine günstige Wohnung zu ergattern. Ihr Anteil ist nur halb so hoch wie ausserhalb. Alles in allem sind Genossenschaftsquartiere viel homogener zusammengesetzt als die Stadt selbst. Soziale Durchmischung sieht anders aus.

Noch mehr Siedlungen

Doch in Zukunft soll es noch mehr solche Siedlungen geben. 73 Prozent der Stadtzürcher Stimmbürger haben eine Initiative angenommen, die eine Erhöhung des Anteils von gemeinnützigen Wohnungen von heute 25 auf 33 Prozent verlangt. Der Stadtrat schätzt, dass dies 15,6 Milliarden Franken kosten dürfte. Die Genossenschaften haben eine Initiative eingereicht, die den Kanton zwingen soll, ihnen günstige Darlehen zu gewähren.

Da will auch der Bund nicht hintanstehen. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) will prüfen, ob der Bund Land für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen soll. Dabei könnte ihn ein Blick nach Zürich eines Besseren belehren. Wenn gemeinnützig draufsteht, muss das nicht bedeuten, dass tatsächlich die profitieren, die es nötig haben. ○

FILIPPO LEUTENEGGER

WAHL UMS ZÜRCHER STADTPRÄSIDIUM

CORINE MAUCH



DOPPELPUNKT SPEZIAL

LIVE IM MASCOTTE ZÜRICH
2. FEBRUAR 2014 - 11:00 BIS 12:00 UHR
JETZT ANMELDEN
DOPPELPUNKT@RADIO1.CH

Hochwasserschutz vom Binnenland

Ein Zürcher KMU hat ein vollautomatisches System entwickelt, das in Küstenstädten Überschwemmungskatastrophen mit Milliarden Schäden verhindern soll. Mit New York laufen bereits konkrete Verhandlungen, weitere Metropolen zeigen sich interessiert. *Von Alex Reichmuth*

So etwas möchte New York nicht noch einmal erleben. Im Oktober 2012 verwüstete der Hurrikan «Sandy» die amerikanische Metropole. Besonders stark betroffen von den Wasserfluten war das Herz der Stadt, das tief gelegene Manhattan. Das Hochwasser schwemmte Autos durch die Strassen und flutete die Gebäude von Weltkonzernen. Die Schäden gingen in die Milliarden Dollar.

Für Bürgermeister Michael Bloomberg war klar, dass New York seinen Schutz vor Überschwemmungen verstärken muss. Im letzten August empfing die Stadtregierung darum Vertreter der KWS System-Technologie AG aus Zürich. Das Unternehmen demonstrierte ein System, das schnell und effektiv vor Hochwasser schützt und kaum Platz beansprucht: Im Boden eingelagerte Elemente aus Stahl und Beton können bei drohenden Fluten per Knopfdruck hochgefahren werden und richten sich innert Minuten meterhoch auf, um die Wassermassen zurückzuhalten.

Klaus W. Scheibe, Gründer und Besitzer des kleinen Unternehmens, ist optimistisch, demnächst die Ufer Manhattans auf einer Länge von über zwölf Meilen mit dem von KWS entwickelten vollautomatischen System ausrüsten zu können – ein Milliardenauftrag. Für das Schweizer KMU spricht, dass sein Hochwasserschutz weltweit einzigartig ist und sich bisher bestens bewährt hat. Ausgerüstet wurde damit etwa die UBS-Filiale im Zentrum von Locarno; das Bankgebäude muss für den Fall geschützt werden, dass wieder einmal der Lago Maggiore über die Ufer tritt. In Deutschland haben Scheibe und sein Team unter anderem Aufträge für die Produktionshallen des Autobauers Porsche in Stuttgart gebaut.

Bestnoten vom Marktführer

Dass sich das Schweizer System auch für den Schutz ganzer Stadtteile eignet, ist nachgewiesen. Die Technische Universität Braunschweig hat getestet, ob die hochfahrbaren Elemente der Wucht von Wellen standhalten – mit positivem Resultat, wie die Universität gegenüber der *Weltwoche* bestätigt. Bestnoten gab es auch vom niederländischen Konzern Arcadis, weltweit eines der führenden Unternehmen im Bereich Hochwasserschutz. Arcadis ist sogar an einer Zusammenarbeit mit der Zürcher Firma interessiert.

Das Schlüsselerlebnis für seine Erfindung hatte Scheibe im Jahr 1997. Damals traten die Flüsse Oder und Neisse in Tschechien, Polen



«Riesenpotenzial»: Hochwasser in Hoboken, New Jersey, 2012.

und Deutschland über die Ufer und richteten Schäden in der Höhe von vier Milliarden Euro an. Im Fernsehen sah der Ingenieur und Projektmanager damals, wie Heerscharen von Soldaten Sandsäcke stapelten, um das Wasser von gefährdeten Stadtteilen fernzuhalten. «Es kann doch nicht sein, dass der Mensch zum Mond fliegt, aber beim Hochwasserschutz noch immer auf steinzeitliche Methoden setzt», sagte er sich. Von da an tüftelte er an einem System, das sich automatisch und innert Minuten hochfahren lässt. Zudem suchte er Partner in der Industrie, welche die Module bauen und installieren konnten, und organisierte das notwendige Kapital. Dass das alles ohne einen Rappen an öffentlichem Fördergeld möglich war, freut Klaus W. Scheibe besonders.

Sollte das Schweizer Unternehmen den Zuschlag bekommen, Manhattan in Zusammenarbeit mit Industriepartnern vor Hochwasser zu schützen, muss Scheibe massiv aufrüsten. Gerade einmal zehn Mitarbeiter hat seine Firma KWS derzeit – viel zu wenig, um ein solches Riesenprojekt zu stemmen. Doch der gebürtige Deutsche, der vor dreissig Jahren in die Schweiz eingewandert ist, hat vorgesorgt: «Wir haben bereits Vorverträge mit Personen abgeschlossen, die uns als Experten im Projektmanagement verstärken würden.» Was noch fehlt, sind Investoren, die bereit sind, das Firmenskapital

um einige Millionen Franken aufzustocken. Scheibe gibt sich zuversichtlich: «Unser System hat ein Riesenzugpotenzial.»

Erste Kontakte nach Asien

Der Bedarf ist gross: Die Anzahl Fälle von Zerstörungen, die tropische Stürme und Wasserfluten weltweit anrichten, nimmt ständig zu. Beliefen sich die versicherten Hochwasserschäden 1970 noch auf weniger als zwei Milliarden Dollar, waren es 2011 bereits fünfzehn Milliarden. Das hat – entgegen hartnäckigen Behauptungen – weniger mit dem Klimawandel zu tun als vielmehr damit, dass die Anzahl Sachwerte, die von Zerstörungen betroffen sind, rasant zugenommen hat. In Schwellenländern wird zudem vermehrt in den Küstenregionen gebaut, wo die Überschwemmungsgefahr besonders gross ist.

Setzt sich Klaus W. Scheibe in New York durch, sind Aufträge aus der ganzen Welt zu erwarten. Vor allem in Asien mit den vielen am Meer gelegenen Millionenstädten wie Mumbai oder Singapur sei der Bedarf an Hochwasserschutz gross, sagt Scheibe. Erste Kontakte hat er bereits aufgebaut, so etwa in der chinesischen Metropole Macau. Es könnte also sein, dass ausgerechnet ein Unternehmen aus dem Binnenland Schweiz der Welt zeigt, wie man sich erfolgreich vor Meeresfluten schützt. ○

So bastelt man einen Flüchtling

Weil Clinton* sich im Schweizer Exil politisch engagiert hat, darf der abgewiesene Asylbewerber aus dem Sudan nicht ausgeschafft werden. Der Fall zeigt exemplarisch, wie sich unechte Flüchtlinge mutwillig in Gefahr bringen, um ein Bleiberecht zu erzwingen. *Von Lucien Scherrer*



Die Profile der Asyl-Antragsteller gleichen sich: Demo von Flüchtlingen aus dem Sudan in Zürich, April 2013.

Es gibt Flüchtlinge, die sind eigentlich gar keine Flüchtlinge, weil sie in ihrer Heimat nicht verfolgt werden. Diese Emigranten brauchen eine gute Geschichte, wenn sie eine Chance auf Asyl haben wollen. Einige brauchen auch zwei gute Geschichten, wenn es mit der ersten nicht klappt. So ist es im Fall des Sudanese Clinton*, der 2004 in die Schweiz kommt. Hier erzählt er seinen Befragern, dass die arabische Dschandschawid-Miliz sein Dorf in der Provinz Darfur überfallen, seinen Vater getötet und sein Haus niedergebrannt habe, weshalb er leider keine Papiere mehr besitze.

Das Bundesamt für Migration (BfM) kauft ihm diese Geschichte nicht ab und lehnt seinen Asylantrag im Oktober 2004 ab. Denn es stellte sich heraus, dass sich der angebliche Darfur-Flüchtling in seiner «Heimat» weder geografisch noch politisch, noch meteorologisch auskennt. Ein Sprachtest bestätigt

schliesslich zweifelsfrei, dass Clinton nicht aus dem nördlichen Darfur, sondern aus dem Zentral- oder dem Ostsudan stammt, wo die Dschandschawid nicht aktiv ist.

Ein Aktivistenleben für die Galerie

Dennoch weilt Clinton bis heute in der Schweiz – und er wird auch bis auf weiteres bleiben dürfen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat nämlich kürzlich entschieden, dass eine Rückschaffung gegen das Verbot der Folter und der unmenschlichen Behandlung verstosse. Grund: Der 29-jährige habe sich im Schweizer Exil als Regimekritiker exponiert und laufe bei einer Rückkehr in seine Heimat Gefahr, verhaftet und gefoltert zu werden.

Tatsächlich ist nicht ganz auszuschliessen, dass Clinton im Sudan Probleme bekommen könnte. Denn Rückkehrer müssen gemäss Be-

richten von Hilfswerken damit rechnen, über etwaige politische Aktivitäten befragt zu werden. Dass Clinton politisch aktiv war, ist unbestritten. Das Kuriose an der Sache: Er hat selber – und wohl auch absichtlich – dafür gesorgt, dass ihm Gefahr droht.

Denn nachdem sein Asylgesuch 2005 durch alle Instanzen abgelehnt worden ist, legt sich der Afrikaner eine neue Geschichte zu – indem er plötzlich als Aktivist gegen die sudanese Regierung und für ein freies Darfur von sich reden macht. Obwohl ihn mit diesem Krisengebiet nachweislich wenig verbindet, tritt er der Darfur-Befreiungsbewegung SLM-Unity sowie dem «Darfur Friedens- und Entwicklungszentrum» in Uster bei, verteilt Flugblätter, nimmt an Demonstrationen und Konferenzen teil. Dabei lässt er sich filmen, mit hochrangigen SLM-Funktionären fotografieren und im Internet präsentieren.

Weil sich offenbar niemand bemüssigt fühlt, ihn auszuschaffen (die Behörden nehmen einfach an, dass er freiwillig ausgereist ist), lebt Clinton jahrelang unbehelligt in der Ostschweiz, bis er im Januar 2009 wegen illegalen Aufenthalts verhaftet wird.

Clinton kommt einer Ausweisung jedoch zuvor. Er stellt ein zweites Asylgesuch und lässt sich von der Advokatur Kanonengasse vertreten, einem auf Asylrecht spezialisierten Zürcher Anwaltsbüro, das dafür bekannt ist, Verfahren mit allen Mitteln zu verzögern und Bleiberechte zu erzwingen. Sein Anwalt, der gebürtige Sudanese Tarig Hassan, präsentiert neue «Beweise», dass sein Mandant eben doch aus Darfur sei, darunter eine plötzlich aufgetauchte «Geburtsurkunde» sowie eine Petition von zwanzig Darfur-Flüchtlingen, welche die längst widerlegten Behauptungen über seine Herkunft eidestattlich «bestätigten». Andererseits beruft sich Hassan auf subjektive Nachfluchtgründe. Unter diesen Begriff fallen im Asylrecht unter anderem politische Aktivitäten im Exil, die zu einer vorläufigen (und damit oft unbegrenzten) Aufnahme führen können, wenn jemand gemäss einem Grundsatzpapier des BfM «mit erheblicher Wahrscheinlichkeit» die Aufmerksamkeit der Behörden seines Heimatlandes erregt hat. Als Beleg dafür, dass man es mit einem profilierten und damit gefährdeten Exilpolitiker zu tun hat, reicht Hassan eine umfangreiche Dokumentation von Clintons Exilpolitiker-Leben ein: Fotos, Filme und Briefe von SLM-Funktionären.

«Inszenierung für die Asylbehörden»

Die Schweizer Behörden überzeugt das alles nicht. Für sie ist klar: Clinton war nie ein Flüchtling, und sein politisches «Engagement» ist reines Theater, um eine fiktive Gefährdung zu konstruieren. Das BfM lehnt seinen zweiten Antrag ab, ebenso das Bundesverwaltungsgericht (BVG). Dieses hält am 6. August 2012 fest, dass Clinton trotz nachgereichter Urkunde «definitiv nicht» aus Darfur stamme. Da er in Befragungen nur «rudimentäre» Kenntnisse über die SLM-Unity gezeigt habe, sei sein «angebliches politisches Engagement» als blosse «Inszenierung für die Schweizer Asylbehörden» zu werten. Aufgrund der gesamten Aktenlage vermöge er nicht «das Bild eines hochprofilieren Exilpolitikers für Darfur zu vermitteln», der seitens der sudanesischen Regierung als «ernsthafte Bedrohung» identifiziert werden könnte.

Dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das kürzlich anders gesehen hat, verdankt Clinton einem glücklichen Umstand. Im März 2008 gelingt es ihm, an einem Treffen zwischen sudanesischen Regierungsvertretern und Oppositionellen in Genf teilzunehmen, wo er fotografiert wird und einen Streit mit dem Bruder des sudanesischen Präsidenten vom Zaun reisst. Aufgrund der

beschränkten Anzahl Teilnehmer, so die Argumentation der Strassburger Richter, sei es für die Regierungsvertreter «relativ leicht» gewesen, einzelne Personen zu identifizieren. Obwohl der 29-Jährige im Exil «nicht sehr exponiert» gewesen sei, gebe es vor diesem Hintergrund «substanzielle Gründe» zur Annahme, dass er in seinem Heimatland als Oppositioneller bekannt und gefährdet sei. Alle anderen «Beweise» für Clintons Story taxierte auch der EGMR als «zweifelhaft» und «wertlos». Doch das spielt keine Rolle.

Ein BfM-Mitarbeiter spricht von «designten» Storys, die aus Textbausteinen bestehen.

Was vor Gericht zählt, ist einzig, ob die Richter eine Gefährdung bejahen – egal, wie offensichtlich jemand Theater spielt. Nach diesem Grundsatz hat auch das BVG schon manchen abschlägigen Asylentscheid des BfM gekippt. Im letzten Mai verhinderte es etwa die Ausweisung eines Sudanese, dessen Geschichte jener von Clinton aufs Haar gleicht: Dorf überfallen, Vater ermordet, Flucht in die Schweiz, dort akribisch dokumentiertes politisches Engagement, Kampf gegen abgelehnte Asylgesuche mit Hilfe der Advokatur Kanonengasse. Auch hier äusserte das BfM Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Antragstellers, die wegen dessen selbst verursachter Gefährdung jedoch obsolet wurden.

Dass vormals unpolitische Flüchtlinge nach abschlägigen Asylentscheiden plötzlich zu medial präsenten Aktivisten werden, ist ein bekanntes Phänomen. Insbesondere abgewiesene Iraner betätigten sich in den letzten Jahren zu Hunderten als Regimegegner, meist unter der Anleitung eines gewissen Dr. Madjid Moshayedi und seiner Demokratischen Vereinigung für Flüchtlinge (DVF), die wiederum mit der Advokatur Kanonengasse zusammenarbeitet. Die DVF organisierte regelrechte Demonstrationsrundfahrten, auf denen die Teilnehmer systematisch fotografiert wurden. Als die *Weltwoche* 2007 über Moshayedis Aktivitäten berichtete, erklärte das BfM, man beobachte zunehmend, «dass insbesondere rechtskräftig abgewiesene Personen mit exilpolitischen Aktivitäten gezielt eine Bedrohungslage für die eigene Person schaffen».

Die Masche zieht offensichtlich noch immer, wie der Fall Clinton beweist. Eine Statistik, wie viele Asylsuchende wegen subjektiver Nachfluchtgründe aufgenommen werden müssen, gibt es nach Auskunft des BfM nicht. Die Frage, welche Rolle Anwaltsbüros wie die Advokatur Kanonengasse bei der Konstruktion von Fluchtgründen spielen, ist umstritten. Ein langjähriger BfM-Mitarbeiter spricht von «designten», auf die Klienten zugeschnittenen Storys, die aus den immergleichen Text-

bausteinen bestehen. Die Advokatur selber weist diese Vorwürfe gegenüber der *Weltwoche* zurück. Man «konstruiere» nichts, sondern unterstütze Flüchtlinge lediglich dabei, ihre Bedrohungssituation «so gut wie möglich» darzulegen. Und: «Für politische Aktivitäten unserer Mandanten tragen wir keinerlei Verantwortung. Wir unterstützen sie nicht dabei und initiieren keinerlei solche Aktivitäten.»

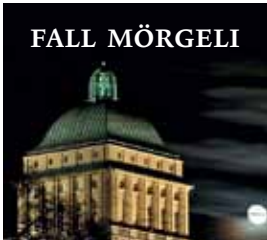
Sicher ist: Die Profile der Antragsteller gleichen sich, und sie ändern sich mit den Vorgaben der Gerichte. Seit einigen Jahren etwa gilt in der Rechtsprechung die Regel, dass politische Aktivisten eine «Kaderfunktion» in einer Oppositionsgruppe haben und sich öffentlich exponieren müssen. Die Folge: In Gruppen wie der iranischen DVF wimmelte es plötzlich von Kantonsverantwortlichen, Mediensprechern oder Leitern Logistik. Ein Trick, der auch in anderen Exilgruppen angewandt wird. So wird Clinton 2009 – just, als er sein zweites Asylgesuch stellt – zum «Menschenrechtsbeauftragten» der SLM-Unity ernannt, wobei er den Beamten des BfM später nicht erklären kann, worin seine Aufgabe eigentlich genau besteht.

Notfalls hilft die Flüchtlingskonvention

Gibt es Aussicht, dass diese Missstände behoben werden? Theoretisch ja, praktisch eher nein. Das Parlament hat in der laufenden Asylgesetzrevision beschlossen, subjektive Nachfluchtgründe zu beschränken. In Artikel 3 heisst es neu: «Keine Flüchtlinge sind Personen, die Gründe geltend machen, die wegen ihres Verhaltens nach der Ausreise entstanden sind und die weder Ausdruck noch Fortsetzung einer bereits im Heimat- oder Herkunftsstaat bestehenden Überzeugung oder Ausrichtung sind. Vorbehalten bleibt die Flüchtlingskonvention.» Dieser Vorbehalt ist entscheidend. Denn egal, ob jemand als «Flüchtling» definiert wird oder nicht – wer sich politisch betätigt und absichtlich in Gefahr bringt, wird sich künftig einfach auf die Flüchtlingskonvention berufen können. Diese besagt nämlich, dass Flüchtlinge nicht in ein Land ausgeschafft werden dürfen, wenn ihnen dort Verfolgung droht. Abhilfe könnte wohl einzig ein explizites Verbot von politischen Aktivitäten während des gesamten Asylverfahrens schaffen.

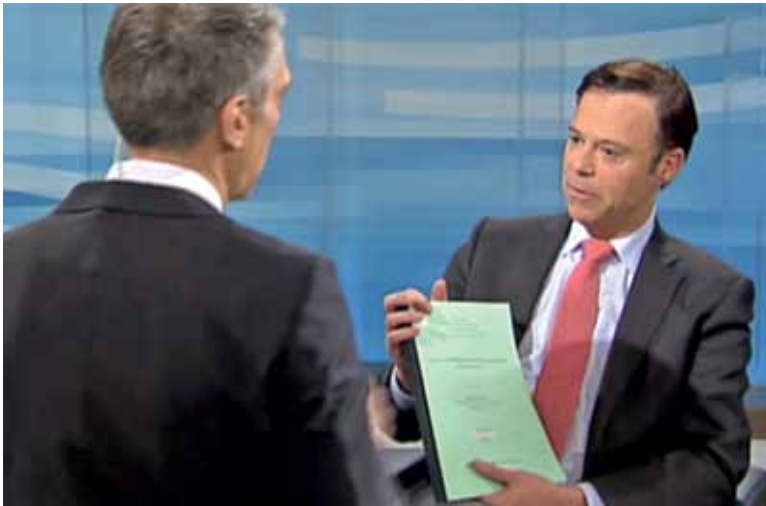
Doch selbst dieses Mittel dürfte beschränkte Wirkung entfalten. Denn im Asylwesen gibt es eine Regel: Funktioniert eine Geschichte nicht mehr, gibt es eine neue. So machte Anwalt Hassan kürzlich geltend, dass einer Äthiopierin (die angeblich Eritreerin ist) bei einer Rückerschaffung «frauenspezifische Fluchtgründe» wie «Zwangsheirat» drohten. Obwohl es dafür nach Ansicht der Behörden keine Anhaltspunkte gibt. Wenn die Frau ihr Verfahren lange genug verzögert, könnte ein Gericht eine Rückkehr irgendwann für unzumutbar erklären.

*Name geändert.



Manipulationskunst des SRF

Die «Rundschau» wirft Christoph Mörgeli vor, betrügerische Dissertationen «durchgewinkt» zu haben. Die Anschuldigungen entbehren jeder Grundlage. Was taugt Mörgeli als Wissenschaftler wirklich? Teil 8 der *Weltwoche*-Serie. Von Philipp Gut



Überraschende Wende: Mörgeli in der «Rundschau» vom 27. März 2013 (o. l.); Reporter Meschenmoser (u. r.).

Es geschah zu bester Sendezeit. Genau ein halbes Jahr nachdem die Universität Zürich den Medizinhistoriker und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli wegen einer auch in der Presse ausgetragenen Mobbingkampagne entlassen hatte, trat die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens nach. Am Mittwoch, den 27. März 2013, kurz nach 21 Uhr, schritt der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Sender zur «Exekution», wie es das linksliberale Wochenblatt *Die Zeit* ausdrückte, das nicht im Ruf steht, übertriebene Sympathien für Mörgeli oder dessen Partei zu haben.

Eine Exekution war es in der Tat. Und erst noch eine, die gespickt war mit Fehlern, Verdrehungen, dreisten Manipulationen.

Thema der Sendung waren einige von Mörgeli betreute Dissertationen. Bereits vorab behauptete Moderator Sandro Brotz, «blosse Übersetzungen» seien mit dem Dokortitel

belohnt worden, womit die Universität Zürich eine «neue Dimension» der Unwissenschaftlichkeit erreicht habe.

Der folgende, rund dreizehnminütige Filmbeitrag von Marc Meschenmoser wiederholte den zentralen Vorwurf, durch Transkriptionen – gemäss «Rundschau» «simples Abschreiben von alten Dokumenten» – seien mindestens ein Dutzend Doktoranden von Mörgeli «durchgewinkt» worden und hätten so einen Dokortitel erschlichen.

Betrüger als Kronzeuge

Das Schweizer Fernsehen stützte seine Anschuldigungen auf einen Hauptzeugen, der – ins Bild gesetzt als Schattenriss und stimmlich verfremdet – zu Protokoll gab, er habe seinen Dokortitel für «reine Übersetzungsarbeit» erhalten und wissenschaftlich «rein gar nichts» leisten müssen.

Dann eine überraschende Wende. In schroffem Widerspruch zum vorher Gesagten erklärte Reporter Meschenmoser nun plötzlich, die Transkription alter Originaldokumente, wie sie der anonyme Kronzeuge aufgetragen bekommen habe, sei «unmöglich, selbst für Doktoranden deutscher Muttersprache». «Unmöglich» sollte heissen: zu anspruchsvoll. Damit aber brach der Kernvorwurf allzu simpler und billiger Doktorarbeiten in sich zusammen. Eine Arbeit kann nach allen Regeln der Logik, die auch in den Fernsehstudios am Leutschenbach gelten, nicht zu einfach und zu schwierig zugleich sein.

Nach dieser widersprüchlichen Volte zündete die «Rundschau» eine vermeintliche Enthüllungsbombe. Der Hauptinformant gestand nämlich, er habe «gegen Bezahlung» jemanden engagiert, der die für ihn zu anspruchsvolle Transkription des historischen Dokuments übernahm.

Der Hauptzeuge des Schweizer Fernsehens ist demnach ein erklärter Betrüger, der alle arglistig täuschte – seinen Betreuer Christoph Mörgeli, dessen ehemaligen Vorgesetzten, Professor Beat Rüttimann, die Medizinische Fakultät, die Universität. Wer eine Doktorarbeit schreibt, ist verpflichtet, diese selbständig zu verfassen.

Der dubiose Kronzeuge des Schweizer Fernsehens behauptete weiter, Mörgeli habe haargenau gewusst, was ablaufe. Auf die Frage des Reporters, ob er ein Einzelfall gewesen sei, antwortete er: «Nein, es waren sehr viele Studenten, die so zum Dokortitel kamen.» Damit säte die «Rundschau» den ungeheuerlichen Verdacht, unter der Aufsicht und im Wissen von Mörgeli seien reihenweise betrügerische Doktorarbeiten fabriziert worden.

Träfe das zu, handelte es sich tatsächlich um einen handfesten Skandal. Doch das Schweizer Fernsehen blieb jeden Beleg für seinen rufmörderischen Vorwurf schuldig. Bis heute.

Die falschen Doktoren der «Rundschau»

Wie erfinderisch die «Rundschau» vorging, zeigt ein weiteres Beispiel. Die Fernsehmacher behaupteten auch, Mörgeli habe die Doktorarbeiten kaum auf ihren Inhalt, sondern lediglich auf die Rechtschreibung geprüft («Mörgeli korrigierte nur noch Schreibfehler»). Als vermeintlichen Beleg zitierten sie zwei Sätze aus einem Schreiben Mörgelis an einen Doktoranden: «Ich kann nicht jedes Wort selbst korrigieren. Ich müsste Sie bitten, alle Texte sorgfältig zu überarbeiten.» Dabei unterschlug die «Rundschau» den entscheidenden Nachsatz. In Tat und Wahrheit schrieb Mörgeli: «Ich müsste Sie bitten, alle Texte sorgfältig zu überarbeiten, sonst müssen wir das Dissertations-Projekt begraben.»

Der Brief belegt also das Gegenteil dessen, was die «Rundschau» tatsachenwidrig daraus gemacht hat: Mörgeli segnete die Arbeit nicht gerade *tel quel* ab, sondern er drohte damit, sie abzulehnen, falls nicht substanzielle Verbesserungen vorgenommen würden.

Obwohl der Filmbeitrag nur gut dreizehn Minuten dauerte, verbreitete er noch weitere, zum Teil schwerwiegende Fehler und Falsch-aussagen. So brachte die «Rundschau» fälschlicherweise die Zürcher Regierung ins Spiel – zweifellos, um auf diese Weise den dramatischen Eindruck zu verstärken, den sie mit allen Mitteln zu erzielen suchte. Dem Regierungsrat seien die von Mörgeli betreuten Dissertationen «schlicht zu wenig wissenschaftlich» gewesen, behauptete das Fernsehen. Deshalb seien sie aus der Forschungsdatenbank des Medizinhistorischen Instituts gestrichen worden.

Das ist Unsinn. Nicht die Zürcher Regierung – wie sollte sie nur? – liess die Dissertationen aus der Datenbank streichen, sondern Mörgelis Chef und Widersacher Flurin Condrau, der Direktor des Instituts. Und die Pointe kommt erst noch. Die «Rundschau» stützte ihre Behauptungen

auf zwei anonyme Kronzeugen, die angeblich an der Medizinischen Fakultät promoviert haben. Verschiedene Indizien legen nahe, dass dies nicht zutrifft. Der eine ist derjenige, der als Schattenbild gezeigt wurde. Beim andern handelt es sich um den versuchten Betrüger, der gestand, gegen Bezahlung eine Drittperson mit der Transkription betraut zu haben, die ihn so heillos überforderte. Die «Rundschau»-Macher haben die Aussagen der beiden vermischt und dem einen Worte des andern in den Mund gelegt, um die Spuren zu verwischen.

Ein von Professor Friedrich Rösing von der Praxis Forensische Anthropologie erstelltes Gutachten konnte indes den Schattenmann identifizieren («sehr wahrscheinlich identisch»). Auch mehrere ehemalige Kommilitonen wollen ihn zweifelsfrei erkannt haben. Und auch der zweite Zeuge ist aufgrund des in blauer Tinte geschriebenen Briefs mit dem unterschlagenen Zitat («sonst müssen wir das Dissertations-Projekt begraben») eruierbar.

Tatsache ist: Keiner dieser TV-Kronzeugen hat promoviert, beide sind mit ihren Projekten gescheitert. Die Hauptquellen, auf die sich die «Rundschau» beruft, um den Vorwurf geschenkter Dokortitel zu belegen, sind nicht Doktoren. Mörgeli konnte ihre Arbeiten also gar nicht «durchwinken».

Fazit: Die «Rundschau» führt die Zuschauer systematisch und nach allen Regeln telegener

Das Schweizer Fernsehen blieb jeden Beleg für seinen Vorwurf schuldig. Bis heute.

Manipulationskunst in die Irre. Und obgleich sich einer der angeblichen Doktoren in der Sendung selber als versuchter Betrüger outete, präsentierte ihn das Schweizer Fernsehen als glaubwürdigen Zeugen für die unbewiesene und rufschädigende Beschuldigung, Mörgeli habe mindestens ein Dutzend solcher betrügerischer Dissertationen abgenickt.

Darf der Schweizer Gebührensender ungestraft solche Unwahrheiten verbreiten? Offenbar schon. SRF-Direktor Ruedi Matter sah sich auf Ersuchen Christoph Mörgelis nicht veranlasst, Verantwortung zu übernehmen und eine interne Untersuchung einzuleiten. Vielmehr schob Matter den Ball der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu, bei der Mörgeli gleichzeitig Beschwerde eingereicht hatte.

UBI-Präsident Roger Blum, emeritierter Medienprofessor an der Universität Bern, kommentierte am Donnerstagmorgen, den 28. März, um 6.32 Uhr, die «Rundschau» vom Vorabend auf Twitter so: «Im Vergleich zu den von Mörgeli betreuten Dissertationen ist der Fall Schavan ein Klacks. Die Universität Zürich ist jetzt echt gefordert.» Zur Erinnerung: Die deutsche CDU-Politikerin und Bildungs-

ministerin Annette Schavan musste unter Schimpf und Schande zurücktreten, nachdem ihr der Dokortitel wegen Plagiats – also unerlaubten und undeklarierten Abschreibens – entzogen worden war.

Wie unabhängig ist eine unabhängige Beschwerdeinstanz, deren Chef sich öffentlich solche Fehlritte erlaubt? Zwar trat Blum bei der Beratung von Mörgelis Beschwerde wegen Befangenhait pro forma in den Ausstand, doch auch die restlichen UBI-Mitglieder lehnten die Beschwerde im Dezember 2013 ab. Mit acht zu null Stimmen.

Schliesslich gelang es der «Rundschau» trotz der zweifelhaften, manipulativen journalistischen Methoden, die Universität Zürich vor sich herzutreiben. Aufgeschreckt durch die Sendung, liess die Uni die Doktorarbeiten des Medizinhistorischen Instituts umgehend von einer internationalen Expertenkommission untersuchen. Diese kam zum kuriosen Resultat, sämtliche von Mörgeli betreuten Arbeiten seien genügend gewesen, die Betreuung dieser genügenden Arbeiten sei teilweise aber ungenügend ausgefallen. Es muss sich bei diesen Doktoranden um wahre Originalgenies handeln!

Natürlich haben diese Arbeiten nicht Phil-I-Niveau – wie etwa die Dissertation von Mörgeli selber. Aber das war auch nicht das Ziel. Das *Pièce de Résistance* des Medizinstudiums ist das Staatsexamen. Die Doktorarbeit beansprucht in aller Regel nur einige Monate, nicht Jahre wie in andern Fakultäten. Dass man Christoph Mörgeli – und nur ihm – daraus einen Strick zu drehen suchte, deutet auf Willkür hin, die letztlich politisch motiviert war.

Der Wissenschaftler erzählt

Die Frage bleibt: Was taugt Christoph Mörgeli als Medizinhistoriker wirklich? Mörgeli ist ein Schüler des Zürcher Neuzeit-Historikers Peter Stadler, geprägt hat ihn aber auch der Germanist und bekannte Thomas-Mann-Forscher Hans Wysling. Schon in seiner von Peter Stadler betreuten Dissertation aus dem Jahr 1986 über den liberalen Zürcher Politiker, Arzt, Botaniker und Bergpionier Johannes Hegetschweiler (1789–1839) zeigt sich das wissenschaftliche Profil Mörgelis: Er ist stark naturwissenschaftlich interessiert, arbeitet quellennah und versteht Geschichtsschreibung – wie seine Lehrer – immer auch als Akt des Erzählens.

Früh offenbart sich eine weitere Leidenschaft: Mörgeli präsentiert seine Forschungsergebnisse in einer Ausstellung in Stäfa am Zürichsee. Diese findet das Interesse von Urs Boschung, damals Konservator am Medizinhistorischen Museum der Universität Zürich und Mörgelis Vorgänger. Boschung übernimmt die Ausstellung des jungen Forschers, und als er später als Institutsdirektor nach Bern berufen wird, schlägt er ihn erfolgreich als Nachfolger vor. Mörgeli weckt die medizinhistorische Sammlung aus

dem Dornröschenschlaf im Uni-Turm und gestaltet an der Rämistrasse ein gutbesuchtes kulturgeschichtliches Museum.

Forschen für die Nachwelt

Daneben publiziert er fleissig: rund 33 Monografien, also selbständige Bücher, Hunderte von Aufsätzen, 40 Artikel im angesehenen «Historischen Lexikon der Schweiz» et cetera. Mörgelis gesammelte wissenschaftliche Publikationen füllen zwei grosse Reisekoffer, die je über dreissig Kilogramm wiegen. 1995 habilitiert er sich mit einer 814-seitigen Arbeit («Europas Medizin im Biedermeier anhand der Reiseberichte des Zürcher Arztes Conrad Meyer-Hofmeister»), die wiederum Typisches erkennen lässt: Mörgelis Interesse an historischen Originaldokumenten, die er für die Nachwelt zugänglich macht und sorgfältig kommentiert. Auch viele der Dissertationen, die er fortan betreut, dienen der Erschliessung der Schätze des medizinhistorischen Archivs.

Attraktiv aufgemachte und bebilderte Ausstellungskataloge machen medizinhistorische Themen für ein breiteres Publikum zugänglich. Der von seinen institutsinternen Gegnern erhobene Vorwurf, es handle sich hierbei nicht um Wissenschaft, ist nachgerade absurd. Auf der Grundlage granitsolider Forschung dienen diese Bücher dem vielgeforderten Wissenstransfer in die Gesellschaft. Dass Mörgeli auch



Wissenstransfer: Publikationen Mörgelis.

anders kann, zeigen seine Habilitationsschrift oder zahlreiche Fachaufsätze, wo manchmal vier Fünftel einer Seite aus wissenschaftlichen Fussnoten bestehen. Bei der Erforschung des kulturwissenschaftlichen Phänomens des Totentanzes zählt Mörgeli zur internationalen Spitze. Sein zusammen mit dem weltbekannten Zürcher Chirurgen Ugo Fisch verfasstes Buch «Mikroskop und Ohr» wird derzeit auf Chinesisch übersetzt, Übertragungen in verschiedene andere Sprachen liegen vor.

Nicht unwichtig auch: Mörgeli gelang es, über 3 Millionen Franken an Drittmitteln für

die Universität und das Medizinhistorische Museum einzuwerben. Dies auch dank seiner wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Medizinern und der pharmazeutischen Forschung.

Bemerkenswert bleibt schliesslich: Sein politisches Engagement beeinflusste Mörgelis akademische Tätigkeit überhaupt nicht. Als 2001 seine Ernennung zum Titularprofessor bevorstand, schrieb Mörgelis damaliger Chef Beat Rüttimann zuhanden der Beförderungskommission: «Obgleich sich Herr Mörgeli in den vergangenen Jahren in zunehmendem Masse als Kantonsrat, dann als Nationalrat politisch profilierte und exponierte, hat er sich mit Blick auf seine akademische Forschung und Lehre sowie die Dienstleistungen nicht verändert. Es gibt bislang nicht die geringsten Hinweise – konsequent überprüft vom Pressedienst und von der Leitung der Universität – für unscharfe oder gar durchlöchernde Grenzen zwischen Politik und universitären Verpflichtungen.»

Ganz anders die institutsinternen Gegenspieler: Sie hielten sich nicht an diese Trennung und drängten Mörgeli mit politischen Motiven aus der Universität. Allerdings mit Folgen auch für sie selber.

Nächste Ausgabe: Wie der Fall Mörgeli Kreise zieht, die Urheber der Intrige ereilt und selbst Uni-Rektor Andreas Fischer den Kopf kostet.



FM 93.6
RADIO DIE WELTWOCH

ROGER G E G E N ROGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM RESTAURANT SAAL, BAHNHOFSTRASSE 64 IN DÜBENDORF

3. FEBRUAR 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17:00 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

S V A L
RESTAURANT & BAR



Im Zeichen der Wurstigkeit

Wer einen Ausländerwitz macht, riskiert ein Gerichtsverfahren. Linke Aktivisten klagen linke Politiker und Komiker ein. Warum der Moralismus seine eigenen Kinder frisst.

Von Peter Keller

Manchmal entscheidet eine Wurst über Sieg und Niederlage. In der Endphase des deutschen Wahlkampfs forderte die Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion einen fleischlosen Tag pro Woche: Dieser «Veggie Day» sei eine wunderbare Gelegenheit auszuprobieren, «wie wir uns ohne Fleisch und Wurst ernähren».

Vegetarisch kochen sei mehr, als nur das Fleisch wegzulassen, klärte Renate Künast die Bevölkerung auf. Es sei auch positiv für das Weltklima. Da die öffentlichen Kantinen eine Vorbildfunktion hätten, müssten diese den «Veggie Day» zuerst umsetzen. So wollte es Künast, so wollten es die Grünen, aber nicht unbedingt die deutschen Wählerinnen und Wähler. Die Öko-Truppe wurde als Bevormundungspartei empfunden und an der Urne abgestraft: Statt Regierungsbeteiligung gibt's für die Grünen jetzt das harte Brot der Opposition zu kauen – ohne Wurst.

Nun ist ein «Veggie Day» an sich nichts Neues. In katholischen Gebieten gab es lange den fleischlosen Freitag. Ebenfalls aus höheren Motiven: Die Gläubigen übten bewussten Verzicht in Gedenken an jenen Karfreitag, an dem Jesus, stellvertretend für alle Sünder, am Kreuz sterben musste. Ein wurstloser Tag fürs Seelenklima sozusagen.

Keinen «Veggie Day», aber doch einen radikal anderen Speisezettel verlangen auch die Schweizer Grünen. In ihrem Massnahmenpapier zur Landwirtschaft fordern sie: «Weniger Fleisch, statt Klimawandel und Hunger.» Wer herzhaft in einen Cervelat beisst, sorgt also nebenbei für die Erderwärmung (Kühe furzen Methangas) und Hungertote in der Dritten Welt (weil dort lukratives Futtermittel für den Export produziert werde). Darum, so die Grünen, sei «der Konsum von Fleisch und anderer tierischer Produkte zu reduzieren».

Wer jetzt noch seinen Cervelat zu Ende isst, muss sich zumindest schuldig fühlen. Genau darum geht es: Mit dem schlechten Gewissen anderer haben die Moralisten seit je die besten Geschäfte gemacht. Die Grünen sind die neuen Priester. Wer kümmert sich heute noch um die katholische Sexualmoral? Aber wehe, du wirst zum Klimasünder. Der neue Beichtspiegel heisst «ökologischer Fussabdruck». In biblischen Bildern werden das Schmelzen der Polarkappen und andere Naturkatastrophen beschworen.

Wann immer der Moralismus zu mächtig wird, formiert sich der Trotz. Es war am ersten Fastensonntag 1522, als sich beim Buchdru-



Gesinnungsgenossen sehen es anders: Komiker Rocchi.

cker Christoph Froschauer eine illustre Gesellschaft zum Wurstessen einfand, darunter auch der Zürcher Leutpriester Huldrych Zwingli. Eine ungeheuerliche Provokation. Sie wurde publik, der Zürcher Rat leitete eine Untersuchung ein, Zwingli hielt mit einer Predigt dagegen, Gegner und Befürworter beschimpften und verprügelten sich. Ein Jahr später wurden sämtliche Fastengesetze aufgehoben. Einmal mehr ging es um die Wurst.

Frauen, Schwule, Delfine

Dass die Zwinglianer die Bevölkerung später mit allerlei «Sittenmandaten», Vorschriften, Bussen, Tanz-, Spiel- und Rauchverboten, drangsalierten, ist gar nicht so verwunderlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag: Die Rebellen von einst sind die Moralisten von morgen. Sobald sie selber an die Macht gelangen, geht die Sozialdisziplinierung weiter – einfach nach den eigenen Vorgaben.

So ist es auch bei den 68ern, die heute Verstösse gegen den links-grünen Katechismus ähnlich kleinkariert ahnden wie ihre Elterngeneration die freie Liebe und das Tragen langer Haare. Ob das spätmittelalterliche Wurstessen oder die Schmuddel-Aufklärungsfilmchen der 1970er Jahre: Provokationen gelingen dort am besten, wo die maximale Verklemmtheit herrscht.

Über die Sexualmoral der Kirche zu spotten, ist öde. Bei Witzen über Frauen, Schwule oder Delfine liegt schon mehr Dampf drin. Oder eben über Ausländer. «Stand Up Migranten» heisst die neue Generation von Secondos, welche die Comedy-Bühnen erobert und genüsslich in den Tabus wühlt: Leute wie der polnischstämmige Marek Fis oder der Deutschtürke Bülent Ceylan, momentan der erfolgreichste Komiker seines Genres.

Wer allerdings mit Ausländerklischees spielt, sollte besser einen Migrationsnachweis erbringen können. Sonst droht schnell einmal der Gang vor den Kadi. Der Berner SP-Stadtpräsident Alexander Tschäppät wurde gerade wegen eines Italienerwitzes angeklagt, der Kabarettist Massimo Rocchi wegen angeblich antisemitischer Äusserungen, und Birgit Steinegger droht ein Anti-Rassismus-Verfahren: Sie hatte sich in einem TV-Sketch zu einem ziemlich grellen Oprah-Winfrey-Verschnitt schminken lassen.

Was nicht ohne Ironie ist: Tschäppät, Rocchi und Steinegger sind dem linken Milieu zuzurechnen und damit quasi kraft ihrer politischen Herkunft und ihres Selbstverständnisses frei von jeglichen fremdenfeindlichen Ressentiments. Das sehen ihre Gesinnungsgenossen anders. Der Moralismus frisst seine eigenen Kinder. Guten Appetit. ○

Und was, wenn Roger Federer schwul wäre?

Thomas Hitzlspergers Coming-out erntete international Applaus. Ist das ein Beweis für Vorurteilslosigkeit? Oder eher für Heuchelei?

Von Beatrice Schlag

Vor zwei Wochen machte der ehemalige deutsche Nationalspieler Thomas Hitzlsperger seine Homosexualität öffentlich. Die Meldung ging um die Welt. Und sie gab endlos zu reden. Die Frage ist, warum.

Wen interessieren Hitzlspergers geschlechtliche Vorlieben? Zürich wählte eine Stadtpräsidentin, die kein Geheimnis daraus macht, lesbisch zu sein. Dass die Bürgermeister von Berlin und Paris homosexuell sind, war vor beider Ernennung bekannt. Die deutsche Polit-Talkerin Anne Will outete sich ebenso wie CNNs prominentester Anchorman Anderson Cooper und mehrere Schweizer TV-Moderatoren, unter ihnen Kurt Aeschbacher und Sven Epiney. Von Popgrößen wie R.E.M.-Sänger Michael Stipe oder Ricky Martin nicht zu reden. Ihre Bevorzugung gleichgeschlechtlicher Partner hat sie weder Job noch Fans gekostet. Warum erregt das Outing eines homosexuellen Profifussballers, dessen Karriere auf dem Feld beendet ist, mehr Aufsehen als die Homosexualität ungleich prominenterer und einflussreicherer Stars und Politiker? Wie lange wären die Medien ausser Atem, wenn Roger Federer morgen bekanntgeben würde, er sei schwul?

«Spielen nicht in einem Team sport»

Federer selber hat die Frage beantwortet. Im vergangenen April, nachdem sich Jason Collins als erster noch aktiver Profi-Basketballspieler der USA geoutet hatte, wollte ein Journalist von dem Schweizer und seinem schottischen Kollegen Andy Murray wissen, ob das auch im Spitzentennis denkbar wäre. «Ich glaube nicht, dass das ein Problem wäre», sagte Federer, «wir spielen nicht in einem Team sport und sind sehr offen. Ich weiss nicht, ob es schwule Tennisspieler gibt. Ich habe davon nie gehört. Aber nach dem, was in der NBA [National Basketball Association] geschah, könnte sich das ändern.» Murray war ähnlicher Meinung. «Es muss einige Spieler geben, die vielleicht schwul sind. Ich denke nicht, dass es ein Problem für den Tenniszirkus wäre.»

Gerüchte über die angebliche Homosexualität von Familienvater Roger Federer kursieren seit Jahren. Obwohl es dafür keinerlei Beweise gibt, glauben laut der Website www.schwul-oder-hetero.com bei einer Befragung über die Hälfte, er sei gay. Allerdings halten dort auch 71 Prozent Brad Pitt und 65 Prozent Barack Obama für homosexuell. Grossbritannien Ex-

Premier Tony Blair bringt es sogar auf 75 Prozent. Nur an Björn Borgs Heterosexualität mag kaum einer zweifeln. Wahrheitsgehalt: zu vergessen. Aber wer berühmt ist und gut aussieht, erfährt zunehmend, dass ihn Homosexuelle gerne als einen der Ihren sehen.

«Mann, ihr habt keine Ahnung»

Schauspieler George Clooney kann ein Lied davon singen. Seit Jahren wird er in den Medien verdächtigt, seine ständig wechselnden Freundinnen nur als Tarnung für seine Homosexualität zu benutzen. Im Gegensatz zu Tom Cruise, dessen Anwälte jeden vor Gericht zeren, der an seiner Heterosexualität zweifelt, hat Hollywoods stilsicherster und souveränster Star noch nie Klage erhoben. «Ich denke nicht daran, mich darüber zu empören», sagte Clooney in einem Interview mit dem Schwulen-Magazin *The Advocate*, «das wäre meinen guten Freunden in der Gay Community gegenüber nicht nur unfair, sondern auch unfreundlich. Ich werde nicht zulassen, dass

«Ich würde keinem Schauspieler, der auf eine Karriere hofft, zum Outing raten.»

der Eindruck aufkommen könnte, ich halte Schwulsein für etwas Schlechtes. Mein Privatleben ist privat, und ich bin damit glücklich. Wem schadet es, wenn jemand denkt, ich sei schwul? Mich kümmert das einen Dreck.»

Mit dieser Entspannung steht Clooney in der Filmwelt ziemlich einsam da. Während Fernsehstars in westlichen Ländern inzwischen wie Politiker ihre Homosexualität offenlegen können, ohne um ihre Karriere bangen zu müssen, gelten in Hollywood andere Gesetze. Mit Ausnahme von Rock Hudson, dessen Homosexualität 1985 erst kurz vor seinem Aids-Tod bekannt wurde, gibt es nicht einen einzigen offen homosexuellen Leinwandstar von Weltrang. Der unverschämt attraktive und hervorragende britische Schauspieler Rupert Everett war auf dem Weg, einer zu werden, als er sich zu Beginn der neunziger Jahre outete – eine Entscheidung, die er später bereute. In einem Interview mit dem *Observer* sagte er: «Tatsache ist, dass man in der Filmwelt bis heute als junger Homosexueller nicht durchkommt. Irgendwann läuft man gegen

eine Wand. Eine Weile klappt es, aber beim ersten Misserfolg bist du draussen. Ich würde keinem Schauspieler, der auf eine Karriere hofft, dazu raten.»

Film ist ein Business, das von Illusionen lebt. Dass leidenschaftliche Liebesszenen zwischen einer Schauspielerin und einem bekennend homosexuellen Schauspieler das Publikum irritieren könnten, ist nachvollziehbar. Ob es auch tatsächlich stimmt oder nur eine Angst von Hollywood-Produzenten ist, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, dass die Filmschauspielerei zu den seltenen Berufskategorien gehört, in denen Outing noch immer mit grossem Risiko verbunden ist. Die zweite Kategorie sind erfolgreiche Berufssportler.

Die Antwort auf die Frage, warum ausgerechnet im Sport, wo körperliche Leistung alles bedeutet und geschlechtliche Orientierung eigentlich nebensächlich sein könnte und müsste, ist wesentlich komplizierter zu beantworten, weil niemand gerne darüber nachdenkt. Denn es geht um hässliche, tiefsitzende Vorurteile und Ängste.

Alain Sutters Haarpracht

Das Gegenargument, im letzten Jahr hätten sich der puerto-ricanische Boxer Orlando Cruz und der britische Olympia-Turmspringer und Frauenschwarm Tom Daley geoutet, ohne dass ihnen dadurch Nachteile entstanden seien, sticht nicht. Warum, sagte Roger Federer in seiner Antwort: «Wir spielen nicht in einem Team sport.» Mit anderen Worten: kein Macho-Gerede in den Umkleidekabinen. Und vor allem kein gemeinsames Herumalbern unter der Dusche. Seien wir ehrlich: Woran denken wir als Erstes, wenn wir von einem schwulen Spieler im Massensport Fussball hören? Wir denken nicht daran, wie sie übereinander herfallen nach einem Tor. Wir hinterfragen uns schon seit Alain Sutters ständig wechselnder Haarpracht nicht mehr, ob die hingebungsvoll gestylten Frisuren von Fussballern möglicherweise anderes bedeuten könnten als nur Eitelkeit. Ihr Schmuck, ihre rasierten Achselhöhlen und gezupften Augenbrauen wecken keinerlei Assoziationen von Schwulsein. Was uns beim Thema Fussball und Homosexualität vor allem einfällt, ist das gemeinsame Duschen.

Der 26-jährige kalifornische Fussballprofi Robbie Rogers, der sich Anfang letzten Jahres



«Wir sind sehr offen»: Tennisstar Federer.



Männerfreunde: George W. Bush (l.), Tony Blair.



Spätes Outing: Thomas Hitzlsperger.

im Internet outete und gleichzeitig seinen Vertrag mit Leeds United auflöste, sagte über das Geschwätz in den Umkleidekabinen: «Ich erinnere mich an Spieler in England, die sagten: «Wenn Schwule mit uns duschen dürfen, wollen wir auch Girls hier drinnen haben.» Ich dachte «Mann, ihr habt keine Ahnung.» Ich habe mehr als mein halbes Leben lang mit Spielerkollegen geduscht. Nicht ein einziges Mal war es erregend. Das sind die Jungs aus deinem Team. An etwas anderes denkst du nicht.»

Nach einer mehrmonatigen Auszeit kehrte Rogers nach Kalifornien zurück und unterschrieb bei LA Galaxy, David Beckhams einstiger US-Mannschaft. Das macht ihn weltweit zum einzigen aktiven Fußballprofi, der offen schwul ist. Wie später Hitzlsperger erhielt er nach seinem Outing Unmengen von Gratulations-E-Mails. Zu seiner Enttäuschung war darunter nicht ein einziges von einem Fußballprofi, der sagte, er wisse, wovon die Rede sei. Bei seinem Antrittsspiel in Los Angeles im vergangenen Mai begrüßte ihn das Publikum, mehrheitlich Latinos, mit höflichem Beifall. Kein einziges schwulenfeindliches Transparent, keine beleidigenden Sprechchöre.

Political Correctness als Tarnung

Vermutlich wird es in Europa nicht anders sein, wenn irgendwann der erste noch aktive Fußballprofi nach seinem Outing den Rasen betritt. Was allerdings nicht zwingend bedeutet, dass sich die Fantasien in den Köpfen geändert haben. Weder im Publikum noch in der Umkleidekabine. «Meine Kollegen versuchen wirklich, mich zu unterstützen», sagt Rogers heute über sein Team: «Aber nach wie vor fallen manchmal sehr schwulenfeindliche Bemerkungen, die niemandem ausser mir auffallen. Dass es nur gedankenloses Rudelgeschwätz ist, macht sie leider nicht weniger verletzend.»

Das ist der Punkt: Homophobie lässt sich durch politisch korrektes Verhalten weitgehend tarnen. Aber um sie loszuwerden, falls man das überhaupt will, reicht es nicht, damit anzugeben, dass man auch ein paar schwule Bekannte hat. Man muss sie auch kennenlernen wollen. Sonst riskiert man, in gedankenlosen Momenten nicht besser zu klingen als Russlands notorisch schwulenfeindlicher Präsident.

«Bei uns sind nichttraditionelle sexuelle Beziehungen nicht untersagt. Wir verbieten lediglich Propaganda für Homosexualität und Pädophilie», sagte Wladimir Putin vor wenigen Tagen auf dem russischen Olympia-Gelände. «Schwule sollen sich in Sotschi ruhig und wohl fühlen. Aber lasst die Kinder in Ruhe, bitte.» Aber lasst die Kinder in Ruhe? «Ist der Unterschied zwischen Homosexualität und Pädophilie nicht bis Moskau durchgedrungen?», würde man gerne brüllen. Aber bei genauerem Nachdenken ist er auch in der nahen Umgebung noch nicht wirklich angekommen. ○

Im Untergrund der Heiligen Stadt

Jerusalem ist die Stadt der Städte, Schrein dreier Weltreligionen und Schauplatz des Jüngsten Gerichts. Doch ist sie auch der Quell für 3000 Jahre Kampf und Wahnsinn. Wer den Mythos der «Heiligen» ergründen will, muss absteigen in Höhlen, Tunnel und Gruften. *Von Urs Gehrig*

Es ist ein Ort von berauscher Schönheit, aber auch von schrecklicher Vulgarität. Für einige liegt hier der Nabel der Welt und die Heimat von Gott selbst. Für andere ist Jerusalem das beste Argument gegen jegliche Religion. Keine Stadt der Welt wurde öfter attackiert, besetzt, verwüstet als Jerusalem. Keine Stadt ist derart in Blut getränkt wie «die Heilige». Doch je öfter sie zerstört wurde, desto stärker wurde sie begehrt, verehrt und angebetet – von Juden, Christen und Muslimen gleichermaßen.

«Nur Jerusalem existiert zweimal: im Himmel und auf Erden», schreibt Simon Sebag Montefiore, der brillianteste Biograf der Heiligen Stadt unserer Zeit. Ungern fahren wir dem Maestro in die Parade, doch es muss gesagt sein: Jerusalem existiert nicht zwei-, sondern sogar dreimal, im Himmel, auf Erden und im Untergrund. Wer die Stadt bei Tageslicht erkundet, wird geblendet durch Licht und Leute. Nirgendwo lässt sich besser erkennen, was die Stadt im Innersten zusammenhält – und auseinandertreibt –, als in ihren Höhlen, Tunnels und Gruften.

Ausgangspunkt sei die Klagemauer, Ground Zero des Nahostkonflikts. Betende Juden an der achtzehn Meter hohen Wand. Darüber betende Muslime in der Al-Aksa-Moschee. Weiter oben, auf dem Tempelberg stand das wichtigste Heiligtum des Judentums. Zweimal wurde

es zerstört, zuerst durch die Babylonier, dann durch die Schwerver der Römischen Reichs.

«Diese Steine haben ein menschliches Herz», sagt Shmuel Rabinowitz, Rabbiner an der Klagemauer. «Durch sie vereint sich der Mensch mit dem Schöpfer der Welt. Als König Salomon den Tempel erbaute, bat er darum, dass jedes Gebet, das hier verrichtet wurde, von Gott erhört werde.»

Doch die heiligen Klagesteine sind nichts mehr als die Reste einer Aussenmauer eines längst zerstörten Tempelbezirks. Sie haben mit dem Allerheiligsten des zerstörten jüdischen Tempels so wenig zu tun wie – um eine profane Analogie zu bemühen – das Eisengitter des Buckingham Palace mit dem Thron der Queen. Oder die Seitenmauer der Nationalbank mit ihrem Goldtresor. Warum beten Juden an dieser Stelle? Die Antwort liegt unter der Erde.

Ein paar hundert Meter von der Klagemauer entfernt, inmitten der zerklüfteten Gassen des muslimischen Viertels, steigen wir ein in den Untergrund. «Schlüsselherr» und Lotse durch die Unterwelt ist Uzi Dahari, Vizedirektor der Israel Antiquities Authority (IAA), der zweithöchste Archäologe des Landes. Es tropft von der Decke. «Lecke Abwasserleitungen in der Nachbarschaft», sagt Dahari. Da bei der Bevölkerungsdichte der Altstadt dauernd jemand duscht, wäscht oder kocht, rinnt es stellenweise bachartig aus der jahrhundertealten Steindecke.

Nach ein paar Treppenwindungen sind wir zwanzig Meter unter Tag, eine gigantische Steinmauer zieht sich vor unseren Augen entlang eines schmalen Gangs. «150 Meter von hier», Daharis Hand schnell nach Süden, «ist die Klagemauer.» Was sich vor uns vier Meter an die Decke türmt, ist die Fortsetzung der jüdischen Gebetswand. Draussen Gedränge. Hier Stille. Man hört die eigenen Schritte hallen.

Gemessen an der Geschichte Jerusalems, ist dieser Tunnel blutjung. Kaum hatten die Israeli 1967 Jerusalem erobert, machten sie sich auf die Suche nach verschütteten Spuren jüdischer Vergangenheit. Im Fokus: der Tempelbezirk. Vor knapp 2000 Jahren waren sie von hier vertrieben worden. Seit dem 7. Jahrhundert herrschen Muslime diverser Provenienz über die Kultstätte, die sie als al-Haram as-Scharif («das edle Heiligtum») verehren.

Charmeoffensive von Herodes

Nach dem Sechstagekrieg kehrten die Juden als Sieger in die Stadt zurück. Sie weinten und tanzten vor den Steinen, die ihnen Welt und Gottes Reich bedeuten. Doch um den Konflikt mit den Muslimen nicht zu einem weiteren Krieg eskalieren zu lassen, untersagte Israels Regierung jegliches Graben unter dem Tempelbezirk.

Als Erstes räumten sie die Fläche vor der Klagemauer, um Platz für die Betenden zu schaffen. Dann begannen sie, die Fortsetzung der Mauer zu erkunden. Spatenstich um Spatenstich entdeckten sie Bauwerke der letzten 2000 Jahre: von Hasmonäern, Byzantinern, Umayyaden, Fatimiden, Mamelucken, Osmanen – zwanzig Jahre hatten sie gegraben, dann war die Mauer über die volle Länge von 485 Meter freigelegt.

«Schaut diesen Stein an!», ruft Dahari. «Sagenhafte 13,6 Meter ist er lang, 3,5 Meter hoch, 4,5 Meter tief und so schwer wie 160 Elefanten.» Der Gigant trägt den wenig logischen Namen «Klagestein» und ist einer der schwersten Gegenstände, die jemals von Menschen ohne moderne Maschinenkraft bewegt wurden. «Wie brachten sie ihn hierher?» Dahari zuckt mit den Schultern. «Wir haben nicht auf alles eine Antwort.» Wer ihn anschleppen liess, ist allerdings verbrieft: Herodes (73 – 4 v. Chr.), Roms Klientelkönig.

Blutrünstig, machtrunken, unerbittlich, war er Jerusalems ureigene Mischung aus Henry VIII. und Stalin. Aber dieses Monster hatte vorzüglichen Geschmack. Und er hatte eine Vision.



«Herr, wir sind gekommen»: Eine Christin betet in der Grabeshöhle.



Mehrere Monate Wartezeit: Frauen in der Gebetsnische an der Tempelmauer.

Er wollte Jerusalem so glorios wiedererbauen, wie es einst unter König Salomon gewesen war. Bis auf den Felsen trug er den zweiten Tempel ab und errichtete ein Weltwunder: Achtzig Jahre dauerte die Bauzeit. Ganze Zedernwälder liess er aus dem Libanon anschleppen.

Er baute nicht aus Frömmigkeit, Kalkül war sein Antrieb, um Feinden Ehrfurcht einzu-

flössen und im eigenen Volk Sympathie zu erheischen. Als Nichtisraelit war er echten Juden suspekt. Daran änderte auch seine durch Prunk veredelte Charmeoffensive nichts. Herodes war selbst bei seinen eigenen Söhnen verhasst. Er ermordete, wer ihm gefährlich zu werden drohte. Doch ehe der Tempel fertig war, ereilte ihn selbst der Tod, in grausigster

Form: Fäulnis bei lebendigem Leib. Sein Bauch schwoll grotesk an, Hoden und Penis eiterten, in die stinkenden Exkreme legten Fliegen Eier, und daraus schlüpften, zum Horror aller und Herodes' selbst, Würmer. Er starb in schrecklichem Schmerz.

Archäologie als Fortsetzung der Politik

Bald nach Herodes' Tod erlosch auch das Licht im jüdischen Tempel. Im Jahr 70 liess Kaiser Titus die Mauern schleifen, zum zweitenmal mussten die Juden ins Exil. Wer in den nächsten 1900 Jahren den Weg zurück nach Jerusalem fand, klagte sein Leid an besagter Mauer. Doch seit einigen Jahren gibt es eine Alternative. Sie liegt in einer feuchten Nische auf halber Länge des Tunnels.

In schummrigem Licht drängen sich fünf Frauen, einige auf Plastikstühlen sitzend, das Gebetsbuch in der Hand. Hinter der Nischenmauer befand sich einst der Eingang zum Allerheiligsten. Vor rund 900 Jahren mauerten die Kreuzfahrer dieses Tor zu. Obwohl zwischen den Frauen und dem einstigen Kultzentrum eine unbezwingbare Barriere aus neunzig Meter Stein und Fels liegt, beten sie in ekstatischer Trance.

Wer hier beten will, muss seine Pilgerreise nach den Launen der Behörden richten. Die Wartezeit beträgt mehrere Monate. Geografisch gesehen, ist die neue Gebetsnische der nächste Punkt zu der Stelle im Fels Moriah, wo nach jüdischem Glauben Gott die Welt erschaffen hat. Wo Abraham seinen Sohn Isaak

**«Diese Steine haben ein Herz.
Durch sie vereint sich der Mensch
mit dem Schöpfer der Welt.»**

opfern wollte. Und wo nach muslimischer Lehre Mohammed auf dem Rücken einer Eselstute in den Himmel aufstieg. Heute ragt über jener Stelle die goldene Kuppel des Felsendoms, das Wahrzeichen Jerusalems.

Die Freilegung der herodischen Westmauer brachte unzählige neue Fakten über Geschichte und Geografie des Tempelbergs an den Tag. Immer noch heben Uzi Daharis Kollegen Schätze aus dem Erdreich. «Hier schlummert unser neuester Fund», Dahari tippt auf eine Holztür: «eine kleine Weltpremiere.» Exklusiv für die *Weltwoche* schliesst er die Pforte auf.

Über Holztreppe, zwischen Lüftungsrohren und elektrischen Kabeln steigen wir in die Tiefe. Es öffnet sich ein quadratischer Raum, erbaut aus Steinquadern unter gewölbtem Dach. «Noch laufen die Abklärungen», sagt Dahari, doch er glaubt, die Identität des Neufunds zu kennen. «Ein Nymphäum, erbaut um rund 100. v. Chr.» Nymphenheiligtümer sind gewöhnlich über einem Brunnen oder einer Quelle errichtet worden – für das wasserarme antike Jerusalem eine Kostbarkeit höchster Güte. >>>

Weiter geht's entlang der Westmauer in Richtung Norden. «Hier vor den Toren des Tempels hat sich der Markt befunden.» Wir stehen auf dem Originalpflaster von damals. Hier muss es gewesen sein, wo Jesus die Tische der Geldwechsler umstürzte.

Dem Tunnel entstiegen, kreuzen wir die Spuren Jesu ein zweites Mal. «Via Dolorosa» steht auf dem Schild der engen Gasse. Von Ost nach West zieht sie sich dem Nordende des Tempelbergs entlang. Hier soll Jesu, Kreuz geschultert, Dornenkrone auf dem Haupt, ausgepeitscht worden sein, bevor ihn römische Soldaten in Richtung Golgatha getrieben haben.

Jerusalem – al-Kuds – «die Heilige» – war nie eine Stadt des Friedens. Seit Archäologen den Untergrund systematisch umpflügen, hat sich die Stimmung in der Stadt zusätzlich verschärft. Als Israels Premierminister Benjamin Netanjahu 1996 den Durchstich des Klammertunnels medienwirksam feierte, glühten die Palästinenser vor Zorn. Bei Scharmützeln im Westjordanland und Gaza starben 54 Palästinenser und 14 israelische Soldaten.

In einem Land, wo jeder Stein als heilig gilt, finden sich Archäologen rasch in der Rolle als Handlanger und Sündenböcke der Politik. Nichts bringt die muslimische Seele zum Kochen wie ein Spatenstich in der Nähe ihres Heiligtums. Regelmässig behaupten Muslime, israelische Archäologen würden ihr Heiligtum penetrieren. «Wir graben nicht unter dem Tempelberg», versichert Dahari. «Nie.» Umso grösser war der Aufschrei, als Premier Sharon 2000 mit einem Tross über den Tempelberg stolzierte. Eine wohlkalkulierte Provokation, die die zweite Intifada auslöste.

Wie Helena das Grab Jesu fand

Während Muslime und Juden atemlos von einem Streit in den nächsten schlittern, verhalten sich christliche Pilger bei Ankunft in der Heiligen Stadt wie verzückte Jungfrauen. Die Christen, die nur kurz über die Stadt herrschten, sind seit jeh besonders empfänglich für alles, was im Entferntesten mit dem Leben und Leiden Jesu zu tun hat.

Unmittelbar nach dem Opfertod am Kreuz auf Golgatha, wo sich nach christlichem Glauben das Schicksal Jesu erfüllt hat, verschwindet auch Gottes Sohn in den Untergrund, wo seine Mystik erst recht an Fahrt aufnimmt. Seine Anhänger gaben ihm ein typisch jüdisches Begräbnis, sie legten ihn in ein Felsengrab und versiegelten den Eingang mit einem grossen Stein. Drei Tage später war er verschwunden, gen Himmel aufgestiegen.

Die Christen hielten die Tradition ihrer heiligsten Stätte im Erdreich aufrecht. Selbst als an diesem Ort ein heidnischer Tempel stand, schlichen Christen in die Grabeshöhle und hielten ihn als christlichen Schrein am Leben. Einige verewigten sich mit Inschriften im Fels: «Domine ivimus» – «Herr, wir sind gekommen».

Im vierten Jahrhundert wurde ganz Jerusalem vom Kult mit dem Epizentrum Grabeshöhle erfasst. Die Religion der Stadt wurde ausgetauscht durch die Laune eines aussergewöhnlichen Mannes, Konstantin den Grossen. Er war ein rauer, harter Soldat, der sich zur Macht emporschlug. Doch Jerusalem profitierte von seiner Brutalität. Er schickte seine Mutter Helena aus, auf dass sie die Stadt zu neuer Blüte erwecke.

Vor allem aber war sie fest entschlossen, das Grab Jesu zu finden. Damit nicht genug. Sie suchte auch nach der Stelle der Kreuzigung und sogar nach dem Kreuz, das sie auch bald gefunden haben will. Damit nicht genug der Wunder: Eine Holztafel fand sie noch dazu, mit der Aufschrift «Jesus von Nazareth, König der Juden» und die Kreuzigungsnägel – die echten, versteht, –, welche sie, nebst einem Stück des Originalkreuzes, ihrem Sohn sandte, der sie in das Zaumzeug seines Pferdes einarbeiten liess.

Wo das Tor zum Himmel steht, kann auch die Pforte zur Hölle nicht weit sein.

Kein Archäologe kann sich mit der Erfolgsquote Helenas messen. Von nun an wollte die ganze Christenheit unbedingt die heiligen Reliquien haben, und so spross bald ein ganzer Wald von Splittern des «wahren» Kreuzes.

Helenas Kreuzfund war möglicherweise eine spätere Erfindung, fest steht jedoch: Sie hat die Stadt für immer verändert. 326 liess sie auf dem Ölberg jene Kirche errichten, die heute den Namen Grabeskirche trägt. Die Christen vereinnahmten viele der Traditionen der Juden. Sie zügelten sie einfach: Adams Schädel, Abrahams Altar, sogar das Zentrum der Erde verschoben sie vom Tempelberg in die Grabeskirche.

Über mehrere Stockwerken beherbergt sie heute mehr als dreissig Kapellen, die katakombenähnlich neben- und übereinander verschachtelt sind. Sechs christliche Konfessionen – Katholiken, Griechisch-Orthodoxe, Armenier, syrische Jakobiner, Äthiopier und Kopten – teilen sich Kirche und Kollekten.

Auch das jahrhundertalte Gezänk um Jerusalem fand Abbild in der Grabeskirche. Unter



«Er hat nur 98 Franken gekostet – inklusive Parkbusse.»

den christlichen Glaubensrichtungen entflammte bald ein erbitterter Streit, wer wann wo in der Grabeskirche beten durfte. Zwar gibt es keine Zäune und Gitter, aber die Demarkationslinien sind genau definiert. Selbst das Reinigen ist ein Akt der Macht. Nur das beanspruchte Territorium darf geschrubbt werden. Wer die Grenzen seines Territoriums mit dem Waschlappen auch nur um Millimeter überschreitet, signalisiert einen Besitzanspruch, der einen folgenreichen Konflikt auslösen kann. 1840 eskalierte ein Streit um Bet-Rechte derart, dass Mönche mit Waffen und Säbel unter dem Talar aneinandergerieten, vierzig Menschen wurden getötet.

Die komplizierten Besitzverhältnisse erschweren bauliche Massnahmen massiv, da jede Veränderung eine Verletzung des Status quo verursachen könnte. So steht zum Beispiel eine längst nutzlos gewordene Holzleiter an der Fassade über dem Hauptportal. Sie diente im 19. Jahrhundert den Mönchen zum Einstieg in die Kirche, wenn die Tore behördlich geschlossen waren. Seit vielen Jahrzehnten laufen Bestrebungen, sie zu entfernen, doch ist es nicht geregelt, wer dazu befugt wäre.

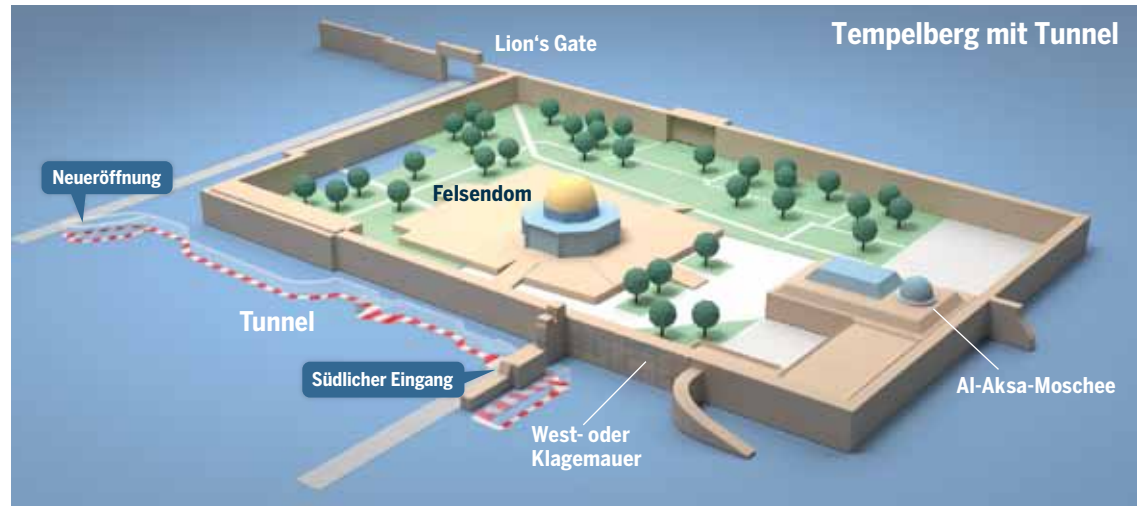
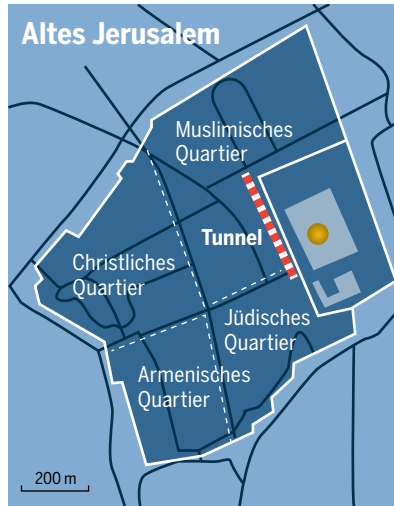
Ein ähnliches Schicksal droht dem Fries über dem Hauptportal. «Wir haben ihn vor ein paar Jahren restaurieren lassen», erzählt Chefarchäologe Dahari. «Als wir ihn am alten Ort wieder befestigen wollten, wollte niemand die Einwilligung geben – aus Angst, man würde bei einer anderen Partei Argwohn schüren, der in einen handfesten Streit ausufern könnte.» So lagert das Original im Rockefeller Center, dem Hauptquartier der Archäologen. Bis auf weiteres.

Da erweist sich ein Erlass Sultan Saladins geradezu als Weisheit von seherischer Qualität. Er übergab die Schlüsselgewalt über die Grabeskirche an die muslimische Aristokratenfamilie Nussaiba. Ihre Nachkommen schliessen noch heute jeden Morgen die Haupttüre auf. Sonst blieben die Pforten aufgrund des endlosen Gezänks wohl ewig verschlossen.

Wo das Tor zum Himmel steht, kann auch die Pforte zur Hölle nicht weit sein. Der Abgrund öffnet sich wenig ausserhalb der Stadtmauern Jerusalems, im Hinnomtal. Im Altertum diente dieses tiefe Tal als Mülldeponie. Aus dem Tal stieg oft Rauch empor. Er stammte jedoch nicht bloss von brennendem Abfall. Im Hinnomtal baute der jüdische König Manasse einen Rost – einen Opferaltar, auf dem er Kinder verbrennen liess.

Nach der assyrischen Eroberung Israels und der umliegenden Stadtstaaten an der Küste im siebten Jahrhundert vor Christus diente sich Manasse als treuer Vasall Syriens an. Brutal schlug er in Jerusalem jegliche Opposition nieder, heiratete eine arabische Prinzessin und widmete sich fleissig dem Götzendienst, wobei er sogar «seinen Sohn durchs Feuer gehen» liess, wie die Bibel festhält. Während die Kinder verbrannten, schlugen angeblich Priester Trommeln, um die Schreie

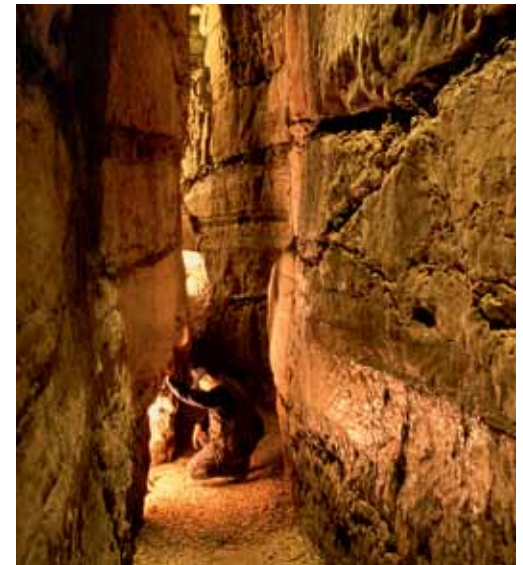
Die Heilige Stadt



Ground Zero des Nahostkonflikts: die vier Quartiere der Altstadt (l.) vor dem Tempelberg.



Kalkulierte Provokation: Premierminister Ariel Sharon schreitet über den Tempelberg.



20 Meter unter Tag: Tunnel an der Tempelmauer.

der Opfer wegen deren Eltern zu übertönen. Dank Manasse wurde aus dem Hinnomtal nicht nur ein Ort des Todes, sondern Gehenna, die «Hölle» der jüdischen und später auch christlichen und islamischen Mythologie.

Gehenna scheint nicht auf das grausige Tal beschränkt. Regelmässig hat sich der Höllenschlund bis in die Stadtmauern hinein geöffnet. Nicht nur die Tempelzerstörer Nebukadnezar und Titus, jeder Eroberer machte aus Jerusalem aufs Neue einen Ort der Apokalypse. Doch je heftiger die Hiebe, desto stärker keimte bald wieder die Liebe zu dem mystischen Ort. Mit jedem Schwertstich verdoppelte sich Jerusalems Anziehungskraft.

Das Jerusalem-Syndrom

Der Nächste, der in den Bann Jerusalems geriet, war ein Kaufmann aus Mekka. Seitdem der muslimische Prophet Mohammed im siebten Jahrhundert just jenen Fleck zum Heiligtum seiner jungen Religion erklärt hatte, an dem König Salomon den ersten jüdischen Tempel errichtete, wetteifern alle drei mono-

theistischen Religionen um denselben Flecken Erde. Und lassen die ganze Welt erzittern.

Je verfahrener der Streit auf der Erde, desto heftiger entbrennt der Streit unter dem Boden. Solange im Untergrund archäologische Schätze schlummern, wird nach ihnen gegraben, in der Hoffnung, einen Beweis für den eigenen Besitzanspruch zu bergen. Kein Monat vergeht, ohne dass sich ob einer Tonscherbe oder einem Knochen ein Zwist entflammt. Jeder Spatenstich, jeder Hackenhieb, jedes Besenkehren wird zum Politikum.

«Unsere Richtlinien sind Fakten», insistiert Uzi Dahari. «Mit allem gebührenden Respekt für meinen Beruf als Archäologe sage ich: Die Vergangenheit kann die Zukunft nicht bestimmen.» Doch in der aufgeladenen Stimmung flackern die Nerven, Frömmigkeit kippt in Fanatismus, und Fanatismus ist Nährboden für Gewalt.

«Jerusalem hat die Angewohnheit, Eroberer wie auch Besucher zu enttäuschen und zu quälen», schreibt Simon Sebag Montefiore. Der Gegensatz zwischen der realen und der himm-

lischen Stadt ist so schmerzlich, dass die psychiatrische Klinik der Stadt alljährlich gut hundert Patienten aufnimmt. Ihr Krankheitsbild hat einen Namen: Jerusalem-Syndrom, eine Geistesstörung, die sich aus Erwartung, Enttäuschung und Wahn speist.

Der russische Dichter Nikolai Gogol litt an dem Fieber. «Nie war ich im Herzen so unzufrieden wie in Jerusalem», notierte er Jahre später. Doch nicht alle ziehen zwar seelisch ausgezehrt, aber friedlich von dannen. Einige irren durch die Gassen in fester Überzeugung, sie seien Maria Magdalena oder Johannes der Täufer. Und es gibt auch jene vom Kaliber Michael Rohans. Der australische Tourist verübte 1969 in religiösem Wahn sogar einen Brandanschlag auf die Al-Aksa-Moschee.

Wer einmal in den Untergrund Jerusalems abgetaucht ist, wird Israels Starautor Amos Oz recht geben, der die Heilige Stadt eine «schwarze Witwe» nennt, «die ihre Männchen auffrisst, während diese noch in ihr zu Gange sind».

Simon Sebag Montefiore: Jerusalem. Die Biografie. Fischer, 2012. 875 S., 24.90 Fr.



Kein einziger Anschlag gegen Assads Truppen: Dschihadisten bei Aleppo.

Der Höllenstaat des Isis

Syriens Rebellen haben sich zusammengeschlossen, um ausländische Al-Qaida-Kämpfer aus ihrem Land zu vertreiben. Sie finden immer mehr Hinweise, dass Präsident Assad mit den Terroristen kooperiert.

Von Kurt Pelda

«Sie haben mich an Handschellen an der Decke aufgehängt, bis ich ohnmächtig wurde.» Anwar zeigt Narben an seinen Handgelenken, da, wo das Metall in die Haut schnitt. «Dann traktierten sie mich mit einem Elektrokabel, dessen eines Ende sie ihn eine Steckdose gesteckt hatten. Mit dem anderen brannten sie mir Löcher in den Körper.» Der 28-jährige Syrer krepelt den Ärmel seines Pullovers hoch und zeigt zwei Brandnarben im Oberarm. In der Folterkammer des «Islamischen Staats im Irak und in Grosssyrien» (Isis) roch es nach verbranntem Fleisch.

Anwar, ein Revolutionsaktivist der ersten Stunde, wurde beschuldigt, für die CIA und den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 gearbeitet zu haben. Im zum Gefängnis und Isis-Stützpunkt umfunktionierten Kinderspital von Aleppo, wo er eine Zeitlang festgehalten wurde, waren auch die im letzten Juni entführ-

ten französischen Journalisten Didier François und Edouard Elias eingesperrt, zusammen mit einem dänischen Reporter. «Dem Dänen haben sie ein Auge ausgeschlagen. Sie beschuldigten ihn, ein russischer Spion zu sein. Der schlimmste Folterknecht war ein Ägypter, und die Männer, die im Hintergrund die Befehle gaben, kamen fast alle aus dem Irak.»

Die Bärtigen hatten Geld

Anwar hatte Glück, er konnte fliehen. Dutzende von Häftlingen brachten die Terroristen dagegen vor kurzem um, als sie aus dem Kinderspital flüchten mussten. Andere Rebellen, die etwa 300 Gefangene aus den Kerkern im Krankenhaus befreien wollten, fanden nur noch deren Leichen – im frischen Blut. Die westlichen Geiseln hatte der Isis offenbar noch rechtzeitig weggebracht, wahrscheinlich in die Provinzhauptstadt Raqqa 170 Kilometer weiter östlich.

Der Isis errichtete ein «Kalifat», das von der irakischen Westprovinz Anbar bis zur syrisch-türkischen Grenze reichte. Jedem, den die Extremisten für einen Ungläubigen oder einen westlichen Spion hielten, drohte Entführung, Folter und am Schluss ein qualvoller Tod. Heiligenschreine der muslimischen Sufi-Sekte zerstörten die Fanatiker genauso wie Kirchen oder Moscheen von Schiiten. Selbst einen mächtigen uralten Baum fällten die Isis-Kämpfer, weil ihn die Einheimischen angeblich wie einen Götzen verehrt hatten. Die traditionell gemässigten syrischen Muslime verabscheuten die ausländischen Terroristen. Die aber hatten viel Geld und ein hervorragendes Spionagenetzwerk. Sie galten als unbesiegbar, obwohl sie mit maximal 10 000 Kämpfern nicht besonders zahlreich waren.

Als der Isis sich mit einer Offensive im Irak zu stark verzettelte, erhob sich Anfang Januar

eine Koalition aus gemässigten bis hin zu radikalislamischen Rebellen. Es kam zur Jagd auf bärtige Ausländer. In einer bisher einmaligen, offenbar koordinierten Aktion vertrieben die Rebellen den Isis aus vielen Hochburgen. Die Fäden zogen angeblich die Geheimdienste der Türkei und Saudi-Arabiens. Die Dschihadisten flüchteten in Gebiete nordöstlich von Aleppo, wo sie sich reorganisierten, um den Rest ihres Mini-Kalifats zu verteidigen. Erst vor wenigen Tagen rächten sie sich in Dscharabulus an der Grenze zur Türkei, indem sie die abgeschnittenen Köpfe gemässigter Rebellen auf Gitterstäbe aufspiessten.

Anwar hatte zu jenen Syrern gehört, die – enttäuscht vom Ausbleiben westlicher Hilfe – noch bis zum letzten Sommer ausländische Dschihadisten mit offenen Armen empfangen. Obwohl er sich einen langen Bart wachsen liess, war er nicht so religiös wie seine extremistischen Gäste, unter ihnen zwei Deutsche. Zweifel überkamen ihn selbst dann nicht, als einer der beiden drohte, ihm die Kehle durchzuschneiden, falls er nicht endlich ein guter Muslim werde. Nur wenig später begann Anwars Reise durch den syrischen Gulag. Anwar war schnell klar, dass die Aktionen des Isis nur einem nützten: Baschar al-Assad. «In den Kerkern des islamischen Staats befanden sich vor allem Revolutionsaktivisten, regierungsfeindliche Journalisten und Rebellen der Freien Syrischen Armee. Dabei geben die Dschihadisten vor, gegen Assad zu kämpfen. Warum aber sperren sie dessen erbittertste Gegner ein?»

Assad oder al-Qaida

Die Exilopposition, unter dem Dach der Syrischen Nationalen Koalition mehr schlecht als recht vereint, beschuldigt das Regime, extremistische Zellen in der Rebellenbewegung gefördert zu haben. Das Ziel: den Westen vor die Alternative Assad oder al-Qaida zu stellen. Der türkische Aussenminister Ahmet Davutoglu sagte kürzlich, zuerst bombardiere das Regime Rebellengebiete aus der Luft, in die anschliessend der Isis einrücke. «Was wir sehen, ist eine offene Kooperation.» Allerdings hat Ankara mit seiner Beide-Augen-zu-Politik massgeblich dazu beigetragen, dass die Dschihadisten die Türkei lange als Transitzone für Kämpfer und Nachschub benutzten.

Es ist schwierig, harte Beweise zu finden, dass Damaskus den Isis instrumentalisiert. Die Rebellen sagen, sie hätten iranische Visa in Pässen von Dschihadisten gefunden, was auf Verbindungen zu Assads Hauptsponsor in Teheran hinweise. Doch dafür kann es auch andere Erklärungen geben. Tatsache ist, dass sich der Isis feige in den rückwärtigen Gebieten der Rebellen festsetzte, ohne sich in grösserem Ausmass am Kampf gegen Assads Truppen zu beteiligen. Als die Dschihadisten im letzten Sommer ins Grenzgebiet zur Türkei vorrückten, wollten sie vor allem Obamas angekündigte

Aufrüstung gemässigter Rebellenformationen verhindern. Ein privater Auftragnehmer von CIA und MI6, der damals von der Türkei nach Syrien reiste, um die Waffenlieferungen zu koordinieren, meint, die Aktion sei ein Fehlschlag gewesen. «Wegen der Präsenz des Isis konnten wir in den meisten Gebieten nicht einmal daran denken, die Rebellen zu bewaffnen.»

Als Assads Armee im November die strategisch wichtige Stadt Safira bei Aleppo eroberte und einen Nachschubkorridor für ihre belagerten Soldaten in Aleppo öffnete, glänzte der Isis bei den Abwehrkämpfen durch Abwesenheit. Der Fall Safiras war bisher eine der schlimmsten

Assads Geheimdienste hatten schon vor Jahren Tuchfühlung mit den Qaida-Terroristen.

Niederlagen für die Rebellen. In der Weihnachtszeit, als Assad die Rebellenviertel von Aleppo aus Hubschraubern bombardieren liess und mehr als 500 Menschen tötete, wurde das gut sichtbare Isis-Hauptquartier nebenan seltsamerweise ausgespart. Jetzt, da die Rebellen den Isis weitgehend aus Aleppo und den Gebieten westlich davon vertrieben haben, reagierten die Dschihadisten mit zwei Dutzend Selbstmordattaken. Kein einziger Anschlag richtete sich gegen Assads Truppen, die bei Aleppo still vorrücken und die Stadt umzingeln wollen. In einer Audiobotschaft fragte Isis-Chef Abu Bakr al-Baghdadi rhetorisch, wie es möglich sei, dass man seine Kämpfer beschuldige, die Bevölkerung zu terrorisieren und mit dem Regime zusammenzuarbeiten. In Wirklichkeit profitiert vom «Islamischen Staat» aber in erster Linie das Regime.

Eine Partnerschaft zwischen Isis und Damaskus wirkt auf den ersten Blick absurd. Wer die Geschichte von Guerillakriegen studiert hat, kennt aber Fälle, in denen Regierungen Rebellen mit Agents provocateurs spalteten oder in Misskredit brachten. So instrumentalisierte Algeriens Militärgeschichtsdienst in den neunziger

Jahren den Groupe Islamique Armé (GIA), der offiziell gegen das Regime in Algier kämpfte und seine Gegner auf ähnlich bestialische Weise umbrachte wie der Isis heute. Aus dem GIA ging «al-Qaida im islamischen Maghreb» hervor. Mit dem GIA konnte Algier nicht nur die islamistische Opposition diskreditieren, sondern sich gegenüber Frankreich und den USA als Partner im Kampf gegen al-Qaida aufspielen.

Alles begann im Irak

Seit langem ist das Assad-Regime in den internationalen Terrorismus verstrickt. Die Kontakte umfassen das ganze Spektrum, von linksextremen Organisationen bis zu Islamisten. Laut dem gewöhnlich gutinformierten Magazin *Intelligence Online* manipulierte das Assad-Regime zum Beispiel die radikalislamische libanesische Splittergruppe Fatah al-Islam, die Verbindungen zu syrischen Al-Qaida-Ablegern hatte.

Die Vorläuferorganisation des Isis, der Islamische Staat im Irak (ISI) des Al-Qaida-Terroristen Abu Mussab al-Sarkawi, entstand nach der US-Invasion im Irak von 2003. Die Verbündeten Iran und Syrien fühlten sich durch die Präsenz Washingtons bedroht und unterstützten bewaffnete Gruppen, die gegen die Amerikaner kämpften. In einer durch Wikileaks ans Licht gekommenen Depesche der US-Botschaft in Bagdad aus dem Jahr 2009 wird ein Treffen zwischen dem amerikanischen Viersternegeneral David Petraeus und dem irakischen Premierminister Maliki beschrieben. Petraeus sagte, Damaskus spiele ein gefährliches Doppelspiel. Syrien schliesse beide Augen, wenn es um die Aktivitäten von «al-Qaida im Irak» auf seinem Territorium gehe. Assads Schwager und Geheimdienstchef Assif Schaukat, der 2012 einem Bombenanschlag der Rebellen zum Opfer fiel, wusste laut Petraeus bestens über das ISI-Netzwerk Bescheid, das Dschihadisten und Selbstmordattentäter durch Syrien in den Irak schleuste. Assads Geheimdienste hatten somit schon vor Jahren Tuchfühlung mit den Al-Qaida-Terroristen.

Viele Syrer, die mit dem ISI im Irak gekämpft hatten, wurden später in ihrem Heimatland ins Gefängnis gesteckt. Kurz nach Ausbruch der Revolution im März 2011 erliess Assad eine Amnestie. Irak-Kämpfer und andere Fanatiker wurden auf freien Fuss gesetzt, nicht aber die säkularen politischen Gefangenen. Was machten die Freigelassenen als Erstes? Sie gründeten die radikalsten aller Rebellenbrigaden und begannen, die anfänglich säkulare Revolution in einen Aufstand der Islamisten umzupolen. Mit einem gewissen Recht konnte Assad nun behaupten, er führe Krieg gegen al-Qaida. Der syrisch-deutsche Schriftsteller Rafik Schami schrieb dazu in einem Essay: «Gefangene Islamisten wurden freigelassen und über den Geheimdienst bewaffnet, damit sie zu Verwirrung, Spaltung und Chaos führen. Im Chaos ist die Diktatur die bestorganisierte Kraft.» ○



Vogelgrippe

«Why me? – Warum ich?»

Vor den Augen der Welt entschied sich innert einer Stunde das Leben dreier Eisprinzessinnen. Die fatale Geschichte von Tonya Harding, Nancy Kerrigan und Oksana Bajul.

Von Peter Hartmann

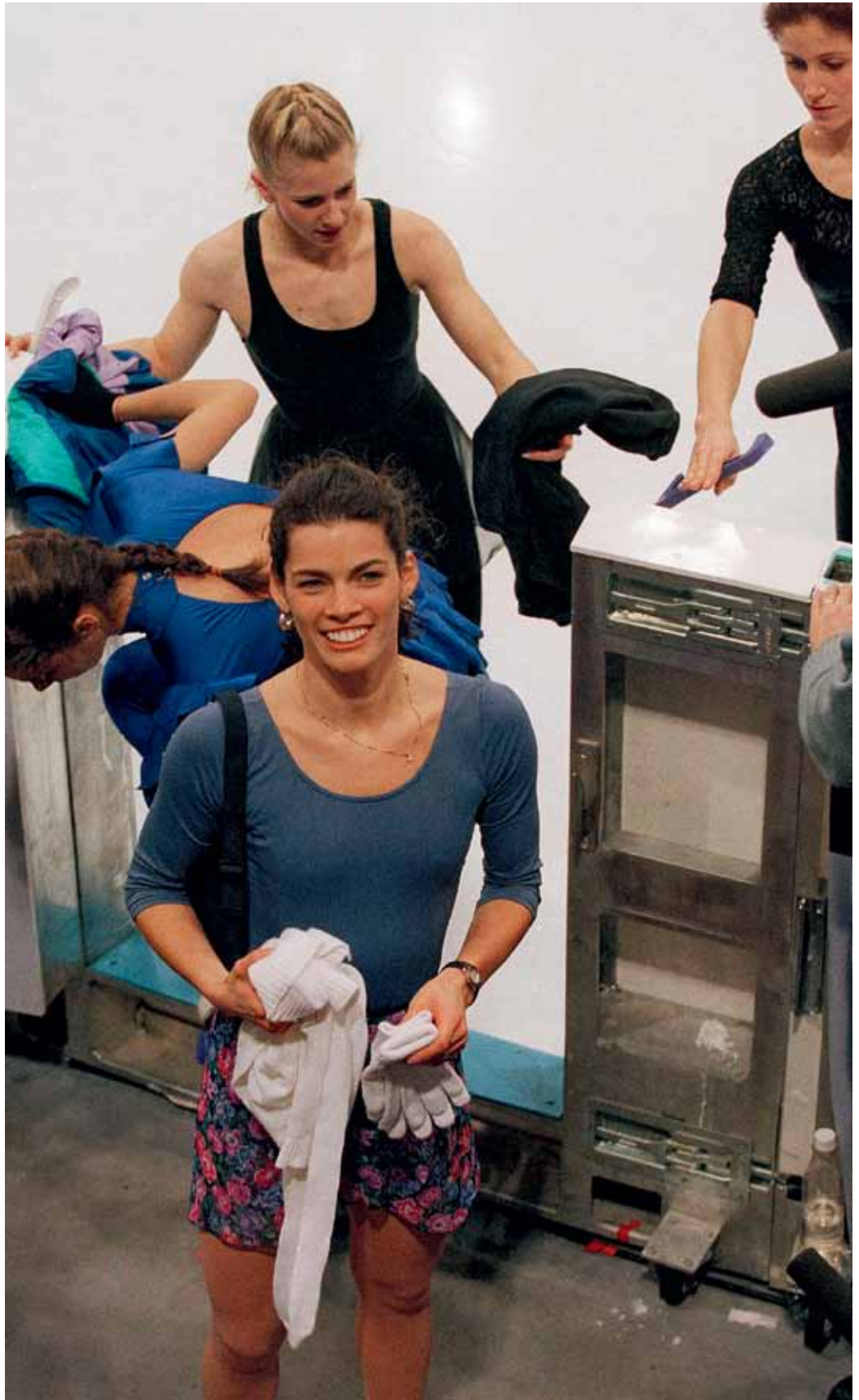
Nie mehr gab es diese traumhaften Einschaltquoten bei Olympischen Spielen wie damals, am 25. Februar 1994, niemals sind, auf dem Eis und vor den Fernsehgeräten, so viele Tränen geflossen. In der stickig-engen, emotional aufgeheizten Halle in Hamar, dem Nachbarort von Lillehammer, verkringelten und überkreuzten sich schicksalhaft die Kufenspuren von drei Schlittschuhgeizhalsen. Nancy Kerrigan, 24, das American Sweetheart aus gutem Hause, geboren fürs Scheinwerferlicht. Tonya Harding, 23, die Eishexe und Skandalnudel aus dem «White Trash» der Wohnwagensiedlungen, die sich mit fantastischen Dreifachsprüngen aus dem Elend emporzuschrauben versuchte. Und Oksana Bajul, das elfenhaft Waisenkind aus der bitteren Armut von Odessa, das auf Matratzen schlief, erst 16 Jahre alt.

Es war eine Geschichte aus Gewalt und Glitter, Sport und Kriminalität, grossen Gefühlen, schmutzigen Lügen und falschen Hoffnungen, grandioser Zirkus aus dem Märchenbuch der Fernseh-dramaturgie. Nur wahr. Aber nicht Echtzeit: Der Sender CBS übertrug in den USA nicht live, sondern strahlte eine aufbereitete Konserve aus.

Für 6500 Dollar das Bein brechen

Der Anfang des Dramas spielte am 6. Januar vor zwanzig Jahren während der US-Meisterschaften in der Cobo-Arena in Detroit. Ein unbekannter, schwergewichtiger Schläger drosch mit einem Metallstab auf das rechte Knie der wehrlosen Nancy Kerrigan ein und flüchtete dann durch eine aufgebrochene Glas-türe. Erinnerungen an das Attentat des irren Messerstechers auf die Tennisspielerin Monica Seles ein Jahr zuvor wurden wach. «Why me?» Nancys verzweifelter Aufschrei erhielt eine Woche später eine Antwort: Die Polizei stiess auf ein Komplott und ermittelte einen gedungenen Schläger namens Shane Stant als Täter, der Nancy gegen ein Honorar von 6500 Dollar das Bein brechen und sie aus dem Weg räumen sollte.

Rekrutiert hatte ihn Tonya Hardings Leibwächter Shawn Eckhardt, der seinerseits im Auftrag von Tonyas Ex-Ehemann Jeff Gillooly handelte. Schon am 1. Februar sprach ein Gericht die Bande und den Chauffeur des Fluchtautos schuldig und schickte sie hinter Gitter. Gillooly handelte eine Strafermässigung aus, indem er gegen Tonya Harding aussagte. Sie bestritt jedoch, von den Attentatsplänen gewusst zu haben. Ihre Anwälte drohten dem



Gut gegen Böse: Kerrigan (vorne), Harding (hinten) vor dem Final in Lillehammer, 1994.

amerikanischen Olympischen Komitee mit einer 25-Millionen-Dollar-Schadenersatzklage und setzten durch, dass Tonya an den Spielen in Norwegen teilnehmen konnte.

So kam es zum plakativen Duell von Gut gegen Böse, einem Showdown wie im Western, nur diesmal unter jungen Frauen. Kerrigan strahlte Eleganz und Perfektion aus, sie verkörperte die klassischen Familientugenden; Harding stand bildhaft für Aggression, explosive Sprungkraft und das Abgründige einer Randexistenz.

Amerika war elektrisiert. Zwei Drittel der Nation sass vor dem Bildschirm zu Gericht. Nancy Kerrigans Verletzung hatte sich glücklicherweise nur als starke Prellung erwiesen, die innert dreier Wochen wieder ausheilte. In Lillehammer lieferte sie eine beherrschte, fast fehlerlose Kür auf einer Wolke von Sympathie ab, aber ohne Charisma. Tonya Harding wirkte entsetzlich nervös oder, wie konnte es anders sein: schuld-bewusst. Sie verlangte vor ihrem Auftritt eine Pause, weil ihr ein Schuhbändel gerissen war, und verwackelte ihre Dreifachluftsprünge unter der Schwerkraft des schlechten Gewissens. Sie belegte schliesslich lediglich den achten Platz.

Hardings Geständnis

Nancy Kerrigan wurde von einer unentschiedenen Jury, die kein Gottesurteil zu fällen wagte, nach Meinung der meisten Experten um die Goldmedaille betrogen. Mit dem Zufallsvorsprung von 0,1 Punkten siegte die feenhafte Ukrainerin Oksana Bajul, die in einem pink Kleidchen und mit einem kindlichen Haarschleifchen zu «Schwanensee» über das Eisparkett tanzte und die Arena, die nur 6000 Plätze aufwies, zu Beifallsstürmen hinriss. Ihr Start schien zuerst ungewiss, weil sie beim Warmlaufen mit der deutschen Konkurrentin Tanja Szewczenko zusammengeprallt und erst mit zwei schmerzstillenden Spritzen wieder auf die Beine gekommen war. Mindestens zwei von fünf Dreifachen misslangen ihr, aber ein Niemand war dieses 43 Kilogramm leichte Persönchen nicht, schon im Vorjahr hatte sie den Weltmeistertitel gewonnen. Die beste Kür lief mit Abstand die unbekannte Chinesin Chen Lu, die jedoch im Preisgericht über keine Lobby verfügte und mit der Bronzemedaille abgefunden wurde.

Drei Wochen später gestand Tonya Harding vor Gericht ihre Mitwisserschaft am Attentat auf Nancy Kerrigan ein und wurde zu 150 Tagen Sozialarbeit und 160 000 Dollar Entschädigung an Kerrigan verurteilt. Die Sportinstanzen sperrten sie auf Lebenszeit. Damit war sie ruiniert. Vierzehn Jahre später sagte sie dem Schweizer Journalisten Peter Hossli in einem Interview, das auch in der *Weltwoche* erschien, sie habe erst nachträglich die Zusammenhänge des Attentats erkannt, nachdem sie von Jeff Gillooly und seinen Kumpanen mit vorgehaltener Pistole vergewaltigt worden sei. «Mein



Beifallsstürme: Olympiasiegerin Bajul, 1994.

Ex-Mann und seine Kumpane brauchten Geld. Sie hatten eine Sicherheitsfirma und dachten, wenn eine Eiskunstläuferin angegriffen wird, würden sie Aufträge kriegen, Sportlerinnen zu bewachen ... Sie wollten mich einschüchtern, und das ist ihnen gelungen.» Sie habe über die Vergewaltigung geschwiegen, weil sie sich schämte und niemandem mehr traute.

Tonya lebte damals – 2008 – allein in einem Haus im Wald vom Fischen und von der Jagd mit Pfeil und Bogen, weil sie als Vorbestrafte keinen Waffenschein mehr erhielt. Sie behauptete auch, schon als kleines Kind von ihrer Mutter, einer Alkoholikerin, missbraucht worden zu sein. Ihr Leben beschrieb sie als «Achterbahn», sie sei stets «ein Magnet für Idioten» gewesen. Ihr Verfloßener Jeff Gillooly, ein Typ, der aussah wie Freddie Mercury, verkaufte ein Jahr nach Lillehammer ein Sexvideo, das er mit «Hochzeitsnacht mit Tonya» etikettierte, dem Magazin *Penthouse*. Sie versuchte, als Berufsboxerin und Sängerin über die Runden zu kommen, und trat regelmässig in der TV-Show «Die doofsten Kriminellen der Welt» auf. Sie schrieb eine Autobiografie, um all den Ballast ihrer Vergangenheit loszuwerden. Inzwischen ist sie zum dritten Mal verheiratet und hat einen zweijährigen Sohn.

Erblindete Mutter als einzige Zeugin

Aber auch über Nancy, der Unbefleckten, lastet ein Trauma. An einem Sonntagabend im Mai 2010 gerieten ihr Bruder Mark, ein drogenabhängiger und vorbestrafter Ex-Soldat, und Vater Daniel Kerrigan in einen handgreiflichen Streit. Die vollständig erblindete Mutter Brenda war die einzige Zeugin und rief die Polizei; der Vater starb während des Transports

ins Spital an einem Herzinfarkt. Mark Kerrigan wurde wegen Körperverletzung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nancy hat mit Shows und Werbeverträgen ein Millionenvermögen verdient. Sie kümmert sich heute hauptsächlich um ihre drei Kinder, sie sagt, sie sei am liebsten nur noch zu Hause und «Mom». In Disneyland, einem ihrer Sponsorpartner, lästerte sie während einer Drehpause zu einem Spot vor einer heimlich laufenden Fernsehkamera: «Ich habe noch nie in meinem Leben so einen Sch... gemacht, weshalb bin ich überhaupt hier?»

Oksana Bajul, das Wunder- und Waisenkind, dem in Odessa der Vater entlief, als sie dreijährig war, und die Mutter wegstarb, als sie zwölf war, wurde in der neuen Heimat USA ein Goldkind, aber schon bald geriet sie in eine Abwärtsspirale. Sie randalierte in Bars und baute als jugendliche Alkoholikerin mehrere Autounfälle. Um einer Haftstrafe zu entgehen, akzeptierte sie zwei Jahre psychiatrische Behandlung. Und irgendwann tauchte ihr verlorener Vater wieder auf. Auch sie scheffelte als Profi-Läuferin viele Dollars, verklagte aber unlängst ihre frühere Agentur auf fünfzehn Millionen Nachzahlung, und vielleicht sollte sie auch gegen den Schönheitschirurgen vorgehen, der ihr Gesicht zu einer Maske operierte. Ihr Traum von einer eigenen Familie mit dem russischen Designer Gene Sunik zerbrach nach acht Jahren.

Der Fernsehsender NBC bezahlte 4,38 Milliarden Dollar für die amerikanischen Olympia-Übertragungsrechte von 2014 bis 2020, allein 750 Millionen für Sotschi. Das Kalkül liegt auf der Hand: dass, zwanzig Jahre nach Lillehammer, Eis sich wieder in Schmalz verwandelt. Nancy Kerrigan wird aus Sotschi kommentieren, und sie muss sich nicht mehr fragen: «Why me?» ○



SUNRISE



Das unabhängige Fachmagazin «connect» bestätigt:
Sunrise hat das beste Mobilnetz für Telefonie in Stadt und Umland.
Überzeuge dich selbst auf sunrise.ch/connect

«Ein verdammt schmerzhafter Weg»

Für sein Epos «12 Years a Slave» ist Steve McQueen soeben mit einem Golden Globe ausgezeichnet worden. Nun könnte er als erster schwarzer Filmemacher einen Oscar holen. Im Interview spricht der Brite über die brutale Schönheit seiner Bilder und den latenten Rassismus von heute. *Von Claas Relotius*

Ein Winterabend, der Konferenzraum eines Berliner Luxushotels. Steve McQueen – Fotograf, Künstler, Turner-Preisträger, seit ein paar Jahren auch Filmemacher – sitzt allein am Ende einer zehn Meter langen Tafel und blickt gedankenversunken zur Decke. Er sieht trotz seiner imposanten Gestalt etwas verloren aus. Dabei ist der 44-Jährige so etwas wie der Mann der Stunde: McQueen ist der erste schwarze Regisseur, der für Hollywood einen Film über die Sklaverei gedreht hat. Die Kritik ist voll des Lobes. Bei der Oscar-Verleihung im März, so vermuten viele, dürfte an «12 Years a Slave» kaum ein Weg vorbeiführen. McQueen weiss das. Aber er gibt sich alle Mühe, dies so wenig wie möglich zu zeigen.

Mr McQueen, wäre es Ihnen recht, wenn wir über Ihren Film sprechen und dabei zunächst bei dessen Ende anfangen?

Kein Problem, wo immer Sie möchten. Keine Tabus.

In einer der letzten Szenen – das darf man verraten – blickt der Held Solomon Northup, der in den gut zwei Stunden zuvor mehrfach bis aufs Blut ausgepeitscht und von Sklavenhaltern wie ein Tier behandelt wurde, für einige Augenblicke direkt in die Kamera. Im Kino ist das eine Seltenheit. Warum haben Sie sich für diese Szene entschieden?

Es gibt diese Szene, weil ich die Verantwortung für das, was dem Menschen Solomon Northup widerfahren ist, ein Stück weit auf das Publikum übertragen wollte. Es soll keine platte Anklage und auch kein erhobener Zeigefinger sein, nach dem Motto: «Seht her, was eure Vorfahren mit mir gemacht haben.» Aber ich wollte doch erreichen, dass jeder Zuschauer sich heute hinterfragt: «Was wäre mit mir damals passiert? Wie hätte ich gehandelt?» Man muss auch genau hinsehen: In Solomons Blick liegt keinerlei Vorwurf, da ist nur Verzweiflung und Trauer. Diese soll der Zuschauer zu spüren bekommen.

Der Film erzählt eine wahre Geschichte. 1841 wurde der Geigenspieler Solomon Northup, der im Bundesstaat New York als freier Mann lebte, von Sklavenhändlern entführt und an einen Plantagenbesitzer in Louisiana verkauft, woraufhin er zwölf Jahre lang in Gefangenschaft war. Wie haben Sie von dieser Geschichte erfahren?

Das war ein kleines Wunder: Ich hatte die lose Idee im Kopf, an einem Film über einen Mann zu arbeiten, der aus den freien Nordstaaten in die Südstaaten entführt und somit zum Sklaven gemacht wird. Die Handlung sollte darin bestehen, wie dieser Mann versucht, seiner Gefangenschaft zu entfliehen und wieder nach Hause zu seiner Familie zurückzukehren. Ich sass also zusammen mit meinem Drehbuchkollegen John Ridley bereits an der Geschichte, als meine Frau, die Historikerin ist, fragte, warum wir uns nicht lieber an realen Zeitzeugenberichten orientierten, als eine komplett neue Handlung zu entwerfen. Drei Tage später stand sie dann wie aus dem Nichts mit dem Buch «12 Years a Slave» da, in welchem Solomon Northup noch im 19. Jahrhundert seine unglaubliche Geschichte niedergeschrieben hatte. Wir waren ziemlich sprachlos – denn damit lag urplötzlich das fertige Drehbuch zu unserer Idee vor uns.

«Ich hatte das Gefühl, da schwelt schon lange etwas hinter diesem langen Schweigen.»

Wie kommt es, dass das Buch Northups Ihnen und auch den meisten Amerikanern noch bis vor nicht allzu langer Zeit vollkommen unbekannt war?

Diese Frage habe ich mir auch mehrfach gestellt. Bevor ich das Buch gelesen hatte, dachte ich, ich würde die Geschichte der Sklaverei kennen. Aber mit jeder Seite, die ich umblätterte, wurde mir klar, wie wenig ich wusste.

Was ist Ihnen am meisten in Erinnerung geblieben?

Gelernt habe ich viel über das Verhältnis der damaligen Sklaven untereinander. Im Film gibt es eine Sklavin, die ihren weissen Master heiratet und sich ab diesem Punkt selbst von Sklaven bedienen lässt. Das ist eine sehr interessante Begebenheit, die bei weitem kein Einzelfall war. Wir dürfen nicht vergessen, dass es zuallererst Afrikaner waren, die Afrikaner verkauft haben. Das System der Sklaverei war komplex, und genauso waren es die zwischenmenschlichen Beziehungen. Dieses Buch hat mir persönlich für vieles die Augen geöffnet. Eigentlich wäre es gut, wenn diese Erzählung ins kollektive Gedächtnis einginge. Ich musste häufig an

«Das Tagebuch der Anne Frank» denken und daran, dass dies vielleicht in vielerlei Hinsicht so etwas wie die amerikanische Variante sein könnte. In Europa ist der Name Anne Frank jedem ein Begriff. Solomon Northup blieb in den USA dagegen fast völlig unbekannt. Ich bin traurig, dass ich selbst erst durch diesen Zufall von dessen Erlebnissen erfahren habe.

Vielen Europäern wird bis heute gar nicht bewusst sein, dass es überhaupt ein System der Entführung und Versklavung innerhalb Amerikas je gegeben hat. Sklaven, die aus Afrika kommen und in Ketten in amerikanische Häfen einlaufen – das ist das festgefahrene Geschichtsbild.

Dabei war es zu der Zeit, als es keinen Sklavenhandel mit Afrika mehr gab, leider eine sehr gängige Praxis, Schwarze aus dem Norden in den Süden zu entführen und sie somit all ihrer Rechte als freie Menschen zu berauben. Auch und gerade in den USA ist das alles aber bis heute so etwas wie ein Tabuthema.

Sie stammen aus Grossbritannien, haben aber eine Zeitlang in den USA studiert. Können Sie sich erklären, warum die Amerikaner beim Thema Sklaverei so schwer Zugang zu ihrer Vergangenheit finden?

Ich glaube, es ist eine Art Amnesie, die das Land erfasst hat, was die Aufarbeitung der Sklaverei angeht. Der Zweite Weltkrieg, der Holocaust, mit Abstrichen sogar die Vertreibung der Indianer – all das wird im Kino, im Fernsehen und in Schulbüchern sehr breit behandelt. Von der Sklaverei ist dagegen verschwindend wenig die Rede.

1984 verfilmte bereits Gordon Parks dasselbe Buch wie sie. Der Film «Solomon Northup's Odyssey» lief damals im Fernsehen – fand aber so gut wie keine Beachtung und wurde praktisch ignoriert.

Damals herrschte noch viel weniger Offenheit. Bei den ersten Vorführungen unseres Films in den USA war dagegen schon zu spüren, wie sich kleine Podiumsdiskussionen häufig zu grossen Debatten ausweiteten, die teilweise wirklich an öffentliche Happenings erinnerten. Es kamen immer mehr Leute, die etwas zu diesem Thema zu sagen hatten – auch aufgrund ihrer eigenen Geschichte. Ich hatte das Gefühl, da schwelt schon lange etwas hinter diesem langen Schweigen. Die Leute haben einfach das Bedürfnis, über dieses Thema zu reden. >>>



«Man hat es im Blut, man kann es nicht einfach abschütteln»: Regisseur McQueen.

Vielleicht liegt es auch daran, dass das Thema Rassismus gerade in der amerikanischen Gesellschaft immer noch aktuell ist. Die USA haben zwar mittlerweile einen schwarzen Präsidenten, doch jüngst gab es beispielsweise den Fall Trayvon Martin, der eine alte Debatte neu entflammt zu haben scheint.

Ein 17-jähriger Afroamerikaner, der auf offener Strasse erschossen wird, weil er schwarz ist, einen Kapuzenpullover trägt und man ihn deshalb für kriminell hält – und das im selben Jahr, in dem das Land 150 Jahre Abschaffung der Sklaverei feiert. Was sagt uns das? Wie viel haben wir erreicht? Ich glaube, dass wir schon sehr weit gekommen sind. Und genauso fürchte ich, dass noch ein verdammt schmerzhafter Weg vor uns liegt.

Sie sprechen von «wir» und «uns». Sie sind in einem Arbeiterbezirk im Westen Londons aufgewachsen. Ihre Eltern stammen von den Westindischen Inseln, ehemaligen britischen Kolonien des briti-

«Mich interessieren auf der Leinwand nur gute Menschen, die schlechte Dinge tun.»

schen Commonwealth. Sind Sie mit der Geschichte Ihrer Vorfahren auf den Schultern gross geworden?

So etwas lastet auf den Schultern. Man hat es im Blut, man kann es nicht einfach abschütteln. Vielleicht noch weniger, wenn man jung ist. Mir hat es geholfen, irgendwann zu begreifen, wie alles miteinander zusammenhängt. Dass wir Schwarze eine gemeinsame Geschichte haben. Dass der Kampf für Bürgerrechte und gegen Rassismus, egal ob in den USA oder in jedem anderen Land, ein Kampf dieser schwarzen Familie ist.

Ihr Vater wurde in Grenada geboren, wo auch die Vorfahren von Malcolm X herstammten. Ihre Mutter kommt aus Trinidad, wo auch der Bürgerrechtler Stokely Carmichael geboren wurde.

Genau so ist es. Sidney Poitiers Vorfahren stammten von den Bahamas. Wir sind alle zwangsläufig Teil einer Diaspora, die überhaupt erst durch den Sklavenhandel entstanden ist. Daher ist der Film, über den wir sprechen, in seiner Botschaft auch nicht auf Amerika beschränkt. Die Geschichte von Rassismus und Sklaverei ist eine sehr universelle Geschichte, wie man an diesen Verzweigungen sehen kann.

Welche Rolle spielte Rassismus in Ihrer Jugend und in dem Umfeld, in dem Sie aufgewachsen sind?

Rassismus ist nicht immer leicht zu erkennen. Ich bin auf eine multikulturelle Schule

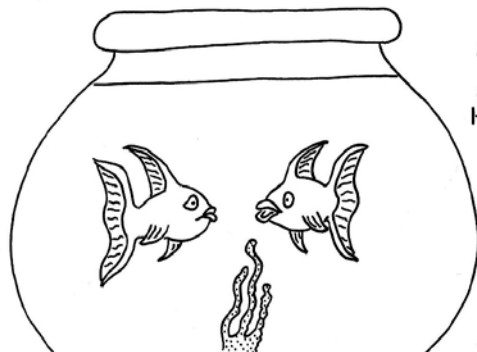
gegangen, von daher schien sich das in Grenzen zu halten. Allerdings: Im Teenager-alter, etwa mit dreizehn oder vierzehn, wurden wir Schüler in verschiedene Klassenstufen eingeteilt. Es gab eine Stufe für besonders begabte Jugendliche, die später studieren sollten, eine für normale Jugendliche und eine für solche Jugendliche, denen man nicht mehr als einfaches Handwerk zutraute. Ich kam in die letzte Stufe, zusammen mit auffällig vielen schwarzen und ausländischen Jungs. Damals fand ich das nicht schlimm, ich habe nicht viel über die Gründe nachgedacht. Als ich aber vor wenigen Jahren meine alte Schule noch einmal besuchte, gestand mir der heutige Rektor, wie institutionell-rassistisch das Schulsystem zu meiner Zeit gewesen sei.

Glauben Sie, dass sich daran bis heute viel geändert hat?

An dieser einen Schule ganz sicher. Aber allgemein? Keine Ahnung. Wir wollen gerne glauben, dass sich die Dinge ändern. Doch ich fürchte, dieselben Ressentiments sind noch immer da. Und den Jugendlichen, die nicht ebenso viel Glück haben wie ich, können sie das ganze Leben zerstören.

In Ihrem Film legen Sie das Augenmerk mehr noch, als es die Buchvorlage Northups eigentlich vorgibt, auch auf die weissen Sklavenhalter. Den sadistischen Plantagenbesitzer Epps, gespielt von Michael Fassbender, zeigen Sie sogar in seinem inneren Konflikt, sich in eine seiner Sklavinnen verliebt zu haben. Weshalb dieser Fokus?

Martin Scorsese hat mal gesagt: «Mich interessieren auf der Leinwand nur gute Menschen, die schlechte Dinge tun.» Dem kann ich mich zum Teil anschliessen. Ich würde nun auf keinen Fall sagen, dass Epps ein guter Mensch ist, aber er ist eben trotzdem ein Mensch und kein Monster. Epps tut furchtbare Dinge. Dinge, deren Anblick kaum zu ertragen ist. Ich will Menschen wie ihn von keiner Schuld freisprechen. Doch letztendlich ist auch er ein Opfer seiner selbst und der damaligen Zeit. Die Sklaverei hat jeden zerstört – so verrückt das klingt: auch die Sklavenhalter.



**«Diesmal ist es kein Spass, Arnold:
Ich verlasse dich.»**

Steve McQueen

Steve McQueen wurde 1969 in London geboren. Er studierte am Chelsea College of Art and Design sowie an der Tisch School in New York. Für seine Arbeit als Künstler erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem den ICA Futures Award (1996) und den Turner Prize (1999). McQueen vertrat Grossbritannien 2009 bei der Biennale in Venedig und wurde 2011 aufgrund seiner Verdienste für die bildende Kunst zum «Commander of the Order of the British Empire» (CBE) ernannt. Sein erster Kinofilm «Hunger» (2008) handelt vom Schicksal des IRA-Mitglieds Bobby Sands und wurde bei den Filmfestspielen von Cannes mit der Caméra d'Or prämiert. Nach dem Sexualdrama «Shame» (2011) ist «12 Years A Slave» erst sein drittes Werk als Regisseur. Steve McQueen ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in Amsterdam. (cr)

In der stärksten und für den Zuschauer vielleicht am schwersten zu ertragenden Szene des Films wird der Sklave Solomon an einem Baum aufgehängt, so dass nur noch seine Zehenspitzen den Boden berühren. Während er minutenlang nach Luft ringt, sieht man im Hintergrund andere Sklaven, die scheinbar unbeteiligt weiter ihrer Arbeit nachgehen. Selten wurde die psychologische Gewalt der Sklaverei eindringlicher auf den Punkt gebracht.

Die anderen Sklaven halten sich in der Szene an das, was sie von ihrem weissen Herrn gesagt bekamen: «Wenn du überleben willst, dann halte den Kopf gesenkt und deinen Mund geschlossen.» Genau das ist ja die Essenz von Sklaverei: Man hat immer nur die körperliche Folter vor Augen, aber das ist nur die eine Seite. Die psychologische Folter war mindestens ebenso schlimm, und aus dieser gab es überhaupt kein Entrinnen.

Fast ein wenig bizarr ist dabei, wie schön dieses Bild trotz aller Brutalität komponiert ist. Auch in anderen Szenen sieht man Menschen, die gepeinigt werden, während sich im Panorama verwunschene Bäume über blühende Baumwollfelder legen.

Schlimme Dinge passieren an den paradisischsten Orten. Es ist eine brutale Schönheit. Genau das macht solche Bilder noch schwerer erträglich.

Die Mehrschichtigkeit und Tiefe in Ihren Bildern verrät, dass Sie eigentlich Fotograf und Künstler sind. Haben Sie sich an Gemälden jener Zeit orientiert, oder sind solche Kompositionen allein in Ihrem Kopf entstanden?

Es gibt Fotografien von damals, die uns auf jeden Fall inspiriert haben. Aber das meiste



«Zielsicherer Scharfschütze»: McQueen und Schauspieler Fassbender am «Golden Globe», 2014.

entsteht im Kopf. Wie genau, das lässt sich wohl gar nicht erklären. Bildkompositionen sind wie Jazzsongs. Man nimmt einfach eine Melodie auf und folgt ihr dann.

Das klingt sehr spielerisch. Tatsächlich wird Ihnen immer wieder perfektes Handwerk attestiert.

Vielleicht kommt es daher, dass ich früher als Jugendlicher und Student immer nur mit einer Super-8-Kamera gedreht habe. Die Bilder, die dabei rumkamen, mussten immer perfekt sein, weil ich sonst mein Geld einfach zum Fenster rausgeworfen hätte. Das war sicher eine gute Schule, um sehr konkrete Bilder schon vorab im Kopf

«Es ist eine brutale Schönheit. Genau das macht solche Bilder noch schwerer erträglich.»

zu entwickeln. Was Regie und Kamera betrifft, kann ich somit heute zielsicherer Scharfschütze sein und muss nicht mit einer Schrotflinte rumlaufen. (Lacht)

Auch in der Filmbranche ist zuletzt häufiger das Thema Rassismus offen angesprochen worden. Hollywood rühmt sich gerade damit, noch nie so viele schwarze Schauspieler ins Vorrennen um die Oscars geschickt zu haben wie in diesem Jahr. Hautfarben, so heisst es, zählten nicht mehr. Liegt darin nicht viel Scheinheiligkeit, wenn man sich ansieht, für welche Rollen die jeweiligen Darsteller gecastet wurden?

Das Mass an Scheinheiligkeit ist hoch, definitiv. Chiwetel Ejiofor spielt in unserem

Film den Sklaven Solomon Northup. In «The Butler» spielt Forest Whitaker den schwarzen Butler Eugene Allen, der im Weissen Haus unter acht Präsidenten diente. In «Fruitvale Station» spielt Michael B. Jordan einen jungen Schwarzen, der 2009 in Oakland von einem Polizisten erschossen wurde. Und in «Mandela» spielt Idris Elba eben Südafrikas ehemaligen Präsidenten. Um eines klar zu sagen: Jeder dieser Schauspieler hat grossartige Arbeit abgeliefert und hätte sowieso jede Auszeichnung verdient. Aber all diese vier Rollen haben alle zwei Dinge gemeinsam, wenn Sie wissen, was ich meine ...

Die Rollen basieren alle auf realen Geschichten, sie hätten buchstäblich nicht von Weissen gespielt werden können.

Und diese vier Filme wurden alle von unabhängigen Studios produziert. Die grossen Studios hatten daran nämlich gar kein Interesse. Umso heuchlerischer ist es deshalb, zu behaupten, dass Hautfarben in Hollywood kein Thema mehr wären. Die Wahrheit ist: Wie viele schwarze Schauspieler oder Schauspielerinnen haben in der Geschichte Hollywoods überhaupt einen Oscar gewonnen? Es sind gerade mal fünf. Sidney Poitier für «Lilien auf dem Felde». Halle Berry für «Monster's Ball». Jamie Foxx für seine Rolle als Ray Charles. Und Forest Whitaker für seine Rolle als Idi Amin in «Der letzte König von Schottland». Der einzige schwarze Schauspieler aber, der bisher einen Oscar erhielt für eine Rolle, die theoretisch auch ein Weisser hätte spielen können, ist meines Wissens Denzel Washington, der 2001 mit «Training Day» gewann – ein Film, in dem er, auch das ist

bezeichnend, einen korrupten Cop gespielt hat, der nebenbei mit Drogen dealt. Aber ein schwarzer Darsteller, der zum Beispiel für die Rolle eines Highschool-Lehrers oder Arztes oder Aktienhändlers oder einfachen Familienvaters ausgezeichnet wird? Mir fällt keiner ein.

Warum, glauben Sie, gehen diese Rollen überwiegend an Weisse?

Ich kann sagen, dass viele Studios und Produzenten und sicher auch Regisseure definitiv Angst haben, ihre Filme würden schlechter ankommen, wenn der Protagonist schwarz ist. Genauso bin ich immer wieder erstaunt und schockiert, wie selten Hauptdarsteller mit Latinos besetzt werden. Das ist ziemlich bizarr, wenn man bedenkt, dass die meisten Regisseure und Produzenten selbst in Städten wie New York oder Los Angeles leben, wo es gefühlt mindestens genauso viele Latinos oder Schwarze gibt wie Weisse. Dass man wider besseres Wissen seine eigene Lebenswirklichkeit auf der Leinwand ausblendet, finde ich ziemlich schizophran – und eigentlich eine grosse Schande. Rassismus ist nicht immer aggressiv, nicht immer böswillig. Manchmal ist Rassismus einfach nur genau diese Schere im Kopf.

«12 Years a Slave» von Steve McQueen startet am 21. Januar in den Deutschschweizer Kinos.

Die Filmkritik von Wolfram Knorr lesen Sie auf Seite 66.

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

**Morgen Freitag in der
KMU-Presse:**

- **Jahr der Berufsbildung**
Ohne Praktiker kein Erfolg
- **Rechner zur AHV-Reform**
So viel kostet sie uns alle
- **Finanzplatz Schweiz**
Die Vorteile bewahren

www.gewerbezeitung.ch





Die Illustration lebt: Adele in Öl.

Stil & Kultur

Mehr Öl!

Von *Daniele Muscionico*

Vielleicht ist das die Zukunft. So wie sie hier steht und singt. Und es trällert so nicht der Zeitgeist, der sich ein Bild von der Wahrheit macht, indem er die Welt durch das Handy in Pixel zergliedert. Die Fotografie als Wirklichkeitsmaschine. Mehr als 300 Millionen Fotos werden täglich auf Facebook hochgeladen. Was erzählen die Bilder? Die Wirklichkeit oder die Wahrheit?

Zwischen Wahrheit und Wirklichkeit liegen Weltmeere. Und es muss erst ein nächster Kolumbus geboren werden, der Amerika noch einmal mit Indien verwechselte, um den Unterschied dingfest zu machen. Wer die Differenz lieber der Philosophie überlässt, hält sich an die Interpretation all dessen, hält sich an die Illustration – sie ist in der Kunstgeschichte selten so quicklebendig wie heute.

Das behauptet einer, der es wissen muss, Steven Heller, 38 Jahre lang Art-Director der *New York Times*. Und man glaubt ihm gerne. Shepard Faireys ikonisches Wahlkampfpakat für Obama vor Augen – den Blick nach oben, die Farben der Nation, der Schriftzug

«Hope» –, zeigt einem unmissverständlich, wie wirkungsmächtig ein klarer kühler Strich, die Bildwerdung eines Gedankens sein kann.

Steven Heller hat ein eindruckliches Überblickswerk über «100 Illustrators» herausgegeben. Und man fragt sich nach der Durchsicht, wer es versäumt hat, uns mitzuteilen, dass das Comeback der Illustration längst eingesetzt hat. (Dass dieses Magazin seit Beginn des Jahres Cartoons ins Blatt hebt, unbeleckt vom Bewusstsein des Hypes, ist gleichzeitig eine schöne Referenz an die eigene Tradition.)

Die Illustration lebt! Und zwar vom Surrealismus bis zum Hyperrealismus, wie

ihn der amerikanische Künstler Roberto Parada hier in seiner Vision der neunfachen Grammy-Gewinnerin Adele verwendet, ein Bild in Öl auf Leinwand. Im Zeitalter des technischen Fastfoods malt Parada wie die alten Meister. Stunde um Stunde, eine Reise zum Bild.

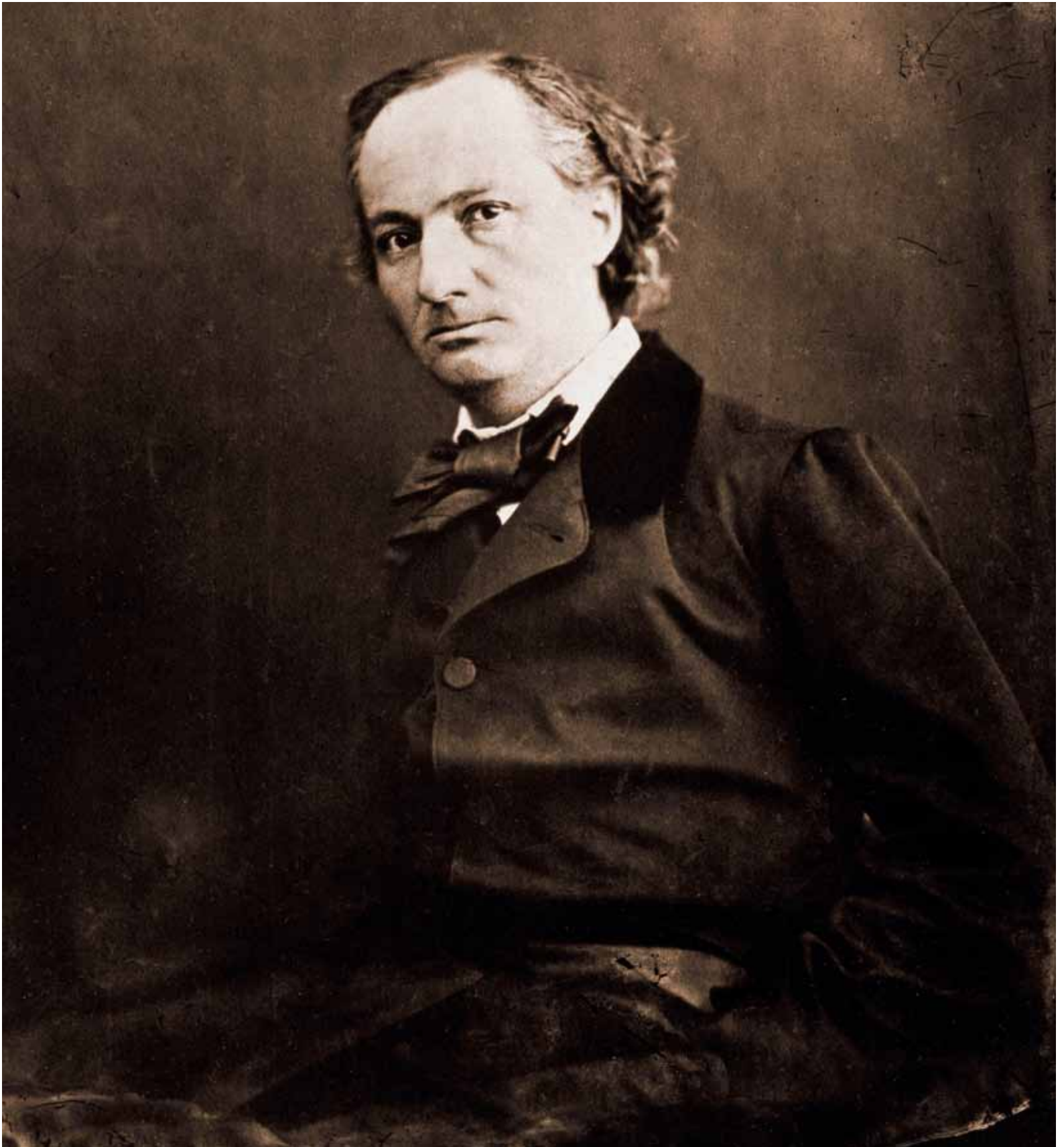
Digitale Fotos sind durch ihre Reproduzierbarkeit frei von der Aura, die uns an Höheres glauben lässt als an die pure Materie. Adele in Öl? Paradas Stimmung gibt ihrer Stimme den emotionalen Hallraum.

100 Illustrators. Hrsg: Steven Heller, Julius Wiedemann. Taschen, 2012

Bild: «Adele» von Roberto Parada, 2011 («100 Illustrators», Taschen)

Fürst der Wolken und des Sturms

Charles Baudelaire prägte vor über 150 Jahren eine neue Art von Dichtung. Sein grosser Stoff war die Stadt Paris, die er in genialen «Schnappschüssen des Jetzt» einfing. *Von Sarah Pines*



Eindrücke des modernen Lebens: Dichter Baudelaire (1821–1867).

Das Grab des Dichters Charles Baudelaire auf dem Friedhof von Montparnasse in Paris ist bedeckt mit Metro-Fahrkarten, und auf manchen von ihnen steht einer seiner Verse. Es ist unklar, was genau das zu bedeuten hat. Die Metro wurde 1900 eröffnet, lange nach Baudelaire's Tod. Sie ist ein Ort der Massen, der Bewegung und der schnellen Verbindungen. Zugleich ist sie ein Ort des Schauens, des Berührens und des Rempelns, des Riechens und Hörens, der Lautsprecherdurchsagen und des Betrachtens von Geschäften, Plakaten. Sie ist aber auch ein anstrengender Ort der Eile, der Verspätung und der Stromausfälle. Wie verbinden die Metro-Fahrkarten Baudelaire's Welt mit der Gegenwart?

Charles Baudelaire gehörte durch und durch zu dieser Stadt, in Paris wurde er geboren und hier starb er 1867 mit 46 Jahren an den Folgen eines syphilitischen Schlaganfalls. Während seiner Schulzeit im renommierten Pariser Collège Louis-le-Grand beschloss er, Dichter zu werden, benahm sich laut seinem Lehrer «bizarr» bis zum Hinauswurf wegen Ungehorsams und verfasste nur ein einziges Gedicht in Latein.

Die grosse Phase seiner Dichtung begann erst, nachdem er mit achtzehn Jahren die Bekanntschaft einer Prostituierten gemacht hatte, die er «die Schielende» nannte und der er das früheste Gedicht seines einzigen Gedichtbandes «Les Fleurs du Mal» («Die Blumen des Bösen») widmete. In einem Text beschrieb er sie als «grässliche» Frau, neben der er lag «wie längs einer Leiche ausgestreckt». Ein anderes – von der Zensur gerügtes – Gedicht, «Die Verwandlung des Vampirs», spricht von einer Frau, mit der er gerade intim war: «Als sie mir aus den Knochen alles Mark gesogen und ich mich ermattet zu ihr wandte, um einen Liebeskuss zu erwidern, sah ich nur einen Schlauch noch, mit verklebten Flanken, ganz von Eiter angefüllt!»

In diesem Gedicht zeigt sich ein Hang, der sich durch die ganze Poesie von Baudelaire zieht. Ihm liegt an der Faszination des Hässlichen, an den die Gesellschaft provozierenden Perversionen.

«Kranke» Hauptstadt

Baudelaire arbeitete auch als Kunstkritiker anlässlich der von der Akademie der Schönen Künste organisierten jährlichen Kunstausstellungen in Paris, den «Salons», und als Übersetzer Edgar Allan Poes, den er für den modernen Schriftsteller schlechthin hielt. Er verstand sich als weltgewandten Städter und verachtete die Engstirnigkeit der Provinz. Doch er war kein Kosmopolit, nur wenige Male in seinem Leben verliess er Paris. Als junger Mann begab er sich auf eine Schiffsreise in die Tropen, brach sie aber nach zwei Monaten Seekrankheit entnervt ab. Eine Erinnerung an diese Reise ist sein berühmtes Gedicht «Der Albatros». Auf hoher See beobachtete Baudelaire einen schwerfälligen Albatros, der von einer Gruppe

Matrosen umringt und gequält wurde. Dieser Anblick wird in der letzten Strophe des Gedichts zum Sinnbild des Dichters, als der er sich begriff: «Der Dichter gleicht dem Fürsten der Wolken, der mit dem Sturm Gemeinschaft hat und des Bogenschützen spottet; auf den Boden verbannt, von Hohngeschrei umgeben, hindern die Riesenflügel seinen Gang.»

Charles Baudelaire lebte intensiv in einer Zeit, der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die hierarchische Gesellschaft des Ancien Régime über drei Revolutionen von der flexibleren, labileren, aber auch aggressiveren bürgerlichen Gesellschaftsordnung abgelöst wurde. Nach 1848 setzte in Frankreich eine bürgerliche Republik unter dem Prinzen Charles Louis Napoléon Bonaparte ein, dem späteren Napoleon III., und einem Neffen des grossen Napoleon. Er hatte sich nach seiner Machtübernahme mit einer überbevölkerten und «kranken» Hauptstadt Paris konfrontiert gesehen, deren Infrastruktur (enge, kleine Strassen und wenig offene Räume) die neuen Menschenmassen im Freien unkontrollierbar erschienen liess.

So ordnete er eine Sanierung der Stadt an, um Sicherheit und Hygiene des öffentlichen Raums zu verbessern. Die Umbauten unter dem Präfekten Baron Haussmann machten Paris zu der Stadt, die man noch heute sieht: Boulevards, Parks und Plätze entstanden, das Wassersystem und die Kanalisation wurden komplett saniert, ein Verkehrsnetz und Nachtbeleuchtung strukturierten den Raum.

Er fühlte sich als Aussenseiter, der die Heuchelei der Menschen zu durchschauen meinte.

Baudelaire durchstreifte dieses Paris als dekadenter Dandy, als promenierender, die Menschenmassen beobachtender Flaneur. In der neuen Stadt Haussmanns und ihrer Gesellschaft fühlte er sich als Aussenseiter, der die Heuchelei der Menschen zu durchschauen meinte, dunkle Ecken in seiner Stadt anpeilte, sich in Bars betrank, Opium nahm und zu Prostituierten ging.

Neben Provokationen und Reaktionen gegen die öffentliche Moral ging es Baudelaire tatsächlich auch darum, ein «moderner» Dichter in einer «modernen» Stadt zu sein und die flüchtigen Alltagsbegegnungen in seine Texte aufzunehmen. In «A une passante» («An eine, die vorüberging») sieht der Flaneur plötzlich eine Dame inmitten des betäubenden Lärms der Strasse. «Hochgewachsen, schlank, in tiefer Trauer» ging sie an ihm vorüber, und für einen kurzen Moment – einen Augenblick – treffen sich ihre Blicke. Dieser Moment ist so intensiv, dass er das Ich als «Süsse, die betört», im ganzen Körper spürt.

Vor dem Hintergrund der hektischen Stadt erschien die Dame ihm wie zu einer Statue erstarrt: Dies war der Moment, in dem sie einen Fuss vom Bürgersteig hinunter auf die Strasse setzte, dabei ihren Kleidsaum anhub und einen Blick auf die helle Haut ihres Unterschenkels freigab. So kurz sollte der Moment des Vorübergehens sein, dass die Dame bis heute in wenigen Sonettzeilen wie ein «Blitz» oder wie eine «Nacht» für den Bruchteil einer Sekunde eine längst vergangene Welt vergegenwärtigen kann. Bei Baudelaire muss eine solche Begegnung das Gefühl einer unwiederbringlichen, nahezu tragischen Verlorenheit ausgelöst haben.

«Ein Blitz ... und dann die Nacht! – Flüchtige Schönheit, [...]»

soll ich dich in der Ewigkeit erst wiedersehen?

Anderswo, sehr weit von hier! zu spät! niemals vielleicht!

Denn ich weiss nicht, wohin du enteilst, du kennst den Weg nicht, den ich gehe,

o du, die ich geliebt hätte, o du, die es wusstel!»

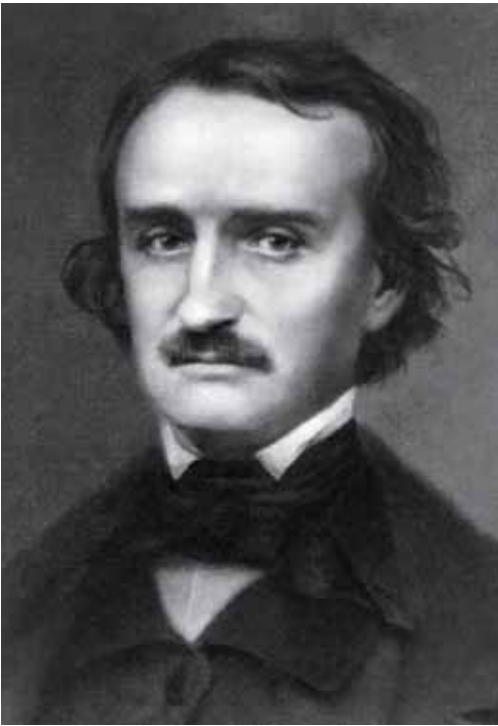
So heisst es am Ende des Texts. Erst für Baudelaire erschien die Stadt in einem neuen Licht, ihre unmittelbare Erfahrung wurde wichtig und ihre flüchtigen Begegnungen. Die Gedichte der «Fleurs du Mal» sind diese ästhetisierten banalen Alltagserfahrungen.

Baudelaire unter Erfolgsdruck

«Das Leben in Paris ist voller poetischer und wunderbarer Dinge. Das Wunderbare umhüllt und durchtränkt uns wie ein Dunstkreis; aber wir sehen es nicht», schrieb Baudelaire enttäuscht über die Kunstwerke des Jahres 1845 und ihre Künstler, die den Blick von dem abwendeten, was die Gegenwart an Neuem bot. Zwar erschloss die Romantik neue Themen und Landschaften – ein Maler wie Delacroix bereiste Nordafrika und entdeckte in den Städten und Landschaften Marokkos und Algeriens neue Motive und Farben, während der Realismus viele Maler von der Enge des Ateliers befreite und ländliche Szenen an Beliebtheit gewannen, wie etwa die säenden Bauern auf einem Bild von Jean-François Millet, «L'Angélus».

Doch Baudelaire blieb mit seinen Forderungen und Sehnsüchten allein. Während er gegen Ende seines Lebens das Debüt Manets erlebte, dessen Geschmack für die moderne Realität er lobte, und Paris sich zu einer sanierten Industriemetropole entwickelte, lag den Künstlern seiner eigenen Zeit nichts ferner als eben die Konzentration auf das moderne Leben.

Sehr Baudelaire sich als ausserhalb der Gesellschaft stehend empfand, so sehr war er als Autor doch auf sie bezogen. Seit dem Ende des Ancien Régime hatte sich neben Gesellschaft und Stadt auch der Kunst- und Litera-



Vorbild: amerikanischer Autor Poe.



Welt-Betrachter: Gemälde von Constantin Guys.

turmarkt gewandelt. Autoren buhlten nicht mehr um die (vor allem finanzielle) Unterstützung eines adeligen Patrons, sondern um die Gunst eines Verlegers und eines öffentlichen Publikums, das ihre Werke kaufen und dem Künstler ein Einkommen sichern sollte. So wurde Baudelaires Wunsch nach Schriftstellerruhm immer von der pragmatischen Erkenntnis begleitet, dem Markt so etwas wie einen «Bestseller» liefern zu müssen.

Er nannte diese Verpflichtung in seinen Tagebüchern «Prostitution» – und lebte unter einer Versagensangst, die er in einem Brief an seine Mutter vom 30. August 1851 beschrieb: «Meinen Gedichtband? Ich weiss, dass er vor ein paar Jahren genügt hätte, den Ruf eines Mannes zu begründen. Er hätte gewaltig Staub aufgewirbelt. Aber heute liegen die Dinge anders, die Bedingungen, die Umstände, alles. Und wenn mein Buch nicht einschlägt, was dann? Was dann?».

Vom Buchmarkt verbannt

Vorbild Baudelaires war der heute unbekannt Aquarellmaler Constantin Guys, der seinen Vorstellungen von einem «modernen» Künstler am nächsten kam. Ihm widmete er seinen bekanntesten Prosatext «Le peintre de la vie moderne» (1863), in dem er eine Programmatik der Gegenwart – der «Modernität», wie er sie nannte – entwarf und den idealen Künstler beschrieb, der sie in Kunst umsetzen soll. Die Gegenwart war für Baudelaire eine endlose Aufeinanderfolge verfliegender Augenblicke, die ein «moderner» Lyriker in Gedichte fassen sollte. Dazu, so schrieb er im «Peintre de la vie moderne», bedürfe es der Neugierde eines aufmerksamen Welt-Betrachtens.

Oft verglich Baudelaire diesen Blick des Dichters auf die Welt mit Sonnenstrahlen, die

ins Blickfeld holen, was bisher nicht in die Dichtung gehörte: die Hässlichkeit des Stadtalltags und die hässlichen, überarbeiteten Menschen.

In dem Gedicht mit den Anfangszeilen «Ich liebe die Erinnerung an jene nackten Zeiten ...» heisst es: «Will der Dichter heute [...] Herrlichkeit gewahren [...] so fühlt er eine finstre Kälte sich um seine Seele legen vor diesem düstren Schauspiel voller Grauen. O missgeformte Glieder ...!» Für seine Zensoren waren die oft in die Welt der Perversion hinabsteigenden Gedichte eine Provokation; die «Fleurs du Mal» wurden kurz nach ihrem Erscheinen im Jahr 1857 vom Buchmarkt verbannt, und Baudelaire wurde zu einer Geldstrafe wegen des Verfassens unmoralischer Schriften verurteilt. Doch ein langfristiger Erfolg wurden die «Fleurs du Mal» trotz allem; denn für die Dichter und Denker seiner Nachwelt steht Baudelaire am Beginn der modernen Dichtung und Literatur.

Baudelaire solidarisierte sich mit der Unansehnlichkeit seiner Zeit.

Baudelaire solidarisierte sich mit der Unansehnlichkeit seiner Zeit, nannte sich selbst «verkrüppeltes Scheusal», einen hässlichen Auswurf der modernen Stadt. In seinen Gedichten stellte er sich als tollpatschigen Fechter, Strassenhund, langsamen Albatros, ungeschickten Bauer, abgemagerten König dar, als einen im Kerker Gefangenen, Kastrierten oder Verwesenden. Hier wird ein weiteres dichterisches Verfahren deutlich. In den «Fleurs du Mal» heisst Dichten, auch Dinge in Dingen zu

entdecken oder das analoge Sehen einander entsprechender Formen, oftmals begleitet von Farben und Gerüchen. In dem Gedicht «An eine, die vorüberging», erscheinen Haut, Kleid und Wetter wie eine Kettenreaktion: der die Nacht für einen Sekundenbruchteil erhellende Blitz verweist auf den schwarzen Saum und die darunter aufblitzende weisse Haut der Dame.

Doch nicht immer gab es in der Grosstadt Neues zu sehen, und oft setzte Langeweile ein. Daher werden die «Fleurs du Mal» auch das Buch des Ennui genannt, denn oft geht es ihnen um die fast körperlich schmerzende Langeweile ob der Leere des Alltags angesichts des grauen Pariser Himmels, der monotonen Häuserfassaden oder der ewig gleich vor sich hin blickenden Menschen. Manchmal fand Baudelaire dafür auch spezifische Bilder: öde Wüsten, Schnee- oder Regenlandschaften, Erfrierende oder Weinende.

Die «Fleurs du Mal» sind für Walter Benjamin, einen der grossen Kulturkritiker aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ein Phänomen der Moderne schlechthin, und in Baudelaire sah er einen ständig in finanzielle Streitigkeiten verwickelten Bewohner von Paris, einen gesellschaftlichen Aussenseiter und vor allem die Verkörperung der Kultur jener Zeit. Er erlebte den Beginn des modernen Grosstadtlesens und der Architektur, welche unsere heutigen Metropolen entstehen liess. In Städten wie Paris – für Benjamin die «Hauptstadt des 19. Jahrhunderts» – oder London – für Friedrich Engels der alles verschlingende «Moloch» – wird das moderne Leben erfunden, die «Modernität», in der Baudelaire ein faszinierendes Zusammenspiel von «alten» und «neuen» Formen sieht. Für ihn zeigt sich die Modernität einer Zeit in der Mode,



Leere des Alltags: die Pariser rue du Cloître-Notre-Dame.

dem Make-up, dem Essen und der Musik. Baudelaire favorisierte das Entdecken neuer Gerichte und Geschmackssensationen, durch deren Erfahrung er der Dichtung neue Formen erschliessen wollte.

«Schnappschüsse des Jetzt»

Die Überstimulation der Sinne durch die Stadt – Plakate, Verkehr, Geschäfte, Gerüche, Lärm – verglich Siegfried Kracauer, ein Philosoph und Sozialkritiker aus der Weimarer Republik, mit einem Traum, wie sie nur der Hunger auslösen könne. In seinem Gedicht «Die sieben Greise» schien es Baudelaire um eine endlose Kette von Eindrücken zu gehen, die sich der Kontrolle des Ich entziehen. An einem regnerischen Morgen in einer Seitenstrasse stösst er auf einen armen Alten. Als sich beide anblicken, werden aus dem Alten zahlreiche satanische Kreaturen. Voller Entsetzen ergreift das Ich die Flucht und eilt nach Hause, doch es gelingt ihm nicht, das innere Bilderchaos einzustellen: «Vergeblich wollte die Vernunft das

Steuer fassen; wie sehr sie sich auch mühte, alles machte spielend der Sturm zuschanden, und meine Seele trieb [...] auf uferlosem Meer.» Baudelaire versuchte also kurze Momente einer sich immer schneller verändernden Welt, sozusagen «Schnappschüsse des Jetzt», in der Kompaktheit eines Gedichtes festzuhalten. Er nannte manche von ihnen «tableaux» und spielte so auf das damalige feuilletonistische Genre des «tableau» an, in dem es um den kurzen Einblick in eine alltägliche Angelegenheit ging.

Durch das Ablegen der Metro-Fahrkarten am Grab von Baudelaire scheinen die Passanten intuitiv eine Verbindung zwischen der heutigen und der damaligen Stadterfahrung anzuerkennen. Baudelaire erlebte den Beginn der Grosstadt, die der heutigen immer noch stark ähnelt, und des Paris, wie wir es heute kennen. Er hielt die Stadt in poetischen Schnappschüssen fest, wir fotografieren ihre Momente mit Smartphones oder Kameras.

Was mit den «Fleurs du Mal» auf einer Promenade Baudelaires im gemächlichen oder hektischen Schritttempo oder mit einer Kutschenfahrt in einer vollen Stadt begann, hat sich bis heute zu schnellen Fahrten über und unter der Erde und vorüberbrausenden Eindrücken gesteigert. Heute ersetzt die U-Bahn (aber auch Bus, Bahn und Auto) zwar nicht die Sicht des Fussgängers auf die Stadt, beschleunigt sie aber beizeiten so sehr, dass wir bei einer hektischen Aufnahme im Vorüberfahren sicherlich Baudelaires Angst vor der unwiederbringlichen Verlorenheit dieser plötzlich auftauchenden und für uns besonderen Momente nachempfinden können.

Baudelaires Gedichte sind kurze Eindrücke des modernen Lebens aus der Mitte des



Ort der Massen: Grab in Paris.

19. Jahrhunderts. Unsere Stadteindrücke sind ähnliche «Schnappschüsse des Jetzt», die Schönes und Hässliches gleichermaßen festhalten. Was sie «modern» macht, ist, dass sie sich aus unserer eigenen Gegenwart und ihren flüchtigen Alltagsbegegnungen mit dem Hauch des Besonderen ergeben. Unzählige Momente, die vergehen, und nur wenige, die in einem schnellen Bild bewahrt werden können – vielleicht ist dies das Schicksal unserer Konfrontation mit der Gegenwärtigkeit einer modernen Stadt.

Ein Hauch von Parfüm

So teilen die Passanten am Grab des Dichters Baudelaires Intuition, dass das Festhalten der eigenen Gegenwart nicht immer garantiert ist. Das Grab des Dichters ist Ort der Trauer um unsere eigenen verlorenen Momente, die so klein und unbedeutend erscheinen mögen wie Fahrkarten, die aber ebenso Erinnerung an ein «Jetzt» sind, wie die Datumsstempel darauf und die hingekritzeltten Verse der «Blumen des Bösen» daneben.

Baudelaire steht in gewisser Weise am Beginn unserer eigenen Stadterfahrung. Als einer der Ersten sah er die Schönheit der Stadt auch in ihrer Hässlichkeit, einschliesslich der Aufregungen und Ablenkungen, die sie bietet, und erkannte sie als Ort seines Aussenseitertums und des Verschwindens in der Menge. Vor allem aber entfaltet sich in der Grosstadt bis heute die Modernität – in unseren «Trends», die nie aufhören zu interessieren. Inmitten der Banalität des Alltags erscheinen sie als ästhetische Momente, kurz und eindrucksvoll wie Baudelaires Gedichte – und oft nur so flüchtig wie der Hauch des neuesten Parfüms von einer, die vorübergeht. ○



«So gehst du mir nicht in die Schule, Bürschchen.»

Bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Graeme Simsion:** Das Rosie-Projekt (*Fischer Krüger*)
- 2 (1) **Jonas Jonasson:** Die Analphabetin, die rechnen konnte (*Carl's Books*)
- 3 (3) **Haruki Murakami:** Die Pilgerjahre des farblosen Herrn Tazaki (*Dumont*)
- 4 (6) **Joël Dicker:** Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert (*Piper*)
- 5 (5) **Khaled Hosseini:** Traumsammler (*S. Fischer*)
- 6 (4) **Camilla Läckberg:** Die Engelmacherin (*List*)
- 7 (-) **Nicci French:** Schwarzer Mittwoch (*Bertelsmann*)
- 8 (-) **John Williams:** Stoner (*DTV*)
- 9 (9) **Henning Mankell:** Mord im Herbst (*Zsolnay*)
- 10 (7) **Robert Galbraith:** Der Ruf des Kuckucks (*Blanvalet*)

Sachbücher

- 1 (3) **Jacky Gehring:** Body Reset – Schnelle Küche (*Weltbild*)
- 2 (1) **Michelle Halbheer:** Platzspitzbaby (*Wörtersch*)
- 3 (-) **Max Frisch:** Aus dem Berliner Journal (*Suhrkamp*)
- 4 (-) **Guido Maria Kretschmer:** Anziehungskraft (*Edel*)
- 5 (6) **Jacky Gehring:** Body Reset – Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
- 6 (4) **Jacky Gehring:** Body Reset – Das Kochbuch (*Weltbild*)
- 7 (5) **Christiane V. Felscherinow, Sonja Vukovic:** Christiane F. ... (*Levante*)
- 8 (9) **Guinness World Records:** 2014 (*Bibliographisches Institut*)
- 9 (7) **Verena Wermuth:** Wiedersehen mit Scheich Khalid (*Weltbild*)
- 10 (2) **Detlef Pape, Anna Cavelius, Angelika Ilies:** Schlank im Schlaf ... (*Gräfe und Unzer*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Diskriminierung

Angesichts der Rassismusklagen gegen Humoristen in der Schweiz hat der *Blick* einige Medienjuristen Witze über Ethnien und Religionen beurteilen lassen. Darf man diese Witze erzählen? Jeden Witz haben die Humorpolizisten mit einer Ampel versehen. Grün: «Es darf hemmungslos gelacht werden»; Gelb: «Bedenklich»; Rot: «No-go!». Das Resultat ist durchaus interessant: Bei allen Witzen steht die Ampel entweder auf Grün oder Gelb. Nur beim Judenwitz, da steht sie auf Rot. Über Italiener, Muslime, Schwarze oder Türken Witze zu machen, ist zwar manchmal problematisch, aber erlaubt. Nur nicht über Juden. Wenn das nicht eine Ungleichbehandlung, ja Diskriminierung ist! Wer klagt zuerst? (rb)

Tagebücher

«Noch drei oder vier Jahre»

Das jetzt veröffentlichte, stark zensierte «Berliner Journal» von Max Frisch bietet wenig Neues. Aber es lädt zum Wiederentdecken eines seiner meisterlichen Spätwerke ein. *Von Markus Schär*

Die Voyeure enttäuscht die vierzig Jahre alte Neuerscheinung. Anfang 1973 zieht das Ehepaar Max und Marianne Frisch-Oellers, er 62, sie 34, von Zürich nach Westberlin. In der noch leeren Wohnung an der Sarrazinstrasse 8 beginnt der Autor am 6. Februar ein Journal zu führen: «Abend bei Grass. Nieren.»

Eine bewegte Zeit, nicht nur für Berlin und den Westen, sondern auch für Max Frisch. Mit seinem «Tagebuch 1966–1971» feiert er «horrende Auflagen», wie er vermerkt; in Berlin kennen ihn auch der Tapezierer, der Elektriker und der Antiquitätenhändler: «Hören Sie mal, wir lesen Sie.» Er ringt aber um seine Arbeit. Er kämpft gegen den Alkohol. Und er fürchtet, 1959 schwer an Hepatitis erkrankt, schon mit gut sechzig die Demenz. Vor allem aber kracht es in der Ehe. Marianne Frisch pflegt eine Beziehung mit dem Autor Donald Barthelme – einem Freund des Hauses –, wie dieser schon 1971 in einem Text im *New Yorker* angedeutet hat, in dem er sich über den nichtsahnenden Frederick lustig machte. All dies hält der Journalschreiber fest.

«Ich habe nicht mit dir gelebt als literarisches Material», zitiert Max Frisch seine Ehefrau in einem späteren Werk. «Ich verbiete es, dass du über mich schreibst.» Der Autor, der sich selber zeitlebens schonungslos offen befragte, hält sich – zumindest als Tagebuchschreiber – strikt daran. Er verfügt, dass die fünf Hefte seines «Berliner Journals» erst zwanzig Jahre nach seinem Tod an die Öffentlichkeit kommen dürfen. 2011 lief diese Sperrfrist ab. Jetzt gibt der Germanist Thomas Strässle als Präsident der Max-Frisch-Stiftung die zwei ersten Hefte heraus. Allerdings finden sich darin immer wieder Auslassungen, rund ein Achtel des Textes fehlt: fast alle Einträge zum Zusammenleben des Ehepaars Frisch, denn diese bleiben aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen gesperrt.

Die stärksten Texte reifen heran

Auch ohne die Szenen einer Ehe aber bietet das «Journal» wertvolle Einblicke in die Berliner Jahre, aufschlussreich für das Schaffen von Max Frisch in seinen letzten zwei Jahrzehnten. Er arbeitet, 1973 (!), «im Bewusstsein, dass ich noch drei oder vier Jahre habe». Er klagt: «Wenn es zu Erfahrungen kommt, so nur noch durch Schreiben.» Und er fühlt sich wie ein Wärter in einem Leuchtturm, der nicht mehr in Betrieb ist: «Er notiert sich die durchfahrenden Schiffe, da er nicht weiss, was er sonst tun

soll.» In der unerbittlichen Auseinandersetzung mit Alter und Tod, eigener Biografie und alltäglicher Weltpolitik, vor allem bei den Schriftstellerkollegen in Ostberlin, reifen aber Texte heran, die heute zu den stärksten von Max Frisch zählen: Diese zeitlosen Meisterwerke gilt es nach der Lektüre des «Journals» nochmals zu entdecken.

«Jetzt Memoiren schreiben (nicht zur Veröffentlichung) wäre das Abenteuer, das noch möglich ist», hält der Autor im März 1973 fest. Er setzt im «Journal» dazu an, so mit längeren Skizzen zu seinem Jugendfreund Werner Coninx aus der Verlegerfamilie. Im März 1974, am Ende des zweiten Hefes, bricht der jetzt veröffentlichte Text ab. Max Frisch fliegt zu einer Lesereise in die USA, dort betreut von der dreissigjährigen Verlagsangestellten Alice Locke-Carey, die keine Zeile von ihm gelesen hat. Zum



«Ich habe nicht mit Dir gelebt als literarisches

Abschluss verbringt er mit ihr ein Wochenende in Montauk auf Long Island und beschliesst dabei, diese leichte Gegenwart ohne Bindung und Schuld zu beschreiben und gleichzeitig auf «my life as a man» zurückzublicken. Im September 1975 erschien «Montauk», vom Kritiker Marcel Reich-Ranicki gefeiert und später in seinen «Kanon der deutschen Literatur» aufgenommen.

Zorniger alter Mann

Max Frisch übernahm darin seine Geschichte mit Werner Coninx, er erzählte aber vor allem von seinen Frauen: von der ersten Ehefrau Trudy Frisch, von der Dichterin Ingeborg Bachmann, auch – trotz Verbot – von der zweiten Ehefrau. Das führte 1979 zur Scheidung. Der Autor lebte danach wieder vorwiegend zurückgezogen in Berzona im Onsernonetal.

In Berlin plagt er sich 1973/74 mit mehreren Fassungen einer Erzählung ab: In einem Tessiner Tal sitzt ein alter Mann in seinem Haus im Dauerregen, fürchtet den Verlust des Gedächtnisses und hängt Lexikonartikel an die Wände, um das Wissen der Welt festzuhalten. Auch Schriftstellerfreund Uwe Johnson findet einen Versuch «gründlich missraten», Max Frisch aber hält das Thema weiterhin für «mein Thema»: Wie es ihn umtrieb, belegen zahlreiche Einträge eindrück-

lich. 1979 endlich erschien «Der Mensch erscheint im Holozän», in Amerika gleich bejubelt, im deutschen Sprachraum aber erst später als Meisterwerk erkannt: Beim Erscheinen galt die Erzählung als nicht genügend politisch, also nicht gesellschaftlich relevant.

Max Frisch gab sich in seinen letzten Jahren auch offen politisch, spätestens seit dem «Dienstbüchlein» von 1974, das er im «Journal» mit keinem Wort erwähnt. Dabei wog er im bewegten Berlin noch sorgfältig ab. Er sah bei Günter Grass, «was die politische Phase an literarischer Potenz gekostet hat». Und er hörte die falschen Töne der parteikonformen Schriftstellergenossen in der DDR. In der Schweiz aber trat er bis zu seinem Tod 1991 als zorniger alter Mann auf – nicht mit seinen stärksten Werken.

Wie es dazu kam, bleibt zu ergründen. Der veröffentlichte «Journal»-Auszug bietet keine Einsichten. Und die drei Hefte von 1974 bis 1980, die sich vorwiegend um das Privatleben drehen, bleiben wohl unveröffentlicht. Marianne Frisch lebt immer noch in der Wohnung an der Sarrazinstrasse 8 in Berlin, so wie sie diese 1973 eingerichtet hat.

Max Frisch: Aus dem Berliner Journal. Suhrkamp. 235 S., Fr. 28.90

Jazz

Die Dämmerung ist ein stilles Land

Von Peter Rüedi

Mark Turner und Baptiste Trotignon sind Geistesverwandte. «Soul brothers» wäre eine irreführende Etikette für den Tenorsaxofonisten aus Kalifornien (Jahrgang 1965) und den knapp zehn Jahre jüngeren französischen Pianisten. Mit Blues und Funk und Gospel, mit der blauschwarzen Seite des Jazz haben die beiden weniger zu schaffen, auch wenn das zweite Stück ihrer jüngsten CD «Left Hand of Darkness» heisst. Ihre Nacht ist die der Romantik, vor allem das Zwielflicht der Dämmerung, wenn sich die Konturen auflösen und das Licht und die Stimmungen ineinanderfließen. Beide sind grosse Melodiker, eindringliche Sänger, Liebhaber von Balladen, und so ist denn das Album mit dem programmatischen Titel «Dusk Is a Quiet Place» so etwas wie eine Fortsetzung dessen, was einmal auf Französisch *le lied* hiess. Lieder ohne Worte.

Turner ist ein schwarzer Saxofonist, der keinen Hehl macht aus seiner Bewunderung für Warne Marsh, den coolen Melomanen aus den Zeiten von Lennie Tristano. Und Trotignon begann als Kind zuerst auf der Violine, bevor er zum Klavier wechselte und eine klassische Ausbildung absolvierte. Beides ist seinem Spiel anzumerken, wenngleich in eine andere Sphäre verwandelt. So gesehen, liegt der Vergleich mit dem Altmeister des modernen französischen Jazzpianos nahe, kann man den Kritiker verstehen, den dieses Duo an das von Martial Solal und Lee Konitz (der anderen Ikone des coolen Saxofons) erinnert. Nur dass Trotignon seine Virtuosität hier an der kurzen Leine hält. Mit Ausnahme einer schnellfingerigen, beredten Nummer spielen sowohl er wie Turner um die Pausen herum, die sie sich mit grosser Delikatesse, mit vollendeter Höflichkeit gegenseitig zu Füßen legen («Bitte nach Ihnen», «Dürfte ich, wenn's conveniert, um ein Statement bitten?» – ungefähr so). Dementsprechend nehmen sich beide, was den Originalitätsimperativ angeht, zurück: so weit, dass sie sogar zwei Bach-Choräle ganz nah am Original interpretieren. Was, versteht sich, unter dem Strich eindrücklicher sein kann als Egotrips im virtuoson Fortissimo.



Mark Turner /
Baptiste Trotignon:
Dusk Is a Quiet Place.
Naive NJ 623211

Material»: Schriftsteller Frisch.

Top 10

Knorr's Liste

1	The Wolf of Wall Street	★★★★★
	Regie: Martin Scorsese	
2	Nebraska	★★★★★
	Regie: Alexander Payne	
3	La vie d'Adèle	★★★★★
	Regie: Abdellatif Kechiche	
4	Le Passé	★★★★★
	Regie: Asghar Farhadi	
5	Blue Jasmine	★★★★★
	Regie: Woody Allen	
6	The Lunchbox	★★★★★
	Regie: Ritesh Batra	
7	A Touch of Sin	★★★★☆
	Regie: Jia Zhangke	
8	The Secret Life of Walter Mitty	★★★★☆
	Regie: Ben Stiller	
9	The Hunger Games: Catching ...	★★★★☆
	Regie: Francis Lawrence	
10	Die schwarzen Brüder	★★★☆☆
	Regie: Xavier Koller	

Kinozuschauer

1 (-)	The Wolf of Wall Street	60 352
	Regie: Martin Scorsese	
2 (1)	Der Medicus	13 788
	Regie: Philipp Stölzl	
3 (2)	The Secret Life of Walter Mitty	10 649
	Regie: Ben Stiller	
4 (-)	Fünf Freunde 3	8 189
	Regie: Mike Marzuk	
5 (4)	Frozen	7 257
	Regie: Chris Buck	
6 (5)	Die schwarzen Brüder	6 615
	Regie: Xavier Koller	
7 (3)	The Hobbit	6 591
	Regie: Peter Jackson	
8 (-)	Il était une forêt	4 171
	Regie: Luc Jacquet	
9 (-)	Nebraska	4 038
	Regie: Alexander Payne	
10 (6)	Fack Ju Göhte	3 539
	Regie: Bora Dagtekin	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	White House Down (Sony)
2 (-)	R.I.P.D. (Universal)
3 (1)	Wir sind die Millers (Warner)
4 (3)	Planes (Disney)
5 (2)	Pain & Gain (Rainbow)
6 (4)	Elysium (Sony)
7 (5)	Turbo (Fox)
8 (7)	Der Hobbit (Warner)
9 (6)	Lone Ranger (Disney)
10 (8)	Ich – Einfach unverbesserlich 2 (Universal)

Quelle: Media Control



Bilder werden zur Revolte: Benedict Cumberbatch (l.) und Chiwetel Ejiofor in «12 Years a Slave».

Kino

Geschlagen, gefoltert, verscherbelt

Der Film «12 Years a Slave», Oscar-nominiert, setzt sich schonungslos mit der Sklaverei auseinander.

Von Wolfram Knorr

Im gelächterfrohen Rachespiel «Django Unchained» steht der «weisse Retter» eines Sklaven im Mittelpunkt. Im preisgekrönten und neunfach Oscar-nominierten Drama «12 Years a Slave» bleibt er eine Randfigur – vermutlich, weil es ihn in Wahrheit kaum gab; vermutlich, weil er eine Projektion des schlechten Gewissens der Weissen ist.

In Solomon Northups aberwitziger Vita gab es ihn tatsächlich: ein Zimmermann (Brad Pitt, auch Co-Produzent), der Solomon und seine Behauptung, er sei ein freier schwarzer Mann, ernst nimmt. Allen anderen Weissen gegenüber darf Solomon nicht zu erkennen geben, dass er aus dem gebildeten Mittelstand kommt, aus Saratoga, im Staat New York, wo die Sklaverei abgeschafft ist. Als er von Sklavenhändlern betrunken gemacht, betäubt, entführt und verkauft wird, beginnt der unfassbare Albtraum – tief im Süden, in einer dunklen Zelle, angekettet, geschlagen, gefoltert, verscherbelt.

Nach der Befreiung schrieb er sich das Elend seiner unfassbaren Höllenfahrt von der Seele, das Buch erschien 1853. Doch im Gegensatz zu Harriet Beecher Stowes Roman «Onkel Toms Hütte» geriet Northups Autobiografie in Vergessenheit, bis die Frau des farbigen Briten und Videokünstlers Steve McQueen sie wieder entdeckte und ihrem Mann ans Herz legte. Mit dem

Hungerstreik-Film «Hunger» (2008) und dem Sexsüchtigen-Drama «Shame» (2011) entwickelte McQueen sich zum ungewöhnlichen Regisseur, der vor allem den physischen Schmerz in den Mittelpunkt rückt, ihn nach-spürbar zu machen versucht. Deshalb ist «12 Years a Slave» auch so ungewöhnlich. Noch nie hat es einen Film über die Sklaverei gegeben, der das Wesentliche in den Mittelpunkt stellt: die seelische und physische Qual und Erniedrigung, rigoros und schonungslos ins Bild gerückt.

Alle anderen Filme zum Thema Sklaverei, von «Gone With the Wind» (1939) über «Roots» (1977), «The Color Purple» (1985) bis «Amistad» (1997), sind folkloristische Melodramen – Neger-mammies, augenrollende Onkel, servile Diener («The Butler», 2013) –, mit einem Technicolor-Pinsel aufgetragen, der alles in ein Licht taucht, das zu Tränen rührt, aber auch von der Überlebenskraft des Menschen überzeugt. «12 Years a Slave» ist nicht frei davon, aber die konzentrierte Schonungslosigkeit, mit der McQueen Schmerz und personale Zerstörung «sichtbar» macht, unterscheidet diesen Film von allen bisherigen über die Sklaverei. Zu den qualvollsten Szenen gehört jene, in der Solomon (Chiwetel Ejiofor), mit einer Schlinge um den Hals, minutenlang an einem Ast baumelt. Nur mit den Zehenspitzen kann er den Boden berühren; gäbe er nach, würde er

ersticken. Und während er qualvoll mit den Zehenspitzen «tänzelt», geht hinter ihm die Arbeit weiter. Kein Sklave wagt es, ihm zu helfen. Solomon lernt, so McQueen, «was viele seiner in der Sklaverei geborenen Leidensgenossen nie anders erfahren haben: Wenn du überleben willst, halte den Kopf gesenkt und deinen Mund geschlossen.»



Rigoros: «12 Years a Slave».

Eine Überlebens-Garantie ist auch das nicht. Ein liberal daherschwafelnder Duckmäuser (Benedict Cumberbatch) braucht Geld, setzt Solomon als Zahlungsmittel ein, der daraufhin auf der Baumwollfarm von Edwin Epps (Michael Fassbender) landet, einem kranken, perversen, impotenten Despoten, der die Sklavin Patsy (Lupita Nyong'o) Abend für Abend vergewaltigt und Solomon zwingt, sie auszupeitschen. Es sind fürchterliche Szenen, aber voyeuristisch sind sie nie. Und genau darin zeigt sich die hohe Kunst Steve McQueens: Die Bilder werden zur Revolte. ★★★★★

Weitere Premiere

Philomena — Der abgebrühte Ex-Journalist Martin Sixsmith (Steve Coogan) möchte ein Buch schreiben, aber bloss keins über «menschliche Schicksale». Ein solches aber offeriert ihm Philomena (Judi Dench). Sie sucht professionelle Hilfe bei der (langjährigen) Suche nach ihrem Sohn. Die junge Philomena wuchs in einem

irischen Nonnenkloster auf und wurde nach einer schnellen Liebschaft schwanger. Daraufhin wurde sie als billige Arbeitskraft im Kloster festgehalten und ihr Junge mit drei Jahren zur Adoption an ein amerikanisches Paar freigegeben. Die Mutter hatte nicht einmal die Möglichkeit, sich vom Kind zu verabschieden. Sie litt ein Leben lang unter dem Verlust. Jetzt, im hohen Alter, sucht sie Gewissheit, will ihren Sohn suchen und finden. Sixsmith recherchiert und wird hellhörig, als er von lukrativen Verkäufen von Kindern durch das Kloster erfährt. Seine Verlegerin verspricht sich vom Stichwort «teuflische Nonnen» einen Verkaufsschlager. So macht sich das ungleiche Paar – die trotz allem gläubige Philomena und der Journalist – auf die Suche nach dem verlorenen Sohn.

«Philomena» basiert auf dem Buch «The Lost Child of Philomena Lee» von Martin Sixsmith. Steve Coogan war von der Story derart fasziniert, dass er das Projekt finanzierte, am Buch mitschrieb, eine Hauptrolle übernahm und Stephen Frears («The Queen») als Regisseur gewinnen konnte. Das Ergebnis ist ein wunderbarer, gefühlvoller und intelligenter Film über Journalismus, Glauben, Komik und Tragik. Wie die beiden nach anfänglicher gegenseitiger Abneigung und gegenseitigem Misstrauen Schritt für Schritt zueinanderfinden und Sympathien füreinander entwickeln, das ist hinreissend. Ein Pas de deux der ganz besonderen Art. ★★★★★



Pas de deux: Dench (l.), Coogan in «Philomena».

Fragen Sie Knorr

In den Berichten über «The Secret Life of Walter Mitty» wird immer wieder auf die erste Verfilmung mit Danny Kaye verwiesen. Auf Youtube findet man einen Haufen Sachen über ihn. Aber welche Bedeutung hatte er denn? W. L., Basel

Der Film, der am besten sein Profil, seinen Typus charakterisiert, ist «The Court Jester» («Der Hofnarr», 1955). Kaye entstammte der Vaudeville-Szene und positionierte sich ziemlich klug als singender und tanzender Zap-



pelphilipp und Hans Guckindieluft. Jerry Lewis war ähnlich, spielte aber nie so heftig mit Schrulligkeiten wie Kaye. Mit seiner spitzen Nase und seinen kecken Locken stolperte er aber über seine eigene Hektik. In «Knock on Wood» (1954) spielt er einen Bauchredner, dem seine Puppen über den Kopf wachsen. Er verkörperte den Nachkriegs-Hyperaktiven und würde heute als ADHS-geschädigt gelten. Dass er in Vergessenheit geraten ist, ist schade.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Arena der lahmen Kätzchen

Von Christian Mundt

Die Ausgangslage verspricht Spannung: Mit SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz und Ständerat Thomas Minder stehen zwei Befürworter der SVP-Masseneinwanderungsinitiative im inneren Ring der «Arena», die für pointierte Aussagen und klare Worte bekannt sind. Auch die Gegner des Volksbegehrens, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und der Walliser Staatsrat Jean-Michel Cina, gehören nicht in die Kategorie der Leisetreter. Doch unter der Leitung von Dompteurin Sonja Hasler verstummen die brüllenden Löwen zu lahmen Kätzchen.

Angriffige Voten sind in der Sendung ebenso wenig zu sehen oder zu hören wie schnelle Konter auf zuvor Gesagtes. Die Politiker im Ring scheinen vielmehr das warme Bett zur Nachtruhe als harte Worte für den Gegner vor ihren Augen zu sehen, so ruhig, fast schon unterwürfig verläuft das Gespräch: Niemand fällt dem anderen ins Wort, und jeder darf ausreden – egal, wie lange der Monolog auch gehen mag.

Und da niemand die Antwort auf die Frage kennt, ob die Schweiz trotz oder gerade wegen der Personenfreizügigkeit in wirtschaftlich guter Verfassung ist, können die Diskussionsteilnehmer mit Zahlen und Behauptungen auftrumpfen, ohne dass diese auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden könnten. Der Informationensuchende Zuschauer bleibt so ratlos vor dem Fernsehgerät zurück.

Anders beurteilt der Publikumsrat die Freitagabendsendung. Das beratende Organ des Schweizer Fernsehens, das – rein konsultativ – die verschiedenen Programme beurteilt, lobt die «bessere Gesprächskultur». Das Grüppchen von 26 mehrheitlich in der Kommunikationsbranche und im Bildungswesen Beschäftigten nahm kürzlich die seit 1993 ausgestrahlte Diskussionsrunde unter die Lupe und stellte bei der Gelegenheit fest, «dass sich die «Arena» im Lauf der letzten Zeit von Polarisierung und Popularisierung hin zu mehr Sachlichkeit und einer besseren Gesprächskultur entwickelt hat».

Wenig begeistert davon sind die Zuschauer, die immer seltener am Freitagabend die «Arena» einschalten.

Abstimmungs-«Arena»: Freitag, 22.25 Uhr, SRF 1

Bedingungslos geliebt

Wörterseh-Essen im «Weissen Wind»; Kunst-Diner im «Haute»; junge Gönner in der Tonhalle. Von *Hildegard Schwaninger*



Verliebt: Ehepaar Baumann-von Arx.

Beim jährlichen Wörterseh-Essen im Restaurant «Weisser Wind» im Zürcher Oberdorf ging es hoch her. 260 Gäste kamen (neuer Rekord), kein Sessel blieb leer, Medienschaffende drängten sich, Migros-Boss **Herbert Bolliger** und seine Frau **Beatrice Bolliger**, die Fitnesstrainerin, waren da und **Bruder Gerold Zenoni** aus dem Stift Einsiedeln mit seinem Bruder, Filmemacher **Felice Zenoni**. Gastgeber: Wörterseh-Verlegerin **Gabriella Baumann-von Arx** und TV-Unterhalter **Frank Baumann**. Die beiden treten, obwohl sie letztes Jahr schon Silberhochzeit feierten, immer noch als verliebtes Paar auf. Gemeinsam präsentierten sie Verlagsprogramm und Autoren.

Interessant, wie der als Zyniker bekannte Frank Baumann butterweich wird, wenn es um die Betroffenheitsliteratur seiner Frau geht. Diese bringt Bücher zu unerquicklichen Themen heraus. Es geht um häusliche Gewalt, Tod, Drogen, Prostitution. Dennoch (oder gerade deshalb) werden fast alle Bestseller. Von ihren Autoren wird Gabriella Baumann bedingungslos geliebt. Ihr Geheimnis: Sie hört ihnen zu. Als ehemalige Arzthelferin und Flugbegleiterin hat sie ein Ohr für die Probleme ihrer Mitmenschen. Irgendwann mutierte sie zur Journalistin, gründete ihren Verlag 2004, weil sie für ihr zweites Buch über **Lotti Latrous** keinen Verleger fand (vorher hatte sie Bücher über **Nella Martinetti** und **Evelyne Binsack** ge-

schrieben). Dieses Jahr bringt sie bereits dreizehn Bücher heraus. Eins, den «Leitfaden für Golfer», steuert ihr Mann bei. Er hat sich mittlerweile der Leidenschaft Golf verschrieben.

Neu hat die Verlegerin eine erfrischende Autorin, die leichte und lustige Romane schreibt. **Blanca Imboden**, die mit «Wandern ist doof» und «Drei Frauen im Schnee» zwei Bestseller landete und – noch viele andere im Köcher hat. Imboden schreibt im Jahr zwei Bücher, hauptberuflich arbeitet sie bei der Seilbahn auf dem Stoos. Zu kurz kommt bei der Schnellschreiberin der Haushalt. «Mein Mann ist froh, wenn Journalisten kommen. Dann wird aufgeräumt.»

Nach der Vernissage in der Galerie **Andres Thalmann** mit dem amerikanischen Künstler **Donald Sultan** gab es ein elegantes Diner im «Haute», dem Member-Klub mit spektakulärer Aussicht mitten in Zürich-City. Gastgeber waren Galeriebesitzer **Carina Andres Thalmann** und ihr Mann **Bruno Y. Thalmann**, der eine Firma für «Art Leasing» hat. Art Leasing? Wie man ein Auto leasen kann, kann man auch Kunst leasen. Hat Steuervorteile und erlaubt dem Kunden eine gewisse Flexibilität. Er kann die Bilder zurückgeben, falls er sie nicht mehr will. Spontan ein Bild von Sultan kaufte Unternehmer **Thomas Robert Staubli**. Es passte, hellblau und schwarz, perfekt zum

Kleid seiner Frau **Corina**. Staubli ist VR-Präsident von Zai Ski. Er löste **Walter Bosch** ab, der jetzt Vizepräsident ist. Zai Ski wurde vom Spit-



«Art Leasing»: Galerist Thalmann.

zenskifahrer **Simon Jacomet**, heute CEO der Firma, ertüfelt, die Ski werden in Disentis hergestellt und sind die letzten in der Schweiz produzierten. Jedes Jahr verlassen zirka 800 Paar Ski die Werkstatt, handgefertigt und entsprechend zu Haute-Couture-Preisen ab 3900 Franken. Bentley und Hublot sind neuerdings Partner. Das Zielpublikum ist damit gesetzt.

Junge Menschen für sich zu interessieren und an sich zu binden, sieht die Tonhalle Zürich als essenzielle Aufgabe eines Kulturinstituts. So bekommen junge Gönner für ihren Jahresbeitrag von dreissig Franken viel. Neben verbilligten Tickets kann man auch etwas gewinnen: eine Einladung ins Konzert mit anschliessendem Pizzenessen mit Orchestermusikern, eine CD oder ein Gespräch mit dem Chefdirigenten **Da-**



Gute Investition: Zürcher Tonhalle.

vid Zinman. Gute Investition in die Zukunft! Die gesetzteren Gönner (Vorstandsmitglieder: **Pierre N. Rossier** als Präsident, **Helen Zimmer** als Vize, **Martin Albers**, **Tomas Prenosil**, **Carole Schmiel-Syz**) feiern – festlich und im Smoking – mit einem «Diner Musical» zum Thema **St. Petersburg**. **Kevin Griffiths** dirigiert das Tonhalle-Orchester, **Alexander Neustroev** spielt Violoncello. Programm: **Tschaikowsky**, **Khachaturian**, **Alexander Borodin**.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Mehrstöckiger Aufbau

Das Zuckerbäcker-Paar Babette Peterka, 49, und Eric Baumann, 52, ist seit 33 Jahren verheiratet. Süsse Rezepte bewähren sich nicht nur in der Backstube.



Tausend Wünsche: Ehepaar Peterka-Baumann.

Babette: Es war im Frühling 1981, ich war sechzehn Jahre alt: Klebrige Hände und Früh-Aufstehen waren überhaupt nicht mein Ding, und meine Motivation, an diesem Tag meine Schnupperlehre anzutreten, war alles andere als hoch. Doch als mir Eric – Konditorlehrling im dritten Lehrjahr – vorgestellt wurde, machte mein Herz einen Satz. Seine blaugrauen Augen und die feingliedrigen Hände fielen mir sofort auf. Beides gefällt mir bis heute ausgesprochen gut. Eric hat Humor, Sinn für alles Schöne, und vor allem steht er mit beiden Beinen im Leben. Drei Jahre später lag unter dem Weihnachtsbaum ein wunderschöner Liebesbrief mit einem Heiratsantrag.

Eric: Bereits mein *grand-papa* betrieb in Lausanne eine Konditorei, das war noch vor dem Zweiten Weltkrieg. Mein Vater war Inhaber der Confiserie Honold am Rennweg: Bis vor dreissig Jahren stellte er mehrheitlich klassische Hochzeitstorten aus sogenanntem Wedding-Cake-Biskuit her. Das war ein schweres, reichhaltiges Biskuit mit vielen konfierten Früchten und gut durchtränkt mit Rum, so dass es lange haltbar war. Das Biskuit wurde mit weisser Spritzglasur überzogen und mit feinsten Ornamenten ausgarniert. Früher war es Tradition, dass die oberste Hochzeitstorte bis zur Geburt des ersten Kindes aufgespart

wurde. Für das Taufessen brachte man den Cake zum Konditor, der die Glasur entfernte, abermals mit Rum tränkte und erneut mit Spritzglasur überzog und ausgarnierte.

Babette: Im August 1990 eröffneten wir unsere eigene Confiserie. Obwohl dieses Geschäft veraltet war, hat uns die Lage beim Balgrist, am Rande der Stadt Zürich gelegen und eingebettet zwischen Goldküste, Zürichberg und Seefeld, überzeugt. Auch die vielen Spitäler neben unserem Geschäft bringen das ganze Jahr sichere Kundschaft. Wir höhlten das Geschäft komplett aus und bauten Produktion, Laden und Gastronomie neu auf.

Eric: Ich bin seit vielen Jahren Mitglied von Relais Desserts International. Die nach strengen Kriterien ausgewählten Mitglieder verstehen sich als Künstler im Dienst der süssen Köstlichkeit. Wir nehmen auch nationale Trends und Neuigkeiten auf, verbreiten diese im eigenen Land, und im Bereich der Hochzeitstorten lief auch einiges: Heute arbeiten wir mit leichter Mousse, was den mehrstöckigen Aufbau der Torten möglich macht. Beim Dekor gehen wir auf die Wünsche der Brautpaare ein. Das geht von frischen Blumen über Schaustücke von Beruf oder Hobby der Brautpaare bis hin zur Lasershow, die auf die Torte projiziert wird.

Babette: Das beste Rezept? Jenes, das die Chancen auf eine lang dauernde und glückliche Partnerschaft erhöht: Man sollte Freiräume für eigene Interessen schaffen, dem anderen gegenüber aufmerksam und tolerant sein, ihn ernst nehmen und akzeptieren, den Humor nicht verlieren, gemeinsame Zeit ohne Kinder und das Geschäft verbringen und vor allem: Wünsche entwickeln, das finden wir beide sehr wichtig.

Eric: Ich habe noch tausend Wünsche und auch viele Pläne: den Laden umbauen, alle Produkte hinterfragen, neue Produkte ausprobieren und auf den Markt bringen. Unseren Kindern ein Vorbild sein und sie in ihrer Entwicklung und Ausbildung unterstützen. Die Welt bereisen und andere Kulturen kennenlernen. Und ganz wichtig: zusammen das Leben geniessen.

www.confiserie-baumann.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Nur ein Witz

Von Andreas Thiel — Das Gegenteil von Humor ist nicht Ernst, aber ernst.

Moralist: Humoristen, die «Neger» sagen, sind nicht lustig, sondern rassistisch.

Humorist: Wenn die Moralisten kommen, dann ist der Humorist der Neger.

Moralist: Aha! Jetzt habe ich dich in flagranti erwischt!

Humorist: Ich habe nur einen Witz gemacht.

Moralist: Über Neger macht man keine Witze.

Humorist: Ich habe auch nicht einen Witz über Neger, sondern einen Witz über Moralisten gemacht.

Moralist: Es gibt Dinge, die sind nicht lustig.

Humorist: Aber Leute, die keinen Humor haben, sind lustig.

Moralist: Nimmst du mich etwa nicht ernst?

Humorist: Nur wer Humor hat, ist ernst zu nehmen.

Moralist: Dein Humor ist das Gegenteil von Ernsthaftigkeit.

Humorist: Falsch. Das Gegenteil von Humor ist nicht Ernsthaftigkeit, sondern Frustration.

Und Frustration entsteht, wenn sich jemand nicht ernst genommen fühlt. Aber zu wenig ernst genommen fühlt sich bloss, wer sich zu ernst nimmt. Und wer sich selbst zu ernst nimmt, nimmt die anderen zu wenig ernst.

Moralist: Wer sich selbst nicht ernst nimmt, verliert ja jegliche Selbstachtung.

Humorist: Anstatt dich selbst zu achten, würdest du besser daran tun, andere zu achten.

Moralist: Ich achte jeden, der ernst zu nehmen ist.

Humorist: Ausser Menschen mit Humor. Denn wenn du uns Humoristen ernst nehmen würdest, dann würdest du uns keine Moralpredigten halten.

Moralist: Anderen Moralpredigten zu halten, ist immer noch besser, als sich über andere lustig zu machen.

Humorist: Die Predigt eines humorlosen Moralisten anhören zu müssen, ist frustrierender, als ausgelacht zu werden.

Moralist: Jemanden auszulachen, ist rassistisch. Aber eine Predigt kann auch mit einem Lächeln vorgetragen werden.

Humorist: Die Humorlosigkeit ist das Lächeln des Rassisten.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Markenzeichen: Schnute

Topmodel Kate Moss ist 40 geworden. Am Anfang ihrer Karriere stand die Antithese zum polierten Glamour. Inzwischen ist auch Moss froh, dass es die Retusche gibt. Von Jeroen van Rooijen



Nicht kleinzukriegen: Kate Moss.

In der Reihe der grossen Stil-Ikonen der letzten hundert Jahre taucht sie stets in den Top Ten auf: Kate Moss, 1974 in London geboren, als 14-Jährige entdeckt, mit 19 Millionärin, seit Wochenfrist zur Garde der Plus-40er gehörend und noch immer eines der bestbezahlten «Mädchen» im Geschäft mit Mode und Beauty. Dabei war Moss nie eine echte Schönheit.

Schon 1989, als sie ihre ersten Covers hatte und wenig später den ersten Werbevertrag mit Calvin Klein («Obsession») landete, war Moss die Antithese zum aufgekratzten Glamour der endenden Dekade: eher klein, dürr, flachbrüstig und mit einem Gesichtsausdruck gesegnet, der ans englische Regenwetter denken liess. Lachen war nie ihr Ding, reden schon gar nicht: Wenn Kate Moss den Mund aufmachte, dann nur, um diese leidende Schnute zu machen, die ihr Markenzeichen wurde. Ein Gesichtsausdruck, der von Geistesabwesenheit, Unausgeschlafenheit, Selbstzweifeln und Antriebslosigkeit erzählte – perfekt für den aufkommenden Grunge, das No-Future-Lebensgefühl in formlosen Strickjacken.

Andere Models waren genauso dünn und androgyn wie Moss. Doch nur an ihr, die stets so herrlich trist dreinschaute und wirkte, als interessiere sie noch nicht mal die Kamera, vor der sie ihr Geld verdiente, entlud sich der Volkszorn, wenn es wieder einmal um Anorexie ging. Sie allein sei verantwortlich für die Essstörungen einer ganzen Generation von Mädchen, hiess es. Moss tat wenig, um aus der Schusslinie zu kommen, im Gegenteil: «Nichts schmeckt so gut, wie dünn zu sein sich anfühlt» war eine der wenigen lakonischen Maximen, die sie von sich gab.

Die «Leck mich»-Attitüde der Neunziger ging vorbei, Kate Moss blieb. Sie liebte und verwarf mehrere zum Teil prominente Ehemänner bzw. Lebensgefährten, bekam eine Tochter und durchstand einen Shitstorm, nachdem sie gefilmt worden war, wie sie Drogen nahm. Moss war äusserlich zerbrechlich wie ein dürres Ästlein, moralisch aber nicht kleinzukriegen.

Zu ihrem Vierzigsten erschienen Huldigungen, die so klingen, als wäre sie schon doppelt so alt geworden. Von «Ikone der Modewelt» (*Frankfurter Allgemeine*), «Supermodel der anderen Art» (*Welt*) und «ewiger Lolita» (*Bild*) war zu lesen. «Ewig» ist jedoch auch im Fall Moss nicht endlos: Wer die jüngsten Werbekampagnen mit der filigranen Engländerin studiert, der erkennt, dass inzwischen auch dem «Mythos Moss» mit digitaler Bildretusche kräftig nachgeholfen wird. Ein Vierteljahrhundert Party, Nikotin und anderer Laster hinterlässt nun einmal Spuren.

Moss' stilistische Halbzeitbilanz ist durchzogen: Sie verhalf dem abgefuckten Street-Style mit Pulli, Jeans und Pumps zur Salonfähigkeit, und ihr Festival-Style (Gummistiefel und Hot Pants) in Glastonbury machte weltweit Schule. Doch sie bleibt in Erinnerung als eine, die dem Fach, das sie bekannt gemacht hat, immer auch den Stinkefinger zeigte. In gewisser Weise ist das auch ein Stil, aber eben: ein ambivalenter.

Hocker, die hinhalten

1—Der aus poliertem Stahlblech geformte «Plopp» des Polen Oskar Zieta war ursprünglich ein Materialexperiment im Rahmen von Forschungsarbeiten an der ETH Zürich. Während des Aufblasens (Druckluft) nimmt das verschweisste Blech «kontrolliert-unkontrollierte Formen» an (Zieta). Trotzdem hält der Hocker einem vertikalen Druck von bis zu zwei Tonnen stand. Zirka 275 Euro, erhältlich über www.zieta.pl.

2—Der zarteste hier gezeigte Charakter ist der 1954 entworfene «Butterfly Stool» von Sori Yanagi aus zwei symmetrischen, an drei Punkten verbundenen Stücken Formsperholz. Mit seiner schwebenden Gestalt ist er eher Objekt als Sitzmöbel. Ab 600 Franken, www.vitra.com.

3—Alvar Aaltos Dreibeinhocker «60» ist eine Ikone des modernen Einrichtens. Ursprünglich war er ein ökonomisches und – da zerlegt geliefert – platzsparend beschaffbares Gebrauchs-

möbel. Der dutzendfach kopierte Hocker wurde für eine öffentliche Bibliothek im damals noch finnischen Viipuri entwickelt. Ab 258 Franken, etwa über www.helsinki-design.ch.

4—Ein resolut moderner Kerl ist der «Offcut Stool» (2009) des britischen Designers Tom Dixon. Die drei in sich verschränkten Beine haben ihren Ursprung in weggeworfenen Stücken Restholz, mit denen Dixon erste Prototypen schuf. Ein Glückstreffer. Etwa 280 Franken, über www.goodform.ch.

5—Vor Wochenfrist lobten wir hier die zeitlose Max-Bill-Uhr. Heute kommen wir nicht umhin, dem 1994 verstorbenen Schweizer Gestalter-Übervater für den 1955 zusammen mit Hans Gugelot und Paul Hildinger entworfenen «Ulmer Hocker» Tribut zu zollen. Das schlichte unlackierte Sitzmöbel ist eines jener Stücke, die je länger, je schöner werden. 279 Franken, etwa über www.manufactum.ch.



1



2



3



4



5

Carry-On-Bag



Gebraucht noch schöner.

Es geschieht nicht oft, dass einen wildfremde Menschen auf der Strasse ansprechen und eine von der Sonne verbleichte und leicht zerschlissene Umhängetasche abkaufen wollen. Aber mit dem bewährten «Carry-On-Bag» von Filson kann's geschehen, denn dieser Klassiker ist gebraucht oft noch schöner als fabrikneu. Der robuste Twill-Canvas aus reiner Baumwolle will erst eingetragen werden, bevor er seinen Charakter zeigt. Ursprünglich trugen Fischer und Jäger die Taschen der 1897 gegründeten Marke aus Seattle. Heute verkauft bald jeder um Authentizität bemühte Herrenausstatter das Traditionslabel. In Berlin wurde vor Wochenfrist eine ab Fabrik «vor-zerschlissene» Edition gezeigt. 379 Franken, bei www.dececestyle.ch

Hat das Stil?

Leser fragen, Jeroen van Rooijen antwortet

Entspricht es gutem Stil, das Button-down-Hemd mit Krawatte zu tragen?

M. R., Schaffhausen



Noch vor wenigen Jahren hätte ich Ihnen von dieser abgeschmackten Bünzli-Kombination abgeraten: Hemd mit geknöpftem Kragen und Krawatte – das konnten nur modisch wenig ambitionierte Amerikaner im *sack suit* wagen. Doch der wiederentdeckte nordamerikanische Preppy-Stil hat das Thema umgedeutet. Und so sieht man dieses Duett wieder öfter, besonders mit kernigen Oxford-Hemden und schmaleren, matten Krawatten. So, betont lässig und freizeithlich getragen, sieht es frisch aus – nicht aber zum klassischen Business-Anzug, wo man besser zum ungeknöpften Kent- oder Haifischkragen mit Stäbchen greift.

Ihre Fragen zum Stil schicken Sie bitte per Mail an hatdasstil@weltwoche.ch. Oder per Post an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

Nischenpolitik

Von Peter Rüedi



In den Tiefen der siebziger Jahre, noch vor der legendären Weinschwemme, besuchte ich für die *Weltwoche* die Provinz in Sitten. Der Direktor (er kam aus dem Braugewerbe) brachte die Gründung der Genossenschaft auf einen Satz: «Provinz, c'est un enfant de la misère.» Ein Sozialhilfeunternehmen aus den von der Wirtschaftskrise gebeutelten dreissiger Jahren. Inzwischen ist die Walliser Kooperative nicht nur das grösste, sondern auch mit das kreativste Unternehmen im kleinteiligen Schweizer Weinbau. Das hängt mit vielem zusammen, vor allem aber mit der Einflussnahme der Weinmacher auf die Traubenlieferanten bis hin zu langfristigen Anbaustrategien. Die allmähliche Umstellung vom Fendant auf zunehmend mehr gefragte autochthone Sorten ist so eine, wobei ich als alter Chasselas-Enthusiast mir die Bemerkung nicht verkneife: Zuweilen wird da auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet respektive die eine oder andere Rebzeile zu viel ausgerissen. Item. Der Qualitätsschub hat einen Namen. Er heisst «Maître de Chais», was eine der (insgesamt vielleicht etwas gar vielen) Linien des Grossunternehmens ist. Der Maître ist eine Frau, Madeleine Gay.

Gay war – als Chefönologin einer Genossenschaft, *bien entendu!* – bereits mehrmals «Winzerin des Jahres», und das völlig zu Recht. Sie schafft so etwas wie die Quadratur des Kreises: eine Nischenpolitik innerhalb einer grossen Genossenschaft. Madame ist so etwas wie ein Selbstkelterer im Grossbetrieb. Ihr jüngster Coup ist eine Spezialität, die in dieser Kolumne anzuzeigen, sich eigentlich verbietet: innerhalb der «Maître de Chais»-Linie ein Kabinett von innerster Exklusivität, eine «Réserve Spéciale» – leider der Gastronomie vorbehalten. Der Petite Arvine de Fully 2012 ist es wert, dass man sich über einen befreundeten Beizer darum bemüht: ein Wein von der Finesse der allerbesten Fiano di Avellino, blütensprühende Noten über den obligaten Aromen von rosa Grapefruit; ein rauschendes Erlebnis, dabei mit einem Hauch elegant-aristokratischer Bitterkeit und einer Spur Salz. Hohe Schule.

Provinz: Maître de Chais Réserve Spéciale Petite Arvine de Fully 2012. 14,5%. Provinz Valais, Sion. Fr. 29.– (im Prinzip ausverkauft). www.provins.ch

Herz, Zunge, Magen

Tim Raue gehört zu den herausragenden Küchenchefs in Berlin. Demnächst kocht er in St. Moritz. Von David Schnapp



Süsse, Säure, Schärfe: Spitzenkoch Tim Raue in Berlin.

Wer bei Tim Raue essen geht, sollte vorbereitet sein. Erstens: Der bald 40-jährige Berliner hat die asiatische Küche ins Herz geschlossen, den Geschmack von Soja, Shiso, Miso, Ingwer und Koriander und so weiter sollte man also mögen. Zweitens: Raues Konzept sieht kaum Kohlenhydrate vor. Brot wird ebenso wenig serviert wie andere Sättigungsbeilagen. Beide Tatsachen waren mir bekannt, als ich kurz nach Silvester zum Mittagessen im «Restaurant Tim Raue» eintraf, das nur ein paar Schritte vom ehemaligen Checkpoint Charlie entfernt liegt.

Den Eingang findet man – sehr berlinerisch – über den Innenhof, und man betritt einen hohen, lichten Raum, der zurückhaltend eingerichtet ist und dekoriert wurde mit westlicher und östlicher Kunst. Es ist, wie vieles in der Welt der Kulinarik, natürlich Geschmacksache, aber dieses Restaurant gehört zu denen, in denen ich mich schon beim Betreten wohl fühlte. Die reduzierte Inneneinrichtung lässt einem Raum für Gedanken, und gleichzeitig erhöht sie die Wirkung dessen, was auf den Tisch kommt.

Trilogie der Ente

Zunächst kommt ein vielgestaltiger Apéro, der alle Sinne weckt. Frisch und kühl sind etwa die rohen Eismeer-Garnelen, intensiv süss-salzig der glasierte Schweinebauch oder süss-scharf die eingelegten Gurken.

Tim Raue hat eine einfache Formel, der sich seine Gerichte unterwerfen müssen. Sie heisst «Süsse, Säure, Schärfe» und sorgt dafür, dass jeder Gang eine innere Spannung hat. Nach einem fleischigen Kaisergranat, einem perfekt gegarten Wolfsbarsch (mit Alba-Trüffel!) kam der Gang, der in den historischen Momenten meiner Ess-Biografie seinen festen Platz bekommen hat: Raues Interpretation der Pekingente, angelegt als Trilogie. Es gab die rosa gebratene Brust mit Five Spice, Apfel, Lauch und einem tiefen Entenfuss-Jus. Ich ass klassische Entenleberterrine und eine -mousse mit Essiggurke und Lauch-Ingwer-Püree. Als Drittes widmete ich mich dem Enten-Sud, einer intensiven, würzigen, caramelfarbenen Suppe mit Bambuspilzen, Wintermelone und – nichts für schwache Gemüter, aber höchst zart und fein – Herz, Zunge und Magen von der Ente. Danach klopfte ich mir innerlich auf die Schultern, weil ich den Mut gehabt hatte, alles zu essen, und ich bin bis heute begeistert, weil es so fein war und so zart.

Restaurant Tim Raue, Rudi-Dutschke-Str. 26, 10969 Berlin. Telefon +49 30 25 93 79 30. Sonntags und montags geschlossen.

Tim Raue ist vom 27. bis zum 31. Januar am St. Moritz Gourmetfestival. www.stmoritz-gourmetfestival.ch

Ausführliche Besprechung des Menüs mit Bildern auf www.dasfilet.ch



Auto

Vernunft sieht gut aus

Der Hyundai ix35 hat von allem genug, aber von nichts zu viel. Das macht ihn so angenehm. *Von David Schnapp*

Der Aufstieg der südkoreanischen Marken Hyundai und Kia gehört zu den bemerkenswerten Ereignissen im internationalen Autogewerbe der letzten Jahre. Parallel dazu waren auch Hersteller wie Samsung oder LG im Bereich der Unterhaltungselektronik unheimlich erfolgreich. Mit grosser Konsequenz haben die Global Player aus Südkorea ihre Produkte entwickelt und vorangebracht, an einem Auto wie dem Hyundai ix35 lässt sich besichtigen, warum sie damit so erfolgreich waren.

Seit Oktober des letzten Jahres gibt es den 2010 lancierten ix35 in überarbeiteter Form.

Hyundai ix35 2.0 CRDi Premium 4WD

Leistung: 184 PS, Hubraum: 1995 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 195 km/h
Preis: ab Fr. 39 990; Testwagen: Fr. 43 180.–



Einige optische Korrekturen innen und ausen, ein neuer Motor sowie weitere technische Modifikationen zeichnen das erneuerte Modell aus, das zur Kategorie der kompakten Crossover-Fahrzeuge gehört: nicht zu gross, aber mit erhöhter Sitzposition, eine Mischung aus Limousine und Geländefahrzeug, das in der Schweiz gefahren wird. In der Verkaufstatistik der Marke Hyundai liegt der ix35 auf Rang drei hinter den Klein- und Kompaktwagen i20 und i30, rund 2000-mal wurde er 2013 bestellt.

Die lange Liste

Was also ist das Erfolgsgeheimnis? Erstens das Design. Der ix35 sieht dezent bullig aus und gleichzeitig dynamisch. Hyundai nennt das «fluidic sculpture» (fliessende Skulptur), man könnte weniger hochtrabend sagen, das Auto sieht auf den ersten Blick gut aus.

Die dynamischen Linien setzen sich im Innenraum fort, hier wirken sie allerdings etwas unruhig, wenn auch Elemente wie die beiden Rundinstrumente ausgesprochen schön gestaltet sind. Angenehme Platzverhältnisse,

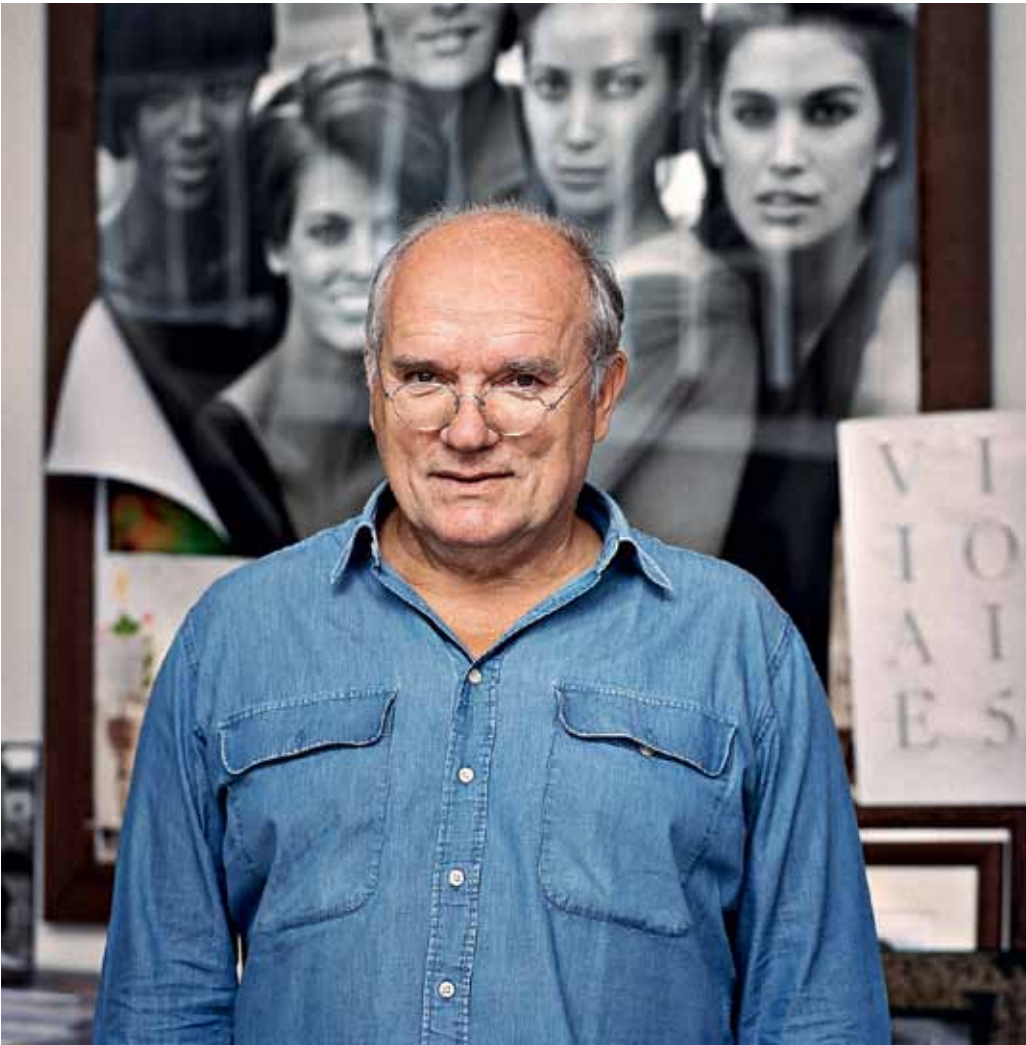
viele Ablagemöglichkeiten zeichnen den Innenraum überdies aus.

Zweitens die Ausstattung. Die Liste der Dinge, die serienmässig in einem Hyundai vorhanden sind, ist bedeutend länger als jene der Dinge, die man für viel Geld noch dazukaufen kann. In der Topversion «Premium» gibt es vom Panoramaglasdach über ein ausgezeichnetes Multimediasystem bis zu verschiedenen Sicherheitssystemen alles, was man so braucht.

Drittens das Fahren. Wir waren mit dem stärkeren der beiden Dieselmotoren sowie mit Allradantrieb unterwegs. Der Motor klingt durchaus wie ein Diesel, arbeitet aber sehr kultiviert. Es ist ein Vernunftantrieb mit ausreichend Kraft für die meisten Momente im Autofahrerleben, ohne dass man je versucht sein könnte, sich in Beschleunigungs- oder Geschwindigkeitsexzessen zu ergehen.

Daraus resultierte im Test ein ordentlicher Durchschnittsverbrauch von rund 8 Litern auf 100 Kilometer. Gewöhnungsbedürftig ist bloss die etwas synthetisch wirkende Lenkung, «Flex Steer» genannt, deren elektronisch einstellbarer Widerstand in drei Modi («normal», «comfort», «sport») zur Verfügung steht.

Fazit: Der Hyundai ix35 hat von allem genug, aber von nichts zu viel. Das macht ihn zu einem optisch ansprechenden, sehr angenehmen Begleiter, den man zu einem vernünftigen Preis haben kann.



«Wahnsinnsleben mit Sex und Glück und all sowas»: Lindbergh, Fotograf, 69.

MvH trifft

Peter Lindbergh

Von Mark van Huisseling — Weshalb urteilt einer der teuersten Modefotografen so streng über die Modebranche?

Wenn Sie zum Beispiel im *Spiegel* als «Erfinder der Supermodels» beschrieben werden, fühlen Sie sich dann gut oder alt?» – «Wie kann man sich alt fühlen, wenn man was Tolles gemacht hat, als man jung war? Dann fühlt man sich doch einfach relativ zufrieden, ja. Und es ist auch gut, dass sich das durchgesetzt hat, weil diesen Orden wollte sich eigentlich jeder anstecken, unberechtigterweise. Aber das hat dann die Zeit so geregelt, dass es auf den Richtigen zurückgefallen ist.» – «Hätte es ohne Supermodels «Starfotografen» geben können?» – «Ich finde, es gibt nichts Schlimmeres als das Wort «Star» für 'nen Fotografen, vielleicht noch «Celebrity-Fotograf», das ist so ungefähr das grösste Schimpfwort, ich würde mich physisch zur Wehr setzen. Und «Star» ist das Gleiche. Das sind ja keine Berufe, das ist das Wort, das die Zeitschriften brauchen.»

Peter Lindbergh, geboren 1944 als Peter Brodbeck im damaligen Wartheland, heute Polen,

«ist ein Modefotograf» (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*). Er fing an der Kunsthochschule in Krefeld als Student der freien Malerei an, begann dann aber zu fotografieren. Ende der 1970er Jahre zog er nach Paris und arbeitete für *Vogue* (italienische, französische Ausgabe), *New Yorker* und *Vanity Fair*. 1988 veröffentlichte Anna Wintour auf dem Titel der ersten amerikanischen *Vogue*, für die sie verantwortlich war, ein Bild von ihm; zwei Jahre später kam die britische *Vogue* mit seinem aufsehenerregenden Foto, das die Models Campbell, Evangelista, Patitz, Turlington und Crawford zeigte sowie das Supermodel-Phänomen etablierte (Wikipedia). Er ist verheiratet (zum zweiten Mal) und lebt in Paris (immer noch). Dieses Gespräch fand im Restaurant «Clouds» statt, als er für einen Vortrag während der Ausstellung «Photo 14» in Zürich war.

«Ich hab ein angebliches Zitat von Ihnen: «Supermodels haben eher wenig Sex, weil sie nicht so scharf drauf sind.» Haben Sie's ge-

sagt?» (Quelle: Claudia Schiffer im Interview mit Sven Michaelson) «Was? Ich glaube nicht, dass ich das gesagt habe. Aber die Idee, dass ein Supermodel ein Wahnsinnsleben hat, mit Sex und Glück und all so was... Ich meine, die arbeiten wie verrückt und können nicht bis morgens um fünf rummachen, weil sie sonst so aussehen, dass sie nicht mehr genommen werden. Da ist schon was dran, im grösseren Zusammenhang kann ich das unterschreiben.» – «Und Starfotografen, haben die viel Sex?» – «Ne, ähm, ich meine, das kann ich nicht persönlich beurteilen, ich wollte das immer gerne getrennt haben. Weil ich finde, dass von der *relation* mit den Models, mit denen man arbeitet, viel weggenommen würde. Genau das hat eben nicht stattgefunden, eine Art Sublimierung, würde ich sagen.» – «Wäre auch unprofessionell, oder?» – «Nicht nur das, man fotografiert ja die Beziehung zwischen der Person und sich, nicht die Person. Und wenn man dann versucht, an die Brust zu grapschen, würde das eine Stimmung hervorrufen, in der man irgendwie nicht gut fotografieren würde.»

«Können Sie erklären, warum Verantwortliche von Modemarken Weltstars für ihre Werbung buchen – und die Fotos dann so stark bearbeiten, dass man den Weltstar nicht mehr erkennt? Zum Beispiel Scarlett Johansson für Louis Vuitton oder Nicole Kidman für Jimmy Choo?» – «Da ist gar nichts zu erklären, weil viele Leute Positionen haben [bei Modemarken], die sie nicht haben sollten, weil sie nicht begreifen, was sie machen. Und diese Gruppenhysterie, die meint, sobald irgendjemand [ein Model/Star] ein Zeichen von Leben an sich trägt, dass das hässlich wäre, das wird alles weggeradiert. Das Retuschieren ist irre sensibel, man macht drei Dinger weg – und das ist eine andere Person. Dann fangen die Retuscheure an zu interpretieren und spielen Gott. Und da ist niemand, der sagt: «Ich tret mal einen Schritt zurück und gucke, was das Ganze soll.»» – «Modedefotografie hat manchmal absurde Züge: Ein Mädchen in einem 20 000-Euro-Abendkleid steht am Hochofen oder liegt im Bachbett...» – «Da bin ich mitschuldig, haha.» – «Sie nennen das «Geschichten erzählen». Weshalb erzählen Sie solche Geschichten?» – «An den Punkt denke ich überhaupt nicht – Kleidung für 80 000 Dollar, barfuss im Sand, isst Pommes frites oder so... das kommt im Bewertungsraster irgendwie nicht vor. Das würde zu viel von der Fantasie wegnehmen.»

«Meine letzte Frage an Helmut Newton war: «Was werden Sie als Nächstes tun?» Er sagte: «Pinkeln gehen. Und Oriana Fallaci porträtieren.» Was werden Sie als Nächstes tun?» – «Ah, ich fahre nach Los Angeles und arbeite mit Matthew McConaughey für Dolce & Gabbana.»

Sein liebstes Restaurant: «Wo ich immer hingeh? Das ist im Sommer, hauptsächlich, «La Société.» Restaurant «La Société», 4, place Saint-Germain-des-Prés, Paris, Telefon +33 1 53 63 60 60.

1	2	3	4		5	6	7	8		9	10	11	12	13
14				15		16			17		18			
19														
20						21					22			
				23		24				25	26			
27		28							29			30		31
32					33	34		35				36	37	
				38				39				40		
41	42		43		44						45			
46				47				48						
49											50			
	51							52						

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Für Schulmeister die Magenkunde

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Er mit dem Aussehen eines urzeitlichen Naturfächers. 5 Griechische Erdenmutter, zum Miniplaneten mutiert. 9 Wirklich spitze Lösung gegen Vampire. 14 Was einst am Apennin graste. 16 Die Stadt an der Donau gab der Torte ihren Namen. 18 Erfahrung sei eine Parodie auf sie. 19 Korrektur oder Dementi. 20 Paradies für Ornithologen, die Island in Nordirland. 21 So genanntes Staatsoberhaupt in Kuwait. 22 Rütlichswur mit ihm. 23 Pu der Bär ist nicht irgendwer, und er sein Schöpfer. 25 Fast schon das Paradies. 27 Schmerzen, hängen mit dem Herzen zusammen. 29 Seinen Vornamen hat sich 3 senkrecht später zugelegt. 32 Tegernseer Landstrasse auf Münchnerisch. 33 Damit bahnt sich energische Madame den Weg durchs Gedränge. 36 Unklares Attribut bei Temperatur wie Temperament. 38 Derrussische Frieden, der 2001 abstürzte. 39 Ruckzuck, und bereit ist dies Produkt. 41 Eine Bewegte, die Schwester der JPEG. 44 Romy Schneider, die sich kaiserlich gab. 45 Nicht das in der Suppe, sondern jenes in der Harnsäure. 46 Felsig, städtisch, historisch und heute jordanisch. 48 Feuerfeste Form wie delikater Inhalt. 49 Pazifisches Eiland, fernab (2078 km) der nächsten Insel. 50 Für Philosophen nichtig, für den Laien unwichtig. 51 Der der Mönche aus dem Jura sieht käsig aus. 52 Weite Weideländer, wie in Venezuela bekannt.

Senkrecht — 1 Hühner fühlen sich dort hofentlich wohl. 2 Ihre Textilie zeigt den Ausweg in labyrinthischen Situationen. 3 Ein reicher Mister, Rohstoff sei Dank. 4 Es bildete mit Esra ein einziges Buch. 6 Wasserpflanzen, geben viel her. 7 Man findet es zwischen Kleiner Scheidegg und Jungfrauojoch. 8 Chaotische Nati, hoffentlich nicht bei der WM. 10 Er lässt nur durch, was durch darf. 11 Für Musiker ein Geschlecht der fröhlichen Art. 12 Erregt: Was meinst denn du, keinesfalls! 13 Kleinteile, die weltweit für kindliche Kurzweile sorgen. 15 Dort am Rhein mit Zugang zum Bodensee. 17 Improvisation ist davon das Gegenteil. 24 Mit Ovid gesprochen entspricht er verbaliter 15 senkrecht. 26 Dessen Vater hiess Jakob, der wiederum Enkel von Abraham war. 27 Auf den Tempowechsel folgt seine Aufhebung, so des Dirigenten Anweisung. 28 Unachtsamkeit führt dort zum Fall. 30 Ist die Männerstimme alt, ist die Trompete dann in etwa so. 31 Filmisches Zurechtschneiden mit masochistischem Einschlag. 34 Die belastbare Europäerin kennt keine Grenzen. 35 Wappenblume der kratzigen Art. 37 Tropische Träume mit der Frucht und ihrem Geruch. 40 Herr Agnelli und seine Autos von dort. 42 Arnold Böcklins ungeheuerliche Vision in einem Wort. 43 Die SP-Haller sorgte oft für erfrischende Knaller. 47 Für Schweizer ein Mass mit Ausmass.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 351

	U	M	F	E	L	D		M	O	S	A	K	A	
K	N	A	L	L		A	H	A	B		I	R	I	N
A	I	R	A	G		M	A	N	O	M	E	T	E	R
N		G	U	G	G	E	M	U	S	I	G		F	
A	T	E	M		N		A	S	H	E		K	E	A
	R			K	U	L	M		A	L	B	E	R	S
B	A	N	A	U	S	E		P	F	E	I	L		I
	G	A	M	S		N	E	A	T		E	L	B	A
H	E	P	A	T	I	T	I	S		K	N	E	E	
A	N	A	L	O	G		D	O	S	I	E	R	E	N
X		L	I	S	E	N	E		U	R	N	E	R	
E	M	M	A		L		M	A	R	K		I	S	L

Waagrecht — 1 UMFELD 7 OSAKA 12 KNALL
13 AHAB 16 IRIN 17 AIRAG 18 MANOMETER
20 GUGGEMUSIG 22 ATEM 24 ASHE (Arthur)
25 KEA (Papageienart) 27 KULM 29 ALBERS
(lesbar) 31 BANAUSE 34 PFEIL 35 GAMS
36 NEAT 38 ELBA 40 HEPATITIS (Gelbsucht)
42 KNEE (engl. f. Knie) 43 ANALOG 44 DOSI-
REN 46 LISENE (pfeilartiger Mauerstreifen)
47 URNER 48 EMMA (dt. feministische Zeit-
schrift) 49 MARK 50 ISL (-and)

Senkrecht — 1 UNI 2 MARGE 3 FLAUM 4 ELGG
5 DAME 6 MANUS (-kript) 8 SIEG 9 ART
10 KIEFER 11 ANR(-ede) 12 KANA 14 HAMAM
(arab. Dampfbad) 15 BOSHAFT 19 MIELE (Carl
war Gründer des Unternehmens) 21 GNUS
23 TRAGEN 25 KELLEREI 26 ASIA (it. f. Asien)
27 KUSTOS (custos: lat. f. Hüter) 28 LENT (engl.
f. Fastenzeit) 30 BIENEN 32 NAPALM 33 AMA-
LIA (Figur aus Schillers *Die Räuber*) 34 PASO
(komisches Zwischenspiel im span. Theater)
37 EIDEM (Ei ... dem) 39 BEERS (engl. für Biere)
40 HAXE (ebenso Programmiersprache)
41 IGEL 42 KIRK (Agassis zweiter Vorname)
45 SUR(-e)

Lösungswort — LAUSEBENGEL

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Ihre Portfolio-Qualität systematisch im Auge behalten. UBS Advice.



Jetzt anlegen zum Pauschalpreis
inklusive Depotgebühren,
Transaktionskosten und Kreditkarte

Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Mit UBS Advice bieten wir Kunden, die Anlageentscheidungen selbst treffen wollen, eine individuelle Beratung zum Pauschalpreis. Zudem garantieren wir Ihnen eine wöchentliche Portfolioüberwachung nach fünf spezifischen Qualitätskriterien und einen jährlichen UBS Portfolio Health Check. Erfahren Sie mehr unter Telefon 044 238 14 28 oder www.ubs.com/ubs-advice



Wir werden nicht ruhen

